4

DISKUS

D 2442 F

1967 · FRANKFURTER STUDENTENZEITUNG

17. JAHRG. JUNI

Preis 80 Pf, Studenten 20 Pf

Bahman Nirumand

DER SCHAH IST LOS

Wenn der Schah von Persien zu einem offiziellen Staatsbesuch in der Bundesrepublik eintrifft, wenn auf den Fernsehschirmen zu den Klängen der Nationalhymnen das Haupt des Monarchen neben dem des Bundespräsidenten erscheint, dann schlagen viele Herzen höher. Von ihnen soll hier nicht die Rede sein.

Wenn die Kaiserin einen Berliner Kindergarten besucht, derweil der Schahinschah den notorischen Berliner Blick wirft, so fragt sich mancher Deutsche, ob es sinnvoll ist, dafür — wie er meint — seine Steuergelder in fremde Taschen zu schieben. Auch von ihm soll hier nicht die Rede sein.

Wenn man das Herrscherpaar mit Orden und Ehrungen überhäuft, wenn man von dem Revolutionär auf dem Pfauenthron spricht und diesen als Freund der Bundesrepublik apostrophiert, dann kann es sein, daß eine kleine Gruppe von Deutschen, die besser informiert ist, als es gewünscht wird, in Scham und Zorn gerät. Sie sehen es ungern, daß die Repräsentanten eines — wie sie meinen — freiheitlichen, demokratischen Landes einen Diktator von hierzulande wohlbekanntem Format mit allen öffentlichen Ehren empfangen und ihm sogar ihre Hilfe anbieten. Die Vorstellung etwa, Kiesinger und Pahlawi legen an einer Gedenkstätte für Widerstandskämpfer einen Kranz nieder, ist ihnen unangenehm. Von diesen Deutschen soll die Rede sein; sie befinden sich nämlich in einem Irrtum.

Die Freundschaft zwischen beiden Staaten beruht, wie man hört, auf drei Pfeilern. 1. Die Zugehörigkeit zum westlichen militärischen Bündnissystem. 2. Die Entwicklungshilfe. 3. Die Verpflichtung gegenüber der Idee der Freiheit. Ziehen wir die verordnete Ideologie von diesen drei Punkten ab, so tritt jeweils die gleiche Struktur hervor: a) Die Erhaltung des Status quo. b) Die Steigerung von Profitraten. c) Die Vernebelung der realen Herrschaftsverhältnisse. Entscheidend dabei ist, daß sich diese Struktur auf b e i d e Partner der Freundschaftsbande bezieht und daß sich außerdem in ihr nicht die Interessen der beiden Völker, sondern die einer Oligarchie spiegeln:

Zu 1.: Selbst dem amerikanischen Vizepräsidenten ist schon zu Ohren gekommen, die „iranische Armee sei dank der US-Hilfe in guter Form, sie sei in der Lage, mit der Zivilbevölkerung fertig zu werden. Die Armee hat nicht vor, gegen die Russen zu kämpfen, sie hat vor, gegen das iranische Volk zu kämpfen". Von der Bundesrepublik läßt sich Gleiches noch nicht ohne weiteres behaupten; die Kontrollinstanzen sind hier in gleichem Maße abstrakt und anonym wie die Repression. Daß Maßnahmen, die angeblich die Freiheit schützen sollen, in Wirklichkeit gegen die Freiheit eingesetzt werden, wird auch hier immer deutlicher.

Zu 2.: Nach Schätzungen von UN-Experten hätte zwischen 1950 und 1960 ein zwei- bis dreifacher Betrag der tatsächlichen westlichen „Entwicklungshilfe" gerade ausgereicht, um in den Entwicklungsländern einen jährlichen Prokopfeinkommenszuwachs von nur 2 Prozent zu erreichen. Die Entwicklungshilfe zielt nicht auf allmähliche Industrialisierung der armen Länder, sie schafft dort vielmehr die Voraussetzungen für günstige Geschäftsabschlüsse und zerstört dabei die Chance für eine vielseitige wirtschaftliche Entfaltung dieser Länder. Daß 30 bis 50 Prozent der bisherigen Entwicklungshilfe als Militärhilfe gegeben wurde, verdeutlicht die Absichten der Hilfe: die Möglichkeiten der Übervorteilung zu garantieren und zu steigern. Politisch bedeutet die Hilfe den übermächtigen Einfluß der USA und damit die Stabilität von Regimen wie dem des Schahs, die von Plebisziten unabhängig und daher an Reformen uninteressiert sind, die dem Ausland maximale Ausbeutung gewährleisten und umso unangreifbarer werden, je größer der Terror ist, dem sie das Volk aussetzen. In diesem Terror liegt ein wesentlicher Bestandteil der spezifischen Freiheit der freien Welt.

Zu 3.: Der Schah ist nur einer unter vielen Freunden der Bundesrepublik, die sich zur Verteidigung der Freiheit zusammengeschlossen haben. Andere Freiheitsfreunde sind der General Ky, der General Tschiang-Kai-Tschek, der General Franco, Regierungschefs von Staaten also, die eine bestimmte Affinität zur Bundesrepublik aufweisen, Staaten, die auch auf ähnliche Weise interpretieren, was Freiheit zu sein hat, friedliche Staaten, oppositionslose Staaten ... Die Freiheit ist hier wie dort die Freiheit des Kapitals, und nur in dem Maße die der Individuen, in dem diese am Kapital beteiligt sind.

Bei aller Verschiedenheit der persischen und der bundesrepublikanischen Gesellschaft und ihrer Staatsform sind doch beide Staaten gekennzeichnet durch die typischen Merkmale der „westlichen" Freiheit: durch geistige und materielle Ausbeutung. Die Akzente sind dabei verschieden gesetzt. In den hochentwickelten Nationen wird das Bewußtsein gefügig gemacht durch Antikommunismus, Christentum und die Einimpfung der Konsumfreude, in den Entwicklungsländern durch das künstlich erzeugte Verlangen nach Europäisierung, durch die Restriktion auf das magische Denken und durch den Islam. Die materielle Übervorteilung, in den Entwicklungsländern total, tritt in der freien Welt auf als Diktat einer Wirtschaftsform, die ein unnötiges Maß an Arbeitskraft und -zeit für planvoll unzuverlässige und überflüssige Produktion sowie eine repressive Trieborganisation, die Degeneration aller Lebenstriebe der Menschen bedingt, einer Wirtschaftsform, die die Expansion der Produktion nicht zur Aufhebung der Unterdrückung, sondern zu ihrer Verschleierung verwendet.

Die Völker der armen Welt haben inzwischen begonnen, sich gegen dieses System aufzulehnen, während den „aufgeklärten" westlichen Völkern der Ausgang aus dieser Unmündigkeit noch bevorsteht.

Den Beobachter aus der sogenannten „Dritten Welt" erfüllt diese passive Hinnahme der Unterdrückung mit Verwunderung. Wie senil ist der Westen? Wie demütig ist seine Jugend? Wie angepaßt sind seine Studenten? Wie lange noch werden die Bürger der freien Welt glauben, wir seien die Unmündigen und sie seien autonom? Genügt das Massaker in Vietnam noch nicht, die Völker des Westens über ihre eigene Lage aufzuklären?

Kehren wir zum Bild auf dem Fernsehschirm zurück. Bertrand Russell fragte einmal: „Falls morgen in Persien ein nationaler Aufstand eintritt, werden dann die Vereinigten Staaten die iranische ‚Freiheit' wie in Vietnam verteidigen, indem sie unter größten Opfern an Menschenleben die Rebellion zu unterdrücken versuchen?" Von zuständiger Stelle kam vor einigen Wochen die Antwort. In einer Botschaft beruhigte Präsident Johnson die Einwohner Berlins: „Die Berliner wissen, ebenso wie die Angehörigen aller Freien Völker, daß unsere Verpflichtung für die Freiheit keinen Unterschied des Ortes kennt". Über diese Antwort dürfen sich Pahlawi und Kiesinger gleichermaßen freuen. Sie ist der Hintergrund der freundschaftlichen Shake-hands.

Collage: Kristine Liebel

DISKUS Frankfurter Studentenzeitung Erscheint achtmal jährlich.
Herausgeber: Hartmut Holzapfel, Manfred Müller, Gerhard-Wolfgang Schellenberg, Hans-Joachim Steffen, David H. Wittenberg.
Redaktion: Hanns-Helge Schneider (Politik), Rudolph Bauer (Kulturpolitik), Franz-Joachim Gaber (Lokales), Detlev Claussen (Feuilleton), Hans-Peter Riese, Hansjürgen Rosenbauer, Hilde Vogel.
Redaktionsgeschäftsführer: Manfred Müller (i. V.)
Verlagsleiter: Werner Fritzsche
Anzeigen: Roland Scholten
Vertrieb: Eckhard Sachse
Anschrift der Zeitung: 6 Frankfurt 1, Mertonstraße 26–28, Telefon 7 70 64 31 88.
Konten der Zeitung: Deutsche Bank Ffm. 240/9647, Dresdner Bank Ffm. 280 385, Postscheck Ffm. 1875 88.
Artikel, die mit dem Namen des Verfassers oder seinen Initialen gezeichnet sind, geben die Meinung des Autors wieder, aber nicht unbedingt die der Redaktion. Alle abgedruckten Beiträge sind Eigentum des DISKUS.
Nachdruck – auch auszugsweise – nur mit Erlaubnis der Redaktion.
Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 7 vom 1. Mai 1966.
Abonnementsbestellungen zum Preis von DM 6,– jährlich nimmt jedes Postamt entgegen.
Lieferungen in das Ausland sind bei der Redaktion zu bestellen.
Druck: Grawo-Druck, 605 Offenbach am Main, Schäferstraße 12, Telefon 81 15 18.

Die Erschießung eines Studenten in Berlin, der sein Grundrecht auf Demonstrationsfreiheit (Art. 866) und Meinungsfreiheit (Art. 566) nicht als bloße Phrase hinnahm, bestätigt, was in dieser Ausgabe im Leitartikel und über das Berliner Modell steht. Der DISKUS wird dafür eintreten, daß die Freiheit der politischen Meinungsäußerung nicht mit der Freiheit von Terror und Unterdrückung verändert wird.
Aus Umbruch- und Druckgründen werden wir erst in der folgenden Ausgabe ausführlich über die Vorgänge in Berlin informieren.
Die Redaktion

Berlin — ein Modell?

Überlegungen zur juristisch verbrämten Meinungsmache gegen Studenten in Berlin

FU-Studenten spielten eine tragende Rolle bei sämtlichen größeren Auseinandersetzungen, durch die in den letzten Jahren die geistige und politische Windstille in Berlin gestört wurde. Deshalb muß man die Auseinandersetzungen an der Freien Universität im Zusammenhang mit den Entwicklungen in der Stadt Berlin-West sehen. Tatsächlich ist die letzte Zuspitzung im Streit zwischen Studentenschaft und akademischem Senat eine direkte Folge der politischen Konflikte zwischen Studenten und dem Senat von Berlin-West.

Meinungsfreiheit in Berlin?

Die Weimarer Verfassung schützte die Freiheit der Meinungsäußerung (Artikel 118). Dem Parlamentarischen Rat schien das nicht zu genügen. Das Grundgesetz garantiert ausdrücklich neben der Freiheit der Meinungsäußerung auch die Freiheit der Meinungsverbreitung. Nach Auffassung des Bundesverfassungsgerichts ist dies Grundrecht „für eine freiheitlich-demokratische Staatsordnung . . . schlechthin konstituierend, denn es ermöglicht erst die ständige geistige Auseinandersetzung, den Kampf der Meinungen, der ihr Lebenselement ist. Es ist in gewissem Sinn die Grundlage jeder Freiheit überhaupt" (Urteil vom 15. 1. 1958). Und: „Jedem Staatsbürger ist durch Artikel 5 Abs. 1 S. 1 GG das Recht gewährleistet, an dieser öffentlichen Diskussion teilzunehmen" (Beschluß vom 25. 1. 1961).
Die Verfassung von Berlin stellt fest: Werden die in der Verfassung festgelegten Grundrechte offensichtlich verletzt, ist jedermann zum Widerstand berechtigt (Artikel 23,3).
Presse, Funk, Fernsehen und Film stehen nur einem begrenzten Personenkreis zur Verbreitung ihrer Meinung zur Verfügung. In Berlin gibt es zur Zeit über zahlreiche Themen nur eine weitgehende konforme Berichterstattung. Darüberhinaus betreiben die auflagenstärksten Zeitungen ihr Gewerbe als eine Art Menschenjagd auf Andersdenkende. Wer mit dieser Berichterstattung nicht übereinstimmt und sich gegen Erklärungen wenden will, die im Schöneberger Rathaus namens der Berliner Bevölkerung abgegeben werden, hat nur die Möglichkeit, zu individuellen Formen des Protestes, wenn er sich nicht von polizeilicher Genehmigung abhängig machen will.
Die wichtigste Form dieses Protestes ist die Sandwich-Demonstration, das heißt: die Propagierung der eigenen Meinung auf den Straßen der Stadt mit einem Plakat – alleine oder in einer picket-line. Über Jahre hinweg ist das immer wieder versucht worden. Über Jahre hinweg hat die Polizei immer wieder derartige Plakate beschlagnahmt, in vielen Fällen, häufig für viele Stunden die Plakatträger festgenommen. Die Polizei beruft sich dabei auf § 5 StVO (Straßenverkehrsordnung) und die Allgemeine Verwaltungsordnung zu § 5 StVO, wonach die Sondernutzung der öffentlichen Straßen für „Propaganda und Werbung" genehmigungspflichtig ist.
Zur Anwendung dieser Vorschrift auf Sandwich-Demonstranten schreibt Dr. Adolf Arndt, MdB/SPD, ehemaliger Senator für Wissenschaft und Kunst: „Die Regelung, daß eine gewerbliche Sondernutzung der Straße – z. B. für Reklamezwecke – genehmigungspflichtig ist, gilt selbstverständlich nicht für (politische) Äußerungen aufgrund der Meinungsfreiheit". Und „Sollte . . . die Polizei über die verfassungsrechtliche Lage nicht unterrichtet" sein, so trifft die Verantwortung dafür nicht die Beamten im Straßendienst, die nur ihre vermeintliche Pflicht tun wollten, sondern die Aufsichtsbehörde, die richtige Instruktionen zu geben hat" (12. 6. 1964, Leserbrief an das Spandauer Volksblatt).
Die Grundrechte haben normativen Charakter. Gesetze müssen „grundgesetzgemäß" angewendet werden.

Gefährdung der öffentlichen Sicherheit durch Meinungsbeschränkung

Wenn trotz der offensichtlichen und ständigen Grundrechtsverletzungen wirklich ernsthafte Zusammenstöße bisher vermieden wurden, so nur dank der außerordentlichen Zurückhaltung der Sandwich-Demonstranten, die von ihrem Grundrecht auf Widerstand bisher nicht Gebrauch gemacht haben.
Wenn politisch engagierte Personen ständig durch die Polizei, mit Billigung der obersten Landesbehörden, ihres wichtigsten Grundrechtes beraubt werden, so führt das zwangsläufig zu einem Ohnmachtsgefühl. Aus dieser Frustration heraus wird man teilweise auf nicht übliche Wege verfallen, um seine abweichende Meinung trotz grundrechtswidriger behördlicher Zwangsmaßnahmen allgemein deutlich zu machen. Eine dieser nicht üblichen Methoden der Meinungsäußerung und Meinungsverbreitung war die Pudding-Kocherei anläßlich des Humphrey-Besuchs.
Wenn der Senat nachträglich erklärt, welche Gefahren für Pudding-Werfer und andere angesichts der Nervosität des US-Geheimdienstes nach Dallas und der einer Standrechts-Diktatur entlehnten Schußrechte der H.H.H.-Gorillas bestanden haben, so muß man gerechterweise darauf hinweisen: die Verantwortung für alle Folgen läge mit beim Senat von Berlin, wegen der jahrelangen Billigung oder sogar Anordnung der Einschränkung der Meinungsäußerungsfreiheit.

Das Berliner Modell

Das Berliner Modell sieht eine Gemeinschaft der Lehrenden und Lernenden vor. In ihrer überwiegenden Mehrheit verstanden die Studentenvertreter dieses Modell als ein verbum activum, das mit dem Ausbau der Universität zu entwickeln sei.
Von wenigen Ausnahmen abgesehen haben die Professoren die Möglichkeit, die die Gründung der Freien Universität als einer Universität neuer Form mit sich brachte, nicht erkannt – oder, wegen der Folgerungen, das heißt wegen der Forderungen, die damit an sie selbst gestellt wurden, als unbequem abgelehnt.
Gerade wenn man die Universität nicht als Stätte kurzfristiger Berufsausbildung betrachtet, muß man fordern, daß sie Intellekt und Charakter bildet, das heißt die Kritikfähigkeit schärft und die Bereitschaft vermehrt, die gewonnenen Erkenntnisse in die Praxis umzusetzen. In einem Land, in dem traditionell die Subordination gepflegt und belohnt wird, gehört zu den vornehmsten Aufgaben der Universität die Einübung des Ungehorsams. Das muß nicht nur gelehrt sondern auch vorgelebt werden.

Pflichtverletzungen des akademischen Senats?

Jede Gemeinschaft, auch die von Lehrenden und Lernenden erfordert ein gewisses Füreinander-Eintreten. Außerdem ist aber die Freie Universität eine Personen-Körperschaft des öffentlichen Rechts. Universitäts-Organe und Studierende haben im Rahmen eines öffentlich-rechtlichen Gemeinschaftsverhältnisses Rechte und Pflichten, die sich gegenseitig bedingen. Es besteht ein öffentlich-rechtliches Treue- und Fürsorge-Verhältnis. Das verpflichtet die Universitäts-Organe zum Schutz der studentischen Rechte.
Dabei hätte auch das, von den Studenten als Sondergerichtsbarkeit abgelehnte, von Rektor und Senat in Anspruch genommene Disziplinar-Recht diese zum Schutz der Studenten verpflichtet. Denn wenn sich die Disziplinargewalt auf sämtliche Handlungen und Äußerungen des Studenten innerhalb und außerhalb der Universität erstreckt, so muß sich die Schutzverpflichtung der Universität ebenso weit erstrecken.

Mißbrauch der Befugnisse?

Mitschuldig an den Ereignissen, versucht der akademische Senat jetzt mit den Disziplinarverfahren gegen die Pudding-Kocher und am sit-in beteiligten Studenten das eigene Gewissen zu beruhigen. Dies ist ein Beispiel dafür, wie die Universitätsverwaltung von den ihr gegenüber den Studenten tatsächlich oder vermeintlich zustehenden Befugnissen in einer Weise Gebrauch macht, die in der studentischen Öffentlichkeit als einseitig und illegitim empfunden wird.
Die Verstöße von Studenten und Studentenvertretern gegen die Universitätsordnung und die Nichtbefolgung von Anordnungen des Rektors sind die logische Konsequenz aus der Einsicht, daß die rechtlichen Befugnisse einseitig angewandt werden, um die studentische Kritik an Mißständen in der Universität zur Wirkungslosigkeit einzuschränken, und daß sie nur mit der Verletzung der Rektorats-Anordnungen erreichten, daß ihre Proteste zur Kenntnis genommen wurden.

Folgerungen

Will sich der akademische Senat von dem Geruch befreien, Vollzugsorgan einer autoritätsbesessenen Obrigkeit zu sein, so muß er sich wenigstens der Dienstaufsichtsbeschwerde und eventuellen Strafanzeige gegen die Polizei-Pressestelle anschließen. Vom FU-Kuratorium und Regierenden Bürgermeister muß er verlangen, die Polizei-Pressestelle ebenso öffentlich zu rügen, wie sie auch ihre übrigen Maßnahmen öffentlich bekanntgegeben haben.
Es gibt zweifellos Professoren, die es für unter ihrer Würde halten, ihre Stellung zu Studienreform, Zwangsexmatrikulation und anderen Fragen vor Studenten zu begründen und mit ihnen zu diskutieren, vielleicht auch, weil sie fürchten, ihre Meinung werde bei den Studenten auf Ablehnung stoßen, sie könnten ausgezischt werden. Akademische Würde besteht aber nicht in der Bewahrung deutscher Traditionen wie dem Verharren im Elfenbeinturm und Mangel an Zivilcourage. Akademische Würde erwirbt man durch Kritikfähigkeit und die Bereitschaft auch die eigenen Positionen kritisch zu untersuchen und diskutieren zu lassen. Wer sich diesem öffentlichen Gespräch verweigert, der zerstört allerdings das Berliner Modell endgültig.
Bisher ist das Berliner Modell nicht von den Studenten gekündigt worden. Allerdings wird die Aufkündigung jetzt diskutiert, weil es vielen nur eine Fassade zu sein scheint, hinter der überkommene Machtverhältnisse diskutiert werden.
Reinhard Strecker

Der alte Mann und das Militär

Ein SPD-Sprecher ließ verlauten, ER sei ein „Zivilist im besten Sinne" gewesen. Offenbar strahlt die Netto-Bezeichnung Zivilist in deutschen Landen ein so entehrendes Fluidum aus, daß flugs einige verbale Nettigkeiten drangedienert werden müssen, um das Paradoxon auszudrücken, daß es auch gute Menschen gebe, obwohl sie Zivilisten sind. Wenn „Zivilist" einen Menschen meint, den nie eine weltliche Uniform zierte, dann kann man IHN rechtens als solchen brandmarken, denn 1896 ließ SEINE Musterung eine konstitutionell schwache Lunge erkennen. Diese allzu menschliche Schwäche gebot die Rückstellung vom Militärdienst. In diesem Sinn, von dem nicht fest steht, ob er der beste sei, blieb ER tatsächlich Zivilist. Selbst die Hitler-Zeit überstand ER als Zivilist. Wohl nicht aus Nachsicht der überall Wehrkraftzersetzung witternden Musterungsärzte, eher wegen des kraftstrotzenden Einsatzes SEINES Maria Laacher Refugiums.
In den fünfziger Jahren bewies ER den nimmermüden Militärs dadurch seine Gunst, daß ER sie schuf. Als geübter Nesthocker buddelte ER sich hartnäckig in den deutschen Mutterboden eine Bastion, von deren hölzernen Zinnen ER die Politik der Stärke herunterposaunte. Die Nachschubwege seiner Redoute speiste ER aus den Füllhörnern des goldenen Westens, die Ostpassagen mauerte ER vorläufig zu. SEINEN einzigen Kontakt zum Osten ermöglichten die Schießscharten, durch die ER einäugig, manchmal gar scheelen Auges, diejenigen Zeitgenossen beobachtete, die ER mit rheinischem Humor bisweilen als Brüder und Schwestern zu umgarnen pflegte.
SEINE Schöpfung, die Bundeswehr, förderte ER zwar eifrig mit Geldern, die sowieso nicht die SEINIGEN waren. Andersdenkenden, die die Rede von den Brüdern und Schwestern im anderen Teil Deutschlands ernst nahmen, sprach ER öffentlich alle Berechtigung zu familiären Bindungen ab und beschimpfte sie als vaterlandslose Gesellen, die den Untergang Deutschlands bedeuteten. Ihre Frage, wie das vorgegebene Hauptziel, die Wiedervereinigung des Reichs, durch die atlantische Integration der Westzonen zu erreichen sei, konnte ER nie beantworten. ER, der keine Experimente wollte, gab sich der Improvisation, einer Vorstufe des Experiments, hin: die Politik der Stärke würde die Sowjets schon zwingen, ihren Beuteanteil aus dem zweiten Weltkrieg herauszugeben. Nicht umsonst galt ER als terrible simplificateur. SEINE Soldaten, obwohl SEIN Produkt, beklagten häufig SEIN distanziertes Verhältnis zum Militär; sie erinnerten sich SEINER einstigen Versicherung, nie werde es wieder ein deutsches Heer geben.
Aber was soll's? Auch der zeitweilige Oberbefehlshaber Strauß verfluchte ja zuvor ebenfalls die Hand, die wieder eine Waffe ergreifen würde. Diese Haltung schützt vor geistigem Immobilismus. SEINE zivile Stellung läßt sich vielleicht durch den emotionalen Abstand zu den Militaria charakterisieren: für IHN war die Bundeswehr „nur" ein Instrument der Außenpolitik: Westintegration und ostwärts gerichtete Politik der Stärke. Ausrüstung, Qualität, innere Struktur der Armee kümmerten IHN nicht; Hauptsache, sie war da. Das spürten vor allem die hohen Offiziere; sie vermißten SEIN inneres Engagement. Doch ER mochte keine Marschmusik. ER besuchte auch selten die Bundeswehr. SEINE zivile Bescheidenheit in der Kenntnis militärischer Probleme hätte SEIN Rumpfland übers Knie brechen können: SEINE Ansicht, daß taktische Nuklearwaffen nur eine routinemäßige Weiterentwicklung der herkömmlichen Artillerie darstellten, kommt einem fatalen Monster-happening gleich. Führende Strategen ordnen alle nach Kilotonnen TNT (Trinitrotoluol) meßbaren Kernwaffen dem taktischen Bereich zu, nur Megatonnen-Waffen werden zu den strategischen gezählt.
Doch erst SEIN Tod sollte den Höhepunkt SEINER Beziehungen zu den Militärs bringen: auf den deutsch-stämmigen Schultern von Offizieren des Bundesgrenzschutzes wurde der Sarg mit Inhalt aus dem Rhöndorfer Heim portiert. Nun gilt der dem Innenminister unterstellte Bundesgrenzschutz formal als Polizeitruppe. Herkunft, Ausbildung und Auftrag legen jedoch seine Zurechnung zum Militär nahe, was übrigens auch der Selbsteinschätzung seiner Mitglieder entspricht. Daß der Bundesgrenzschutz ohne die vom Grafen Baudissin konzipierte Innere Führung auszukommen meint, daß der originalgetreu der NS-Wehrmacht entlehnte Stahlhelm (im Gegensatz zur Bundeswehr!) auch äußerliche Reminiszensen zu vergangenen Zeiten herstellen könnte, ist vielleicht SEINER Verantwortung zuzuschreiben. Daß SEIN letzter Weg über den schmalen Gartenpfad von dieser tatsächlich makabren Staffage begleitet war, dürfte sich jedoch bestimmt SEINEM Einfluß entziehen. Ungefähr 400 Millionen Fernsehzuschauern in aller Welt prägte sich ein optischer Abschiedseindruck von IHM ein, der einige Züge des Verblichenen stark überzeichnet. Oder gilt auch hier, daß die Wahrheit wiederum ans Oberlicht sich gemogelt hat wie bei der Frau, die im Schmerz über die Todesnachricht an BILD schrieb, nun sei auch ihre letzte Hoffnung auf Rückkehr in die ostpreußische Heimat geschwunden?
Die motorisierte Lafette, die den Katafalk von Rhöndorf nach Bonn fuhr, glich mit ihrer behelmten Besatzung eher einem ungeduldigen Sturmfahrzeug als einem Leichenkondukt. Läßt die ständige Bewachung des Palais Schaumburg durch den Bundesgrenzschutz funktionell gerade noch sich rechtfertigen, so überdrehte die Totenwache der Bundesgrenzschutz-Generalität den wahrscheinlich gewollten Ausdruck der Wächterloyalität bis zum Tod und über denselben hinaus. Militärische Transportdienste bei derartigen Veranstaltungen manifestieren nicht nur die mythisch verklärte Affinität der Soldaten zu Tod und Gefahr, indem Militärs im wahrsten Sinn des Wortes zu Beherrschern von Leben und Tod sich aufspielen, sie usurpieren auch das Flair des Transzendenten, da sie als handfeste Mittler zwischen den Bereichen der Erde und des Überirdischen fungieren. Die hier gezeigte Banalität militärischer Handreichungen schützt nicht vor ihrer im Bewußtsein der Millionen Zaungäste sich vollziehenden Integration in die Sphäre des Geheiligten, die durch den Gefühlsschmarren des Großen Zapfenstreiches noch potenziert wurde.
SEINE schon zu Lebzeiten sich andeutende Personifizierung zum Über-Vater der Nation dient jetzt dazu, daß nicht nur die am Begräbnis beteiligten Soldaten, sondern die Bundeswehr in toto in die Rolle der dankbaren, aber waffenstarken Landeskinder schlüpft, die dem verdienstvollen Patriarchen Geleitschutz auf der letzten Reise gewährt. Die Gefühlsambivalenz, der ein Patriarch sich ausgesetzt sieht, drückt auch diejenige der Bundeswehr aus, die sie für IHN übrig hatte: Dankbarkeit für die Zeugung, Gekränktsein für die Vernachlässigung. Der Ganzheitscharakter der Bundeswehr, d. h. die Absicht, am Prestige der Sargträger und -wächter die gesamte Bundeswehr partizipieren zu lassen, zeigt sich daran, daß alle Teilstreitkräfte Ehrendelegationen entsandten. Kaum wird sich der Bundeswehr eine ähnlich günstige Situation bieten, ihre hier am Über-Vater dargestellte Schutzfunktion gegenüber der Gesellschaft werbewirksamer darzustellen. Was ER zu Lebzeiten vielleicht bewußt vermied, SEIN Trauerzeremoniell hat es dennoch vorangetrieben: die Integration der Bundeswehr in die Gesellschaft. Die Präponderanz des emotionalen Moments dieser Situationsmechanismen läßt jeden Hinweis auf den prekären politischen Aspekt einer derart martialisch aufgezogenen Begräbniszeremonie als geschmacklos abprallen, selbst dann, wenn Sargbegleiter im Generalsrang der Bundeswehr großkotzig Hitler-Auszeichnungen angeschnallt haben. Den ausländischen Beobachtern wird so manche Erinnerung gekommen sein. Da beim Trauerzeremoniell alle beteiligten Personen streng-peinlich nach ihrem Status, sprich: nach der von ihnen repräsentierten Macht herumbugsiert wurden, sollte auch das Auftreten der Militärs nicht nur nach ästhetischen Kriterien bewertet werden: daß die Mächtigen im ersten Glied standen, gilt auch für die Bundeswehr. Sie gehört endlich „dazu". Die enggeschnürten Helmriemen der Generalität ließen daran keinen Zweifel.
Wido Mosen

Anmerkung zum Leitartikel (Seite 1):
Bei Rowohlt-aktuell erschien im März 1967 von Bahman Nirumand: Persien, Modell eines Entwicklungslandes oder Die Diktatur der freien Welt. Nacherinnerung von Hans-Magnus Enzensberger.

FRANKFURTER BÜCHERSTUBE
SCHUMANN U. COBET
FFM · BÖRSENSTR. 2-4 · TEL. 21494

Das Individuum in der Great Society

Fortsetzung und Schluß der in DISKUS 3/1967 begonnenen Rede

von Herbert Marcuse

Gegen das uralte Argument, daß Gewalt und Aggression immer ein normaler Faktor in allen Gesellschaften gewesen ist, muß ich auf qualitativen Unterschieden bestehen. Nicht nur die Größe des Zerstörungspotentials und der Wirkungsbereich unterscheiden ein Streitwagenrennen von einem Autorennen, eine Kanone von einem Raketengeschoß, hydraulische von nuklearer Energie. Gleichermaßen ist es nicht nur die Geschwindigkeit und Reichweite, die die Massenmedien von ihren Vorgängern unterscheiden. Die neue Qualität wird durch die fortschreitende Verschiebung von Macht menschlicher Individuen auf den technischen oder bürokratischen Apparat eingeführt, von lebendiger auf tote Arbeit, von persönlicher auf Fernlenkung, von Maschinen oder Maschinengruppen auf ein ganzes mechanisiertes System. Ich möchte betonen, daß ich diese Entwicklung noch nicht bewerte: sie könnte progressiv oder regressiv, vermenschlichend oder entmenschlichend sein. Aber was wirklich durch diese Machtverschiebung sich ereignet ist auch eine Verschiebung von Schuldgefühl und Verantwortung. Sie löst das Individuum davon, eine autonome Person in der Arbeit und Freizeit, in seinen Bedürfnissen und Befriedigungen, in seinem Denken und Fühlen zu sein.

Diese Loslösung enthält jedoch nicht gleichzeitig eine Befreiung von entfremdeter Arbeit: die Individuen müssen weiterhin körperliche und geistige Energie für den Kampf ums Dasein, für Status und Vorteil verbrauchen. Sie müssen unter dem Apparat leiden, ihm dienen und ihn genießen, demselben, der ihnen diese Notwendigkeit auferlegt. Die neue Skaverei in der Arbeitswelt wird nicht kompensiert durch eine neue Autonomie über die Arbeitswelt. Entfremdung wird verstärkt in dem Maße, in dem sie offenkundig irrational wird und unproduktiv in dem Maße, in dem sie die repressive Produktivität aufrechterhält. Gerade dort, wo die bestehende Gesellschaft die Güter liefert, die den Lebensstandard heben, erreicht die Entfremdung einen Punkt, an dem selbst das Bewußtsein von Entfremdung weitgehend verdrängt wird: die Individuen indentifizieren sich mit ihrem Sein-für-Andere, mit ihrem Image.

Unter solchen Umständen verlangt die Gesellschaft nach einem Feind, gegen den die aggressive Energie, die nicht im alltäglichen normalen Kampf ums Dasein kanalisiert wird, freigesetzt werden kann. Die Individuen, die aufgerufen sind, die Great Society zu entwickeln, leben in einer Gesellschaft, die Krieg führt oder sich anschickt überall auf der Welt Krieg zu führen. Jede Diskussion, die das Programm der Great Society nicht im internationalen Rahmen sieht, muß ideologisch, propagandistisch bleiben. Der Feind ist nicht ein Faktor unter anderen, ist nicht eine Zufälligkeit, die die Bewertung der Chancen der Great Society ignorieren kann oder auf die sie nebenbei eingehen kann. Der Feind ist ein bestimmter Faktor im In- und Ausland, im Geschäftsleben und in Erziehung, in Wissenschaft und Erholung.

Hier haben wir es nur mit dem Feind in Beziehung auf das Programm der Great Society zu tun, genauer mit der Art in der der Feind (oder eher mit der Darstellung des Feindes und des Kampfes gegen ihn) auf die Individuen einwirkt – auf die Leute, die die „Gesellschaft im Überfluß" in eine Great Society verwandeln sollen. Die Frage ist somit weder bis zu welchem Grade die Rüstungsindustrie und ihre „Ableger" ein unerläßlicher Teil der „Gesellschaft im Überfluß", noch ob die gegenwärtige Vorherrschaft und Politik des militärischen Establishments im „nationalen Interesse" sind. Die Frage, die ich stellen möchte, ist eher: präjudiziert die Existenz des Feindes – und präjudiziert sei negativ – die Fähigkeit und das Vermögen, die Great Society zu bilden. Bevor ich diese Frage kurz diskutiere, muß ich „den Feind" bestimmen. Damit unterbreite ich eine prekäre Hypothese.

Ist der Feind noch der Kommunismus **als solcher?** Ich glaube nicht. Erstens einmal existiert der Kommunismus heute in vielen Formen; einige davon sind in Konflikt mit den anderen. Die USA bekämpfen nicht alle Formen, und das nicht allein aus taktischen Gründen. Zum zweiten nehmen das kapitalistische Geschäft und der Handel mit kommunistischen Ländern ständig zu, und das gerade mit den Ländern in denen der Kommunismus am stabilsten zu sein scheint. Überdies ist der Kommunismus in der Sowjetunion am festesten und am gründlichsten etabliert; aber schon seit geraumer Zeit haben sich die USA und die UdSSR nicht als **Feinde** behandelt. In der Tat hört man sogar von Kooperation und von Komplizenschaft. Schließlich ist es schwierig, Kommunismus als bedrohend in diesem Land zu betrachten – selbst auf dem Campus und unter den Negern. Mit Rücksicht auf die geographischen und anderen Tatsachen würde ich sagen, daß der Krieg eigentlich gegen halbkoloniale und ehemalige koloniale Völker, rückständige, arme Völker, ob kommunistisch oder nicht, geführt wird.

Das ist nicht der alte Kolonialismus und Imperialismus (obwohl in mancher Hinsicht der Kontrast übertrieben worden ist: es gibt kaum einen wesentlichen Unterschied zwischen einer unmittelbaren Regierung durch eine Weltmacht und einer heimischen Regierung, die nur dank einer Weltmacht funktioniert). Der objektive Daseinsgrund des weltweiten Kampfes ist nicht das Bedürfnis nach sofortigem Kapitalexport, nach Bodenschätzen, nach zusätzlicher Ausbeutung. Er liegt eher in der Gefahr einer Subversion der etablierten Hierarchie von Herr und Knecht, von oben und unten, einer Hierarchie, die die reichen Länder – kapitalistische **und** kommunistische – geschaffen und erhalten hat. Das ist eine sehr einfache Subversionsdrohung – eine Sklavenrevolte eher als eine Revolution, die gerade aus diesem Grund für die Gesellschaften gefährlicher ist, die in der Lage sind, Revolutionen zu vereiteln oder niederzuhalten. Denn die Sklaven sind überall und zahllos und sie haben tatsächlich nichts zu verlieren als ihre Ketten. Sicherlich haben sich die etablierten Gesellschaften der Subversion ihrer Hierarchie schon vorher gegenübergesehen: von innen, durch eine ihrer eigenen Klassen. Dieses Mal kommt die Drohung von außen – und genau aus diesem Grunde bedroht sie das System als Ganzes. Die Drohung erscheint als eine totale und diejenigen, die sie repräsentieren, haben nicht einmal ein althergebrachtes Interesse in den bestehenden Gesellschaften. Sie mögen keinen Entwurf für einen positiven Aufbau haben oder sie mögen einen haben, der nicht verwendbar ist, aber sie wollen einfach nicht mehr Sklaven sein und sie werden von einem lebensnotwendigen Bedürfnis getrieben, unerträgliche Zustände zu ändern – und anders als es die alten Mächte getan haben. Diese einfache Rebellion, diese Revolte schließt in der Tat ein soziales Programm in sich ein, vor allem das Wissen, daß ihre Gesellschaft nicht nach Maßgabe der reichen Länder, die Knechtschaft und Herrschaft fortführen, aufgebaut werden kann. Ihr Kampf um Befreiung ist **objektiv** antikapitalistisch, selbst wenn sie Sozialismus ablehnen und die Vorteile des Kapitalismus wünschen, und ihr Kampf ist **objektiv** antikommunistisch, selbst wenn sie Kommunisten sind, denn er strebt über die bestehenden kommunistischen Systeme hinaus. Ich benutze den Ausdruck „objektiv", um zu betonen, daß ich nicht die gerade angedeuteten Faktoren oder Tendenzen als die absichtlich von den Politikern verfolgten meine. Ich schlage eher vor, daß die „hinter dem Rücken" der Politiker wirksam sind, sogar gegen ihren Willen sich behaupten – als historische Tendenzen, die extrapoliert werden können aus den vorherrschenden sozialen und politischen Zuständen.

Ich möchte noch einen Schritt weitergehen und die Frage stellen, ob die fortgeschrittene Industriegesellschaft nicht in Wirklichkeit den traditionellen Begriff und die reale Möglichkeit des Individuums negiert hat, während sie es ideologisch weiter behauptet und lobpreist. Mit anderen Worten, hat das Individuum noch eine progressive und produktive soziale Funktion oder wurde Individualismus von neuen Formen der Produktivität und ihrer Organisation überholt? Sind Individualität, persönliche Autonommie und individuelle Tat veraltet, Hindernisse eher denn Vehikel des technischen Fortschritts? Noch einmal möchte ich dabei betonen, daß ich diese Frage bespreche, ohne Vorurteil zugunsten vorher eingeführter „Werte": möglich, daß das Schwinden des Individuums ‚positiv' im Sinne menschlichen wie auch technischen Fortschritts genannt werden kann. Ich möchte mit einer kurzen Betrachtung zum Individualismus anfangen, so wie er repräsentativ geworden ist in neuerer Zeit. Es soll nur eine einfache Skizze versucht werden. Seiner historischen Funktion nach entsteht der Begriff des Individuums in der protestantischen Reformation. Die religiösen und weltlichen, die inneren und äußeren Manifestationen entwickeln sich gleichzeitig. In dieser doppelten Funktion wird das Individuum die Einheit der neuen Gesellschaft: dem Geist nach als verantwortliches Subjekt von Glauben, Denken und Bewußtsein; und dem Geist des Kapitalismus nach als verantwortliches Subjekt freien Handelns. Die beiden Manifestationen bleiben miteinander verbunden, aber zwei Trends können unterschieden werden, die zunehmend mit der sich entwickelnden Gesellschaft einander widerstreiten. Einerseits die Entwicklung des freien moralischen und geistigen Subjekts, andererseits die Entwicklung freien Handels im freien Wettbewerb. Anders ausgedrückt: das Individuum im Kampf um sich selbst, um moralische und geistige Autonomie, und das Individuum im Kampf ums Dasein werden getrennt. Sie harmonieren noch miteinander in Descartes ego cogito: das Individuum ist das Subjekt der Wissenschaft, die Natur im Dienst der neuen Gesellschaft versteht und beherrscht, und es ist das Subjekt des methodischen Zweifels, der kritischen Vernunft gegen alle etablierten Vorurteile.

Aber die Harmonie ist täuschend, die Einheit der beiden Sphären aufgelöst. Das Individuum als Subjekt des kapitalistischen Kampfes ums Dasein, wirtschaftlichen Wettbewerbs und der Politik nimmt in der Philosophie von Hobbes, Locke, Adam Smith und Bentham Form an, während das Subjekt der individuellen Autonomie moralisch und geistig in der Aufklärung dargestellt wird, bei Leibniz und bei Kant. Der Konflikt zwischen den philosophischen Traditionen gibt den Konflikt wieder, der sich in der gesellschaftlichen Realität entfaltet. Individualistische Freiheit sollte die wesentliche Qualität des inneren und äußeren Menschen in Theorie und Praxis, Denken und Handeln sein. In diesem Sinne war das Individuum die Folgerung aus privater Wirtschaft: moralische Verantwortung und autonome Persönlichkeit sollten wirklich in ökonomischer und politischer Freiheit bestehen. Das Individuum ist Besitzer nicht nur in dem Sinne, daß es über materielle Schätze, Güter und Dienste verfügt, die notwendig für die Verwirklichung seiner Freiheit in der Gesellschaft sind, sondern auch im Sinne des Erwerbs dieser Dinge Mittel seiner Arbeit oder Kontrolle über fremde Arbeit (schon bei Locke!) und der Aneignung – materieller Ausdruck der produktiven und schöpferischen Persönlichkeit.

Der Begriff des Individuums als Besitzer, der philosophische Theorien von Hobbes bis Hegel beherrscht, war kaum anwendbar – in jeglichem allgemeinen Sinn – auf die Erwerbsgesellschaft, in der die Mehrheit der Bevölkerung solcher Autonomie beraubt war. Aber es gab eine Klasse, und lange Zeit eine herrschende Klasse, die der landwirtschaftlichen und industriellen Unternehmer, von denen man sagen konnte, sie seien die Herren ihrer eigenen Unternehmungen; individuell verantwortlich für ihre Entscheidungen, Wahlen, Risiken wurden sie belohnt, wenn ihre Entscheidungen gut waren, bestraft, wenn sie schlecht waren – entsprechend dem Verdikt des freien konkurrierenden Marktes. Durch die Freiheit privater Wirtschaft entwickelte diese Klasse (grob gesagt: ‚die Bourgoisie') die Produktivkräfte auf individualistischer Basis unter den Bedingungen des freien Kapitalismus, der in den Industrieländern bis zum Ende des 19. Jahrhunderts herrschte. Zugleich waren die ökonomischen Herren autonome Individuen im eigenen Haus; da sie die Erziehung der Kinder, die Art des Haushaltes und die Verhaltensweisen bestimmten, setzten sie das Realitätsprinzip in einer recht autoritären Weise durch. ‚Herr im Hause sein', im Geschäft und Zuhause, hieß ohne die Regierung, ohne ‚public relations', ohne standardisierte Massenmedien auskommen; so konnten sie als lebende Repräsentanten der individualistischen Kultur angesehen werden.

Heute ist keine lange Diskussion mehr nötig, um zu zeigen, daß die Bedingungen, unter denen diese Form individueller Unternehmung gedeihen konnte, verschwunden sind. Die heutige amerikanische Gesellschaft hat den Zustand hinter sich gelassen, in dem individuelle Einheiten der Produktion sich im freien Wettbewerb engagieren. Mit dem Übergang des liberalistischen in den organisierten Kapitalismus ist „Individualität" im ökonomischen Bereich veraltet, verkümmert durch das schnelle und überwältigende Wachstum der Arbeitsproduktivität und der Zunahme der Mittel und Instrumente für den Gebrauch dieser Produktivität. Angesichts dieser historischen Entwicklung ist die Frage zu stellen, wo und wie in der fortgeschrittenen industriellen Gesellschaft unseren Typs wir uns die Entwicklung und den Ausdruck schöpferischer Individualität vorstellen können. Bevor ich davon spreche, möchte in den Wandel von Individualität in der Dimension andeuten, in der das Individuum im authentischen Sinn „schöpferisch" ist: Literatur und Kunst.

In der Tat erscheint die künstlerische Dimension als einziger Ort, wo man sowohl in seiner materiellen wie in seiner intelligiblen Existenz individuell sein kann, – nicht nur als innerer, sondern auch als äußerer Mensch. Im Gegensatz zum ökonomischen Individuum realisiert der Künstler seine Individualität in einer Form schöpferischer Arbeit, die von der modernen Kultur gepriesen worden ist als eine Manifestation höherer Freiheit und höheren Wertes. Ungleich der inneren Moral und geistigen Autonomie, – der individuellen „Person" von der idealistischen Philosophie zugeschrieben – ist die Freiheit des Künstlers substantieller Art, in seinem Werk und in seinem Leben sich ausdrückend. Die großen Persönlichkeiten der Renaissance konnten künstlerischen, politischen und ökonomischen Individualismus miteinander verbinden. Burckhardts Satz vom „Staat als Kunstwerk" drückt diese Einheit aus. Dieser Satz mag ein höchst idealisiertes Bild wiedergeben, er zeigt aber die Kluft an, die die Ursprünge des Individualismus von seinen späten Formen trennt.

In der vollentwickelten bürgerlichen Gesellschaft überlagert der Marktwert den Wert individuellen Schöpfertums: wenn dieses dazu dient, jenen zu vermehren, ist es mehr der Markt als das Individuum, was sich behauptet. Das Individuum im vollen, „klassischen" Sinne als das wahre Selbst erscheint nunmehr nur gegen die Gesellschaft möglich, im wesentlichen Widerstreit mit den etablierten Normen und Werten: es ist ein Fremder, outsider, oder Teil der „inneren Emigration". In dieser Gesellschaft kann das Individuum sich nicht selbst erfüllen, nicht zu sich kommen: das ist die Bedeutung der repräsentativen Literatur mindestens vom Sturm und Drang bis Ibsen. Im unvermeidlichen Kampf mit der Gesellschaft geht das Individuum (immer im emphatischen Sinne des Wortes) entweder unter oder resigniert, – es entsagt dem Glück und kompromißloser Freiheit, dem, was anfangs Versprechen und Ziel des Individualismus war. Das schöpferische Individuum begann als Nonkonformist; in der bestehenden Gesellschaft kann es kein Realist sein, ohne sich selbst zu hintergehen; seine Autonomie ist die der Imagination, die ihre eigene Rationalität und Wahrheit hat (vielleicht noch gültiger, noch rationeller als die des Bestehenden). Aber sowie es beginnt, in Übereinstimmung mit sich selbst und seinen Fähigkeiten zu leben und zu arbeiten, erkennt es, daß es sich selbst entsagen muß und seine Autonomie in der Vernunft statt in der Imagination zu finden hat. Mit anderen Worten, das Individuum findet sich selbst in dem Maße, in dem es sich selbst beschränken und sein Glück mit seinem Unglück zu versöhnen lernt. Autonomie bedeutet Resignation. Das wird erzählt in den großen Bildungsromanen in der Art des Wilhelm Meister, der éducation sentimentale, des grünen Heinrich, der recherche du temps perdu. Es gibt dennoch eine andere Form, in der das Individuum in der bürgerlichen Gesellschaft erscheint und die vielleicht am meisten Individualität verwirklicht, das ist der poète maudit. Er lebt tatsächlich sein eigenes Leben: am Rande und gegen die Gesellschaft. Das Individuum wird authentisch als outcast, Rauschgiftsüchtiger, Kranker, Genie. Etwas von dieser Authentizität ist noch bewahrt in „bohémien", sogar im beatnik. Sie vertreten wenig gedeckte und gebilligte Formen von individueller Freiheit und von Glück, nicht genossen von normalen Bürgern, die Freiheit und Glück eher im Sinne der Regierung und der Gesellschaft bestimmen, als nach ihnen selbst.

Diese lange Abschweifung von der Great Society schien mir nötig, um die Ideologie des Individuums von seiner Realität zu trennen und hervorzuheben, wie das schöpferische Individuum weitgehend auf die „künstlerische Dimension" beschränkt wird, d. h. auf den Bereich, der bis jetzt weit zurückgehalten wurde vom täglichen Geschäftsleben – eine Art immaterialer Wirklichkeit, die geistiger usw. sein soll. Etwas davon findet sich noch wieder in Präsident Johnsons Bestehen auf Schönheit, Schöpfertum, Imagination (die jedoch, gekoppelt an Erneuerung, eine technische, kommerzielle Aura hat!). Und einige der spezifischen Fragen, die in diesem Symposium über die Great Society behandelt werden, stellen ausdrücklich das Problem von Ort und Funktion des schöpferischen Individuums in der fortgeschrittenen Gesellschaft. In der Tat wird mit dem technologischen Fortschritt, mit der Verbreitung der Automation mit der Massenproduktion und Standardisierung im täglichen Geschäftsleben, „Individualität" immer mehr reserviert bliebe für welchen Raum immer auch der „schöpferischen" Aktivität – was immer auch schöpferisch meinte. Im Kontext autoritativer Feststellungen über die Great Society scheint schöpferisch sich zu beziehen auf die Produktion von Dingen, Diensten, Arbeiten, Gebiete, die nicht bloß nützlich, sondern auch schön sind, und die nicht bloß materielle, sondern auch geistige Bedürfnisse befriedigen, indem sie die Freiheit, Freude und Fülle menschlicher Existenz fördern.

Wir müssen von Anfang an betonen, daß die Suche nach dem schöpferischen Individuum in der fortgeschrittenen industriellen Gesellschaft die gesellschaftliche Organisation von Arbeit unmittelbar betrifft. Denn Schöpfertum, wenn es mehr sein soll als ein individuelles Privileg, auf eine Elite beschränkt, muß eine mögliche Existenzart für alle Mitglieder der Great Society sein, ohne jegliche Unterscheidung außer der, die sich aus verschiedenen individuellen Fähigkeiten ergibt. Darüberhinaus müssen die Formen von Schöpfertum im materiellen Prozeß der Produktion (etwa Häuser, Parks, Möbel, Kunstobjekte) produziert werden, oder der materielle Prozeß der Produktion muß die materielle Basis und Umgebung für das Entstehen und Erlangen solcher Güter vorsehen. Wie und wo kann individuelles Schöpfertum auf sozialer Ebene sich entwickeln in einer Gesellschaft, in der materielle Produktion zunehmend mechanisiert, automatisiert und standardisiert wird? Folgende Alternativen bieten sich an:

a) entweder die materielle Produktion selbst ändert wesentlich ihren Charakter und wird verwandelt von „entfremdeter" zu nichtentfremdeter Arbeit;

b) oder materielle Produktion wird vollständig getrennt von schöpferischer Individualität (ausgenommen technologische Intelligenz und Imagination, die auf den Produktionsapparat angewendet wird), und die Individuen sind schöpferische außerhalb des Prozesses der materiellen Produktion.

Im Hinblick auf die erste Möglichkeit ist klar, daß weiterer Fortschritt der industriellen Gesellschaft gleichbedeutend ist mit Fortschritt in Mechanisierung und Massenproduktion. Die Reduzierung individueller Energie in der Produktion des Notwendigen ist auch Fortschritt im menschlichen Sinne. Wenn die Notwendigkeit individueller Arbeitskraft ausgeschaltet würde, wäre das der größte Triumph von Industrie und Wissenschaft. Jeglicher Versuch, diesen Trend auf sozialer Ebene durch Wiedereinführung von Arbeitsweisen, die sich dem Handwerk nähern oder durch die Reduktion des mechanisierten Apparates umzukehren, während die etablierte soziale Kontrolle des Produktions- und Verteilungsprozesses unangetastet bleibt, würde regressiv sowohl im Sinne der Effektivität als auch im Sinne menschlicher Entwicklung sein. (Die Situation ist völlig anders in den zurückgebliebenen Ländern, so die Verbesserung und Vermenschlichung bestehender vorindustrieller Arbeitsarten offensichtlich dem Trend zur ausbeuterischen Kontrolle von Industrialisierung durch fremdes oder einheimisches Kapital entgegenwirken könnte – vorausgesetzt, daß reale nationale Unabhängigkeit erreicht worden ist.)

Das Entstehen des autonomen und schöpferischen Individuums kann somit nicht als ein stufenweiser Übergang von bestehender in nichtentfremdete Arbeit vorgestellt werden. Mit anderen Worten, das Individuum kommt nicht zur Welt als Arbeiter, Techniker, Ingenieur, oder Wissenschaftler, der sein Schöpfertum ausdrückt, indem er den bestehenden Produktionsapparat herstellt und bedient. Dieser ist und bleibt ein technischer Apparat, der in seiner Struktur selbst gegen Autonomie im Arbeitsprozeß gerichtet ist. Autonomie aber setzt einen grundlegenden Wechsel in den Beziehungen von Produzenten und Konsumenten zum Apparat selbst voraus. In seiner herrschenden Form kontrolliert dieser das Individuum, dem er dient: er erhält und befriedigt aggressive und konformistische Bedürfnisse, die die Kontrolle reproduzieren. Auch eine bloße Übertragung von Kontrolle würde keine qualitative Änderung bedeuten, wenn nicht und bis nicht neue Verwalter (und die Bevölkerung im großen Maßstab) das lebendige Bedürfnis nach einer wirklichen Veränderung der Richtung des technischen Fortschritts, auf eine Befriedigung des Kampfes ums Dasein hin erfahren würden. Dann könnte das „Reich der Freiheit" vielleicht im Arbeitsprozeß selbst erscheinen, in der Ausführung von gesellschaftlich notwendiger Arbeit. Der technische Apparat könnte dann dazu dienen, eine neue Gesellschaft und Naturumgebung zu schaffen; die Menschen könnten dann ihre eigenen Städte, eigene Häuser, ihre eigenen Gebiete der Ruhe und Freude haben: sie könnten frei werden und lernen, wie man in Freiheit mit anderen lebt. Erst mit der Schöpfung einer solch vollständig anderen Umgebung (die durchaus innerhalb der technologischen Kapazitäten und jenseits der Fähigkeiten der bestehenden Interessen ist, die die Technologie kontrollieren), würden die Worte „Schönheit", „Schöpfertum", „Gemeinschaft", usw. bedeutungsvolle Ziele bezeichnen; die Schaffung einer solchen Umgebung würde tatsächlich nichtentfremdete Arbeit sein.

Die andere Möglichkeit für das Entstehen des „Individuums" in der fortgeschrittenen Industriegesellschaft wird in der Vorstellung ausgedrückt, daß das Individuum, als autonome und schöpferische Person, sich außerhalb und jenseits des materiellen Arbeitsprozesses entwickelt, außerhalb und jenseits von der Zeit und

Fortsetzung Seite 4

Marcuse/Individuum — Fortsetzung von Seite 3

dem Raum, die nötig sind, um „sich seinen Lebensunterhalt zu verdienen" oder sozial notwendige Nahrung und Dienstleistung zu produzieren. In dieser allgemeinen Vorstellung sind zwei sehr verschiedene und sogar widersprechende Begriffe eingeordnet: die Marxsche Unterscheidung zwischen Reich der Freiheit und Reich der Notwendigkeit und die neuere Idee der schöpferischen Muße.

Marx' „Reich der Freiheit" setzt eine gesellschaftliche Organisation der Arbeit voraus, die nach Maßgabe äußerster Rationalität in der Befriedigung individueller Bedürfnisse für die Gesellschaft als ganze gelenkt wird. Somit setzt es kollektive Kontrolle des Produktionsprozesses durch die Produzenten selbst voraus. Aber für Marx bleibt der Produktionsprozeß ein „Reich der Notwendigkeit", dem Menschen aufgezwungen durch den ständigen Kampf mit Natur, Mangel und Schwäche. Die Zeit, die für diesen Kampf aufgewendet wird, würde stark verkürzt, aber würde noch viel vom Leben des Individuums in Anspruch nehmen. Die verbleibende Zeit würde freie Zeit in dem wörtlichen Sinne sein, nach dem sie unter Kontrolle des Individuums wäre: es würde frei sein, eigene Bedürfnisse zu befriedigen, eigene Anlagen, eigene Freuden. Mir scheint nun, daß die heutige industrielle Gesellschaft dieses „Reich der Freiheit" nahezu verschlossen hat, verschlossen nicht nur mittels ihres Eindringens in alle Bereiche individuellen Lebens (die freie Zeit damit vorbestimmend), sondern auch mittels technischen Fortschritts und Massendemokratie. Was dem Individuum von seinem Schöpfertum außerhalb des technischen Arbeitsprozesses blieb, ist von der Art der Hobbies, do-it-yourself-Zeugs und Spiele. Es gibt natürlich einen „authentischen" Ausdruck in Kunst, Literatur, Musik, Philosophie und Wissenschaft, — es ist aber schwer vorstellbar, daß dieses authentische Schöpfertum, selbst in der besten aller Gesellschaften, eine allgemeine Fähigkeit werden wird. Der Rest ist Sport, Amüsement, Schrulle. Die Bedingungen der entwickelten industriellen Gesellschaft scheinen demnach Marx' Gedanken von freier Zeit zu bekräftigen, Freiheit ist auch eine Sache von Quantität, Zahl, Raum: sie erfordert Zurückgezogenheit, Distanz, Absonderung, — unbehelligten, ruhigen Raum, Natur, die nicht durch Kommerz und Brutalität zerstört ist. Wo diese Umstände nicht herrschen, wird das Reich der Freiheit ein sehr teures Privileg. Nicht nur die Verkürzung des Arbeitstages und die Wiederherstellung der Natur, sondern auch die Senkung der Geburtsrate wäre eine Vorbedingung.

Im Gegensatz zum Marxschen Konzept, entspricht die Vorstellung von „schöpferischer Muße" heutigen *Verhältnissen*. Marxens „freie Zeit" ist nicht „Freizeit, denn die Realisierung des All-round-Individuums ist nicht eine Sache der Muße. Freie Zeit kommt einer freien Gesellschaft zu, Freizeit einer repressiven. In dieser Gesellschaft müßte — mit einem stark reduzierten Arbeitstag — Freizeit organisiert, ja sogar *verwaltet* werden. Der Arbeiter und Angestellte geht in seine Freizeit versehen mit den Eigenarten, Haltungen, Werten, die seinem Status in der Gesellschaft angehören; er kennt nur ein Für-andere-dasein als sein eigenes. Seine Aktivität oder Passivität in der Freizeit ist eine bloße Verlängerung oder Erneuerung seiner sozialen Leistung. Er ist kein „Individuum". Nach der Marxschen Konzeption ist ein Mensch auch im „Reich der Notwendigkeit" frei in dem Ausmaß, in dem er es übereinstimmend mit seinen menschlichen Bedürfnissen und in durchsichtiger Rationalität organisiert hat. Freiheit verbindet also die beiden Reiche: das Subjekt der Arbeitszeit ist auch das der freien Zeit. In der gegenwärtigen industriellen Gesellschaft ist der Mensch nicht das Subjekt seiner Arbeitszeit; soll er also das Subjekt seiner freien Zeit werden, muß er erst dazu gemacht werden. Und bevor nicht die repressive Organisation der Arbeit abgeschafft ist, wird er von genau denselben Kräften zum Subjekt seiner Freizeit gemacht werden, die seine Arbeitszeit beherrschen. Schöpfertum kann gelernt werden, aber solange Lernen und Lehren nicht über die bestehenden Verhältnisse hinausgehen, wird das Resultat Bereicherung, Verschönerung, Verzierung einer unfreien Gesellschaft sein. Anstatt das Bild menschlicher Freiheit vorzuzeichnen, wird schöpferische Kultur beitragen zur Absorption dieses Bildes in den status quo, der dadurch genießbarer wird. Fördert und erfordert aber der technische Fortschritt nicht in seinem eigenen Verlauf die Entwicklung neuer geistiger Energien, neuer intellektueller Fähigkeiten, die umgekehrt die herrschenden Verhältnisse überschreiten und befreiende Bedürfnisse und Wünsche schaffen könnten? Es gibt ein verstärktes Bedürfnis nach wissenschaftlicher und technologischer Intelligenz innerhalb des materiellen Produktionsprozesses, das befriedigt werden muß, und es besteht kein Zweifel, daß diese Intelligenz schöpferisch ist. Der mathematische Charakter der modernen Wissenschaft bestimmt jedoch Ausmaß und Richtung dieses Schöpfertums und läßt die nicht quantifizierbaren Qualitäten außerhalb seiner Domäne. In mathematischen Konzeptionen und Wissenschaftsvorstellungen meint man die einzig „wissenschaftlichen" zu haben. Diese universale Gültigkeit wird für eine spezifisch historische Theorie beansprucht, andere Wirtschaftspraxis und andere Arten des Wissens erscheinen weniger wissenschaftlich und daher weniger wahr.

Nach der Verbannung nicht quantifizierbarer Qualitäten von Mensch und Natur aus der wissenschaftlichen Methode, empfindet Wissenschaft das Bedürfnis nach Wiederauferstehung, indem sie sich abfindet mit „Humaniora". Die Dichothomie zwischen Wissenschaft und Humaniora (eine verräterische Bezeichnung, als ob Wissenschaft nicht länger mehr etwas mit Humanität zu tun hätte!) kann nicht überbrückt werden mit gegenseitiger Anerkennung und Respekt. Die Forderung würde das Eingehen humaner Ziele in die Bildung wissenschaftlicher Konzeptionen und vice versa die Entwicklung humaner Ziele unter der Anleitung solcher wissenschaftlicher Konzeptionen einschließen. Vor dieser internen Vereinigung werden beide, Wissenschaft und Humaniora schwerlich geeignet sein, eine größere Rolle bei der Entstehung einer freien Gesellschaft zu spielen. Die Humaniora werden verdammt sein, wesentlich abstrakt zu bleiben, akademisch, „kulturell" — recht abgetrennt vom täglichen Arbeitsprozeß. Wissenschaft, auf der anderen Seite, wird fortfahren, den Arbeitsprozeß zu formen und damit das tägliche Ganze von Arbeit und Freizeit, aber sie wird nichts zu neuer Freiheit beitragen. Der Wissenschaftler mag wohl bewegt werden von suprawissenschaftlichen, humanen Zielen, aber sie werden seiner Wissenschaft fremd bleiben, und sie werden sein Schöpfertum von außen begrenzen, sogar bestimmen. So ist der Wissenschaftler oder Techniker mit Entwerfen und Konstruieren einer Brücke oder eines Straßennetzes beschäftigt, mit Erleichterungen für Arbeit und Freizeit; mit Planen von Städten kann er (und tut es auch oft) etwas Schönes, Friedliches und Menschliches berechnen und konstruieren. Diese Schöpfung wird jedoch funktional sein im Sinne des Funktionierens der Gesellschaft, und seine darüber hinausgehenden Ziele und Werte werden durch diese Gesellschaft bestimmt. In diesem Sinne wird sein Schöpfertum widersprüchlich bleiben. Die Individuen, die in der Great Society leben sollen, müssen die sein, die sie geschaffen haben; sie müssen frei für sie sein, bevor sie frei in ihr sein können. Keine andere Macht kann ihnen eine freie Gesellschaft auferlegen — nicht, weil ein „Despotismus der Freiheit" ein Widerspruch per se wäre, sondern weil keine Macht, keine Regierung, keine Partei existiert, die frei zu solch einer Diktatur wäre. Die neue Gesellschaft müßte immer noch im Prozeß materieller Produktion, sozial notwendiger Arbeit und ihrer Teilung Form annehmen. Und da die individuelle Autonomie aus diesem Prozeß eliminiert ist, erforderte die Schaffung von Freiheit eine Änderung der Kontrolle über die Produktivität. Mehr noch, die Konstruktion der Great Society würde mehr als eine Änderung in den Kontrollmächten einschließen: sie würde das Entstehen neuer Bedürfnisse und Wünsche in den Individuen selbst einschließen — Bedürfnisse und Wünsche verschieden von herrschenden und sogar denen widersprechend, die jetzt gestützt, befriedigt und reproduziert werden im etablierten sozialen Prozeß.

Ist es aber nicht das Wesen einer demokratischen Gesellschaft, das Entstehen neuer Bedürfnisse und Wünsche zu billigen, sogar wenn ihre Entwicklung droht, neue soziale Institutionen zu fordern? Hier wird Erziehung, der dritte Bereich des Aufbaues der im Programm zur Great Society bezeichnet ist, relevant. Johnsons Programm verlangt nach einer Ausweitung und Zunahme von Erziehung „an Qualität ebenso wie an Umfang". Betrachten wir zuerst die Frage der quantitativen Zunahme. Nicht allzulange her sprach man sich aus gegen allgemeine Erziehung: man sah sie als zu gefährlich für Gesetz und Ordnung an, für Kultur, wenn die unteren Klassen lesen und schreiben lernten. Natürlich war es die etablierte Ordnung und die etablierte Kultur, die vor mehr Erziehung beschützt zu werden hatte. Heute ist die Situation sehr viel anders und Erziehung wird von den etablierten Ordnungen und Gesetzen als wünschenswert angesehen. Keine Kultur und kein intellektueller Ausdruck — egal wie subversiv — werden aus dem Pensum ausgeschlossen. Marx wird mit Hitler zusammengelehrt; Drogen sind Teil der Ausstattung existentieller Psychologie; und sogar die Philosophie eines Marquis de Sade wird manchmal respektvoll im Klassenzimmer behandelt.

Zum Glück brauche ich hier nicht zu diskutieren, ob diese Errungenschaft Fortschritt in Freiheit und kritischem Denken oder eher Fortschritt in Immunität und Zusammenhalt der bestehenden Gesellschaft und ihrer Werte anzeigt. Jedenfalls kann dieser kulturelle Überfluß besser als weitere Beschränkung und Unterdrückung von Wissen sein, aber er kann nicht per se als Fortschritt zu einer besseren Gesellschaft hingenommen werden. Tatsächlich reduziert diese Zusammenstellung von Positivem und Negativem, von Subversivem und Konservativem deren qualitative Differenz; es vollendet die Einebnung von Gegensätzen, von Widersprüchen. Eine Änderung des vorherrschenden Musters, d. h. eine Befreiung unabhängigen, kritischen, radikalen Denkens, neuer intellektueller und körperlicher Bedürfnisse würde einen Bruch mit der wohlwollenden Neutralität bedeuten, die Marx und Hitler, Freud und Heidegger, Samuel Beckett und Mary MacCarthy umfaßt; sie würde Partisanentum gegen eine Toleranz und Objektivität erfordern, die wie immer auch im Reich der Ideologie und in Bereichen, die nicht das Ganze bedrohen, operieren. Aber genau diese Toleranz und Objektivität sind das Schibboleth des demokratischen Prozesses und seiner herrschenden Institutionen. Progressive Erziehung, die das intellektuelle Klima für das Entstehen neuer individueller Bedürfnisse schaffen könnte, würde in Konflikt mit vielen der privaten und öffentlichen Mächte, die heute Erziehung finanzieren, kommen. Qualitative Änderung in der Erziehung ist qualitative soziale Änderung und es gibt wenig Aussicht, daß solch eine Änderung organisiert und verwaltet werden könnte: Erziehung bleibt ihre Vorbedingung. Der Widerspruch ist real: die bestehende Gesellschaft muß die Möglichkeit der Erziehung für eine bessere Gesellschaft bieten, und solche Erziehung kann der bestehenden Gesellschaft eine Bedrohung sein. Daher können wir keine öffentliche Forderung nach solcher Erziehung erwarten, auch keine Bestätigung und Unterstützung von oben. Kant setzte als Ziel von Erziehung, daß Kinder erzogen werden sollten nicht in Übereinstimmung mit der gegenwärtigen sondern mit der einer zukünftigen, besseren Bedingung der menschlichen Rasse, d. h. in Übereinstimmung mit der Idee von Humanitas. Dieses Ziel schließt noch die Subversion der bestehenden Bedingung des Menschen ein. Ich frage mich, ob die Fürsprecher der Erziehung zur Great Society sich dieser Implikation bewußt sind.

In dem Maße, in dem die technischen, materiellen und wissenschaftlichen Quellen für die Entwicklung einer freien Gesellschaft verfügbar sind, hängt ihre Realisierung von menschlichen, gesellschaftlichen Kräften ab, die solch eine Gesellschaft brauchten — sie nicht nur objektiv brauchten (an sich), sondern auch subjektiv, bewußt, für sich. Heute ist dieses Bedürfnis nur innerhalb einer Minorität der Bevölkerung der reichen Gesellschaften und innerhalb der kämpfenden Leute der armen Gebiete der Welt gegenwärtig. In den technisch fortgeschrittenen Gebieten der Welt kann die Erziehung in der Tat helfen, das Bedürfnis, das „objektiv" universal ist zu aktivieren — aber es würde eine merkwürdige, höchst unpopuläre und unprofitable Erziehung sein. Zum Beispiel würde es die Immunisierung von Kindern und Erwachsenen gegen Massenmedien bedeuten, ungehinderten Zugang zu Informationen, die unterdrückt oder verdreht werden von diesen Medien; methodisches Mißtrauen gegen Politiker und Anführer, Organisation wirksamen Protestes und Widerstand, der nicht unvermeidlich mit dem Märtyrertum derer, die protestieren und widerstehen endet. Solche Erziehung würde auch auf eine grundlegende Umwertung geltender Werte hinauslaufen: sie würde die Abwertung allen Heroismus im Dienste der Inhumanität, von Sport und Amüsement im Dienste von Brutalität und Stupität, von Glauben in die Notwendigkeit des Kampfes ums Dasein, und in die Notwendigkeit von „Geschäftemacherei" erfordern. Freilich sind diese erzieherischen Ziele negativ, aber die Negation ist die Arbeit und Erscheinung des Positiven, das erst den physischen und geistigen Raum schaffen muß, in dem es lebendig werden kann — und das erfordert die Abschaffung der verheerenden und erstickenden Einrichtungen, die jetzt diesen Raum einnehmen. Diese Destruktion würde die erste Manifestation neuer Autonomie und neuen Schöpfertums sein — die Erscheinung des freien Individuums in der neuen Gesellschaft.

Ich habe alle Fragen, die spezifische administrative Probleme angehen, solche nach der Beziehung zwischen Bundes- und Landesautorität, öffentlicher und privater Tätigkeit usw. ausgeschlossen. Diese Fragen setzen voraus, daß die bestehenden Institutionen das Programm der Great Society erfüllen sollen, während ich annehme, daß dieses Programm über ihren Rahmen und ihre Autorität hinausgeht. Die anderen Fragen befassen sich hauptsächlich mit dem generellen Problem der „Organisation", d. h. ob die allgegenwärtige Organisation, charakteristisch und unerläßlich für das Funktionieren der fortgeschrittenen industriellen Gesellschaft nicht „Individuum", Schöpfertum und Initiative widerstreitet. Die Gegenüberstellung von Organisation und Freiheit ist ideologisch: während es wahr ist, daß Freiheit nicht organisiert werden kann, erfordern materielle, technische (und vielleicht sogar intellektuelle) Vorbedingungen von Freiheit Organisation.

Nicht das Anwachsen von Organisation ist zu tadeln, sondern das Anwachsen schlechter, ausbeuterischer Organisation. Das verlangt nach Gegenorganisation. Wenn zum Beispiel die Bürgerrechtsbewegung eine mächtigere und streitbarere Organisation als ihre Opponenten haben würde, wäre sie weit wirkungsvoller. Ähnlich könnte man die endlosen Debatten über den richtigen Ausgleich von Bundes- und Landesgewalt, Jurisdiktion, Einzelinitiative usw. zu einem Ende bringen. Wenn die Anlage der Bundesrepublik progressiver Politik verspricht, sollten ihre Macht und ihre Autorität rigoros vorherrschen, und vice versa; andernfalls hängt der Erfolg einfach nur von lokaler oder nationaler Machtpolitik ab. Während einige der aufgeworfenen Fragen den internationalen, weltweiten Inhalt der Great Society hervorkehren, scheinen die meisten Fragen den nationalen Rahmen des Programms anzunehmen: die Great Society wird eine amerikanische Gesellschaft sein. Aber, wenn eins nur klar ist, dann, daß die Great Society falls sie je zustande kommen sollte, keine amerikanische Gesellschaft sein wird, wenn auch dies Land begreiflicherweise und anfänglich die führende Kraft sein sollte. Nicht nur, daß einige der Werte, die mit dem Begriff des american way of life verbunden worden sind, unvereinbar sind mit einer freien Gesellschaft (etwa Kommerzialisierung der Seele, Gemeinschaft, Heiligkeit des Geschäfts, Wissenschaft von menschlichen Beziehungen), sondern die kriegsähnliche Koexistenz dieser Gesellschaft im Überfluß mit den armen Nationen der Welt widerstreitet der Idee gerade einer Great Society. Vergleichbar könnten einige der Werte, die mit östlicher Kultur verbunden sind (besonders Abneigung gegen „Geschäft", Betonung von Kontemplation) in einer neuen Gesellschaft belebt werden.

Das Programm der Great Society ist insgesamt von einer substantiellen Zweideutigkeit, die die alternativen Aussichten der Gesellschaft im Überfluß widerspiegeln, deren Programm es sein soll.

1. Es kann erstens verstanden werden als eine Verbesserung und Ausweitung des status quo: ein höherer Lebensstandard für den unterprivilegierten Teil der Bevölkerung, Abschaffung von Diskriminierung und Arbeitslosigkeit, Verschönerung von Städten, Landgegenden, Verbesserung des Transportsystems, bessere Erziehung für alle, Pflege der Freizeit. Solange nicht eine entgegengesetzte Politik verfolgt wird, ist anzunehmen, daß die Entwicklung innerhalb des institutionellen, kulturellen und intellektuellen Rahmens des Konkurrenzkampfes um die wirtschaftliche Existenz stattfindet. Solch ein Programm würde, ins Werk gesetzt, tatsächlich eine breite Verbesserung innerhalb der bestehenden Verhältnisse bedeuten. Die Realisierung der Great Society würde aber im bestehenden Rahmen eine andauernde und beträchtliche Verringerung des militärischen Establishment ebenso wie seiner physischen und geistigen Manifestationen in der ganzen Gesellschaft erfordern, und d. h. sie würde größere politische und ökonomische Veränderungen, vor allem der Außenpolitik erfordern. Ohne diese Veränderung würde die Great Society aussehen wie ein Wohlfahrtsstaat, der sich anschickt, ein Waffenstaat zu werden.

2. Das Programm kann verstanden werden als Vorhaben der grundlegenden Veränderung der bestehenden Gesellschaft, angelegt in seiner technologischen Kapazität, d. h. einer Veränderung in eine Gesellschaft, die nicht Vollbeschäftigung, sondern geringste (oder sogar Nichtbeschäftigung) mit notwendig entfremdeter Arbeit als Basis des Wachstums kennt. Das bedeutete die Umkehrung der bestehenden Organisation des ökonomischen Prozesses und Umkehrung der bestehenden Erziehungsziele — kurz, es bedeutete eine grundlegende Umwertung aller Werte, und das Entstehen neuer individueller und gesellschaftlicher Bedürfnisse. Das würde auch eine radikale Änderung in den Beziehungen der „reichen" und „armen" Nationen bedeuten — Aufstieg einer internationalen Gesellschaft jenseits von Kommunismus und Kapitalismus.

Unhaltbar erscheint, unter beiden Aspekten, die traditionelle Vorstellung vom Individuum, seinem klassisch liberalen wie seinem marxistischen Sinn nach — aufgehoben durch die historische Entwicklung von Produktivität. Denn die „Person" als autonomer Agent wird immer weniger Platz im Arbeitsprozeß finden. Mit der ersten Möglichkeit (Ausweitung und Verbesserung des status quo) könnte und würde Individualität vielleicht „künstlich" aufrechterhalten und gehegt werden: eine Art organisierter, verwalteter Individualität, die sich ausdrückt in äußerlichen Schaustücken, Zubehör, Schrullen, Hobbies, in gepflegter Freizeit, Dekoration und Ausschmückung. Authentische Individualität wäre Auszeichnung schöpferischer Künstler, Schriftsteller, Musiker. Der Gedanke, dieses schöpferische Potential in der Bevölkerung allgemein zu machen, widerstreitet gerade der Funktion und Wahrheit künstlerischer Schöpfung als Form des Ausdrucks nicht, weil es notwendig Privileg einiger weniger Schöpferischer bleiben müßte, sondern weil es Absonderung und Negation von gesundem Menschenverstand und von allgemeinen Werten, Einführung einer qualitativ von der etablierten verschiedenen Realität einschließt. Im Falle der zweiten Möglichkeit (grundlegende Veränderung der Gesellschaft), würde sich Individualität auf eine völlig neue existentielle Dimension beziehen: einen Bereich des Spiels, Experiments und der Imagination, der außerhalb der Fassungskraft jeder heutigen Politik und heutigen Programms liegt. Ich möchte mit einer weniger utopischen Bemerkung schließen. Vielleicht wird stärkster Zweifel hinsichtlich der Great Society dadurch verursacht, daß die amerikanische Außenpolitik alles andere als das inländische Programm die Great Society bekräftigt. Die Resultate von Koexistenz, Beziehungen mit armen Nationen, Neokolonialismus und militärischem Establishment sind keine nebensächlichen äußeren Faktoren; sie bestimmen eher die Wachstumschancen, Verbesserung und sogar Fortdauer einer Gesellschaft, sei sie groß oder nicht so groß. Der brutale und schmutzige Krieg in Vietnam widerspricht den Erklärungen von der Notwendigkeit der Ausdehnung des amerikanischen Programms auf andere Nationen ebenso, wie die direkte oder indirekte Intervention gegen gesellschaftliche Veränderung, wo immer sie althergebrachte Interessen bedroht, wie die Ausdehnung militärischer Basen über die ganze Welt. Diese Verhältnisse bezeugen Vorherrschaft von Macht und sind unvereinbar mit dem großen Entwurf für Frieden, Freiheit und Gerechtigkeit. Die Präsenz dieser Machtverhältnisse eher als das Fehlen von Fähigkeiten und Absichten gibt dem Programm seinen ideologischen Charakter. Die Great Society wird eine Gesellschaft sein, die in Frieden leben und wachsen kann, ohne das eingebaute Bedürfnis nach Verteidigung und Aggression — oder sie wird überhaupt nicht sein.

(Übersetzt von A. Y. Davis u. D. H. Wittenberg)

news
NACHRICHTEN KOMMENTARE

Die IX. Weltjugendfestspiele, die von der International Union of Students (IUS, Prag) und der World-Federation of Democratic Youth (WFDY, Budapest) gemeinsam organisiert werden, sollen einem Beschluß des Vorbereitungskomitees in Wien zufolge im Sommer 1968 in Sofia/Bulgarien stattfinden. (asb)

„Pax Romana", die Internationale Bewegung Katholischer Studenten, veranstaltet ihre 25. Generalversammlung im Anschluß an das Sommersemester 1967 in Bochum. (KDSE-pid)

Einen Assistententag vom 22. – 28. September 1967 in Marburg bereiten die Evangelische Studentengemeinde in Deutschland (ESGiD) und die Katholische Deutsche Studenten-Einigung (KDSE) gemeinsam vor. Das Thema lautet: „Strukturen und Methoden – Grundlagen der Wissenschaften und Möglichkeiten ihrer Kooperation". (KDSE-pid)

Der erste deutsche Schülerkongreß wird von der Aktionsgemeinschaft des Unabhängigen Sozialistischen Schülerbundes (AUSS) am 17. und 18. Juni in Frankfurt veranstaltet. (FAZ)

Ein Bundeskultusministerium einzurichten, hat der niedersächsische Finanzminister Kubel (SPD) vorgeschlagen. (FR)

43 000 Studenten und Wissenschaftler aus aller Welt hat das Referat für Studienaufenthalte ausländischer Studentengruppen beim Deutschen Akademischen Austauschdienst (DAAD) auf Fachexkursionen durch Westdeutschland gefördert. (DAAD)

In Parma/Italien ging das Internationale Festival der Studententheater zu Ende, an dem sich Bühnen aus Polen, Jugoslawien, Großbritannien, Belgien, der Türkei, der Bundesrepublik und dem Gastland beteiligten. (FAZ)

Graphisch beraten wird der VDS bei der Herstellung seiner gesamten Druckerzeugnisse neuerdings durch die Ulmer Hochschule für Gestaltung. -Sb-

Affären

Schreibtischmörder

BONN. Die „Internationale Arbeitsgemeinschaft Fortschrittlicher Studenten" (IAFS) in der Bundesrepublik hat in einer Resolution den Bonner Ausländerbehörden vorgeworfen, daß sie „seit einiger Zeit dazu übergegangen sind, die Bestimmungen des ohnehin schon sehr fragwürdigen Ausländergesetzes von 1965 dadurch überzuerfüllen, daß sie den jeweiligen Botschaften mißliebige eigene Staatsangehörige abschieben, ohne daß Gelegenheit gegeben wird, politisches Asyl zu beantragen oder einen Duldungsantrag zu stellen". Die Vorwürfe bezogen sich vor allem auf eine Reihe von Fällen indonesischer Studenten. Die IAFS behauptet, daß von der Bundesrepublik abgeschobene Indonesier alsbald in ihrem Heimatland hingerichtet worden sind. „Um weiteres Blutvergießen zu vermeiden", sollten die deutschen Behörden Ausweisungen auf „das unumgängliche Minimum" beschränken, heißt es in einem IAFS-Schreiben an Bundesaußenminister Brandt. (Bonner General-Anzeiger)

Seiten-Hiebe

BONN. Keinen Hörsaal für eine Griechenland-Demonstration erhielt der Bonner Allgemeine Studentenausschuß. Wie der AStA mitteilte, hatte er zu der Demonstration aufgerufen, jedoch habe sich der Rektor geweigert, einen Hörsaal dafür zur Verfügung zu stellen. Universitätsbeamte hätten dem AStA erklärt, der Rektor wolle damit verhindern, daß sich die Universität in die inneren Angelegenheiten eines fremden Staates einmische. Zudem könnten die Studenten jetzt noch nicht wissen, ob sie überhaupt „für die richtige Seite" demonstrierten. (Frankfurter Rundschau vom 27. 4. 1967) – Das wieder war dem Ring Christlich-Demokratischer Studenten zuviel. Auf einem Flugblatt bekannten christ-demokratische und liberale Kommilitonen: „Sicher ist aber auch, daß das Vorgehen des Rektors unklug war. Nach all dem, was in Deutschland geschehen ist, muß die Universität überall da Stellung beziehen, wo Demokratie in Gefahr gerät." (Die Zeit vom 12. 5. 1967)

Gleich verstimmt

BOCHUM. Zu einer ernsten Verstimmung zwischen Professoren und Studentenvertretern ist es an der Ruhr-Universität in Bochum gekommen. Bei der Immatrikulationsfeier verließen zahlreiche Professoren und Dozenten die Veranstaltung, als der Vorsitzende des Allgemeinen Studentenausschusses, Ermrich, in seiner Rede erklärte, die Mitbestimmung der Studentenschaft sei an den deutschen Universitäten bewußt hintertrieben worden. Einige Professoren haben sich inzwischen schriftlich beim Rektor der Hochschule, Professor Greeven, über das Verhalten des AStA-Vorsitzenden beschwert. Ermrich lehnte jede politische Bevormundung der Studenten ab und forderte zwischen Lehrenden und Lernenden eine gleichberechtigte Partnerschaft. Er beklagte, daß die studentische Mitbestimmung der Studenten an den Hochschulen nicht institutionalisiert worden sei. Professor Greeven verwahrte sich gegen die Vorwürfe des Studentenvertreters. Ermrich habe das Vertrauen der Universität mißbraucht. (Frankfurter Allgemeine vom 12. 5. 1967)

Hallo Taxi!

KÖLN. Ungläubig hörten die Journalisten die Mär: Das 14. – politische – Kommissariat der Kölner Kriminalpolizei habe die Kölner Taxifahrer zur Mitfahndung nach plakatklebenden SDS-Leuten aufgefordert. Die Taxifahrer seien dieser Aufforderung nachgekommen. Das Ergebnis: Zwei demolierte SDS-Autos, ein verletzter Genosse, acht vorübergehend festgenommene Genossen, 200 beschlagnahmte Plakate. Die Mär war indes keine Mär. Köln probte den Notstand. Anlaß dazu gab der SDS, Notstands-Legislative spielte das 14. Kommissariat, Notstands-Exekutive Chaffeure der „Wirtschaftlichen Vereinigung Kölner Kraftdroschkenbesitzer". Als Hilfspolizisten von Präsidiums Gnaden prügelten, randalierten und demolierten sie zu Ehren des verstorbenen Altbundeskanzlers Dr. Konrad Adenauer. Es begann damit, daß in der Nacht vom 24. zum 25. April – wenige Stunden vor dem Staatsbegräbnis – fünf Personenwagen mit 19 SDS-Studenten und -Studentinnen, 200 Plakaten, fünf Kleistertöpfen und fünf Kleisterpinseln losfuhren. So ausgerüstet wollten die Linken ihre Mitbürger daran erinnern, daß in dieser schlimmen Zeit nicht nur am 25. April, sondern an allen Tagen Grund zu tiefer Trauer sei. Auf den schwarzumrahmten Plakaten à la Todesanzeige stand: „Ein Volk trauert ... Wer trauert um ein Volk? In Vietnam warten 400 000 Ermordete auf ihre Totenmesse." Der Vorsitzende der „Wirtschaftlichen Vereinigung Kölner Kraftdroschkenbesitzer", Lachnit, kann sich nicht erklären, wie es dazu kam, daß dieses Mal linke Studenten statt Verbrecher gejagt wurden. Denn: „Wir helfen gerne, aber für unsere Mithilfe muß es wichtige Gründe geben, wie Raub, Einbruch oder Mord. Fahndungsersuchen bei politischen Delikten werden wir ablehnen ..." (Die Zeit vom 5. 5. 1967)

Pietät per Polizeigriff

BONN. Scharfen Protest hat der Allgemeine Studentenausschuß der Bonner Universität gegen die vorübergehende Festnahme von drei Studenten durch die Bonner Polizei eingelegt, die in der Bundeshauptstadt gegen den Krieg in Vietnam und die Politik Adenauers demonstriert hatten. Während die Polizei die Demonstration der Studenten des Sozialistischen Studentenbundes „pietätlos" nannte, zeigte sich der AStA „bestürzt über diesen Anschlag auf die freie Meinungsäußerung", auch wenn er Form und Inhalt der umstrittenen Flugblätter und Handzettel nicht billigen könne, mit denen die Studenten demonstriert hatten. Auch in der Halle des Kölner Hauptbahnhofes kam es zu einem Zwischenfall. Einige junge Leute wollten gegen Johnson und den Vietnamkrieg demonstrieren. (Frankfurter Rundschau vom 26. 4. 1967)

Journale

Journalistische Rollenfunktion

KANADA. Der Nationale Verband der kanadischen Studentenpresse (PEN) hat kürzlich eine Kommission gegründet, die die Rolle der Studentenpresse bestimmen soll. Die Kommission wird sich mit dem Redaktionsstab jeder Zeitung in Verbindung setzen und einen Bericht ausarbeiten. Der PEN-Vorsitzende erklärte, es sei notwendig, die Studentenpresse wiederzuvereinigen, um die Rechte der studentischen Journalisten wirksam schützen zu können. (PEN / Le Quartier Latin, Montreal / Carabin, Laval)

Obszön und verwerflich

KANADA. Die Studentenzeitung der Universität Laval, „Le Carabin", veröffentlichte zwei Artikel, die von den Universitätsbehörden als obszön und verwerflich bezeichnet wurden. Der Rektor der Universität verlangte von der Studentenvertretung (AGEL), sie solle entsprechende Strafmaßnahmen gegen die Zeitung und ihren Chefredakteur treffen. Auf einer Pressekonferenz erklärte der Vorsitzende der AGEL, man müsse mit einem Generalstreik auf dem Campus rechnen, wenn der Chefredakteur des „Carabin" von der Universität ausgeschlossen werde. AGEL hat eine Schiedskommission gebildet, die über den Fall entscheiden soll; das letzte Wort aber bleibt bei der Studentenvertretung, die das Urteil anerkennen kann oder nicht. Der AGEL-Vorsitzende unterstrich, daß „Le Carabin" solche Artikel veröffentlichen darf und daß nur die Studentenvertretung disziplinare Maßnahmen der Redaktion gegenüber treffen kann. Die Exekutive des Presseverbandes PEN schickte dem Rektor der Universität Laval, dem AGEL-Vorsitzenden und dem Chefredakteur des „Carabin" Telegramme, in denen PEN sich hinter „Le Carabin" stellt. PEN betonte, daß diese Unterstützung „keine Verteidigung und Rechtfertigung des Artikels sein soll", sondern daß man vielmehr die von den Universitätsbehörden gefährdete Pressefreiheit schützen wolle. Grundlage dafür seien die „Rechte der studentischen Journalisten", die unter anderem bestimmen: „Der studentische Journalist ist verantwortlich denjenigen gegenüber, die den Redaktionsstab der Zeitung wählen". (Le Carabin, Laval / Le Quartier Latin / PEN, Montreal)

Routinierte Beamtenmentalität

JUGOSLAWIEN. Das Zagreber Studentenblatt „Studentski list" veröffentlichte kürzlich kritische Gedanken zur Situation im Nationalverband der jugoslawischen Studenten. Die Studentenzeitung stellt fest, daß der Nationalverband jede Verbindung mit den Studenten verloren habe. Er bestehe eigentlich nur noch aus einem bürokratisch-hierarchischen System von Funktionären; damit habe er das Schicksal all der Organisationen erlitten, die es nicht vermochten, in einer bestimmten gesellschaftlichen Situation ihren Platz und Sinn zu finden. Im Studentenbund werde ununterbrochen etwas abgehandelt und diskutiert, ohne daß die Aussicht bestände, daß auch nur ein geringer Teil dieser Phrasen in die Tat umgesetzt wird. Dennoch beklage sich der Nationalverband ständig über das mangelnde Interesse der Studenten. Es sei daher die Initiative des Universitätsausschusses des Studentenbundes an der Universität Zagreb zu begrüssen, der sich vorgenommen habe, der Routine zu entsagen und über die eigene Existenzberechtigung nachzudenken. Das werde zwar wieder mit Hilfe von Diskussionen geschehen, sollten sie jedoch straff geführt werden, so könnte man sich einigen Erfolg davon versprechen. Es sei ein großer Arbeitsplan aufgestellt worden, der erfreuliche Perspektiven eröffne, wenn der Studentenbund seine Beamtenmentalität aufgebe. (Studentski list, Zagreb)

Reformen

Klassenbeziehungen verändert

UNGARN. Zwei bedeutende Änderungen auf dem Gebiete der Erziehung hätten die letzten vier Jahre gebracht, erklärte der Vertreter des Ungarischen Kommunistischen Jugendbundes KISZ in seiner Rede vor dem 9. Parteitag der Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei. Die eine sei, daß bei Universitäts- und Oberschulaufnahmen die Kategorisierung nach der sozialen Herkunft abgeschafft worden sei. Die Neuregelung sei nötig gewesen, weil eine Aufrechterhaltung der früheren rechtlichen Unterscheidung den Veränderungen der gesellschaftlichen Wirklichkeit und der „Klassenbeziehungen" entgegen gestanden hätte. Die zweite wichtige Regelung ziele darauf, das Bildungswesen mit den Erfordernissen der Volkswirtschaft in Einklang zu bringen. (Magyar Ifjúság, Budapest)

Medaillensegen für Spezialisten

UdSSR. Das Zentralkomitee der KPdSU und der Ministerrat der UdSSR haben sich veranlaßt gesehen, eine Reihe von Richtlinien zur Verbesserung der Spezialistenheranbildung an den Universitäten und Hochschulen auszuarbeiten. Es wurde festgestellt, daß sich die Hochschulen nicht nach den vom XXIII. Parteitag der KPdSU beschlossenen Auflagen zur Hebung der Qualität der Spezialistenkader richten. Gerügt wurde das Hochschulministerium, weil es sich nicht genügend um die Heranbildung qualifizierten Lehrpersonals kümmere, noch für eine ausreichende Auflage von Lehrbüchern sorge. Die materiellen Einrichtungen einer großen Anzahl von Lehranstalten entsprächen bei weitem nicht den modernen Erfordernissen des Unterrichts und der Forschungsarbeit. Das Hochschulministerium wurde beauftragt, allen größeren Lehranstalten die Publikation von Lehrbüchern und wissenschaftlichen Arbeiten durch die Genehmigung zur Einrichtung von Hochschuldruckereien zu erleichtern. Die Rektoren erhielten das Recht, 75 Prozent der ihnen zur Verfügung stehenden Summen selbständig in die Forschungsarbeit bzw. die Anschaffung von Lehrmitteln zu investieren. Das Hochschulministerium wurde verpflichtet, dafür zu sorgen, daß in Zukunft mehr Studenten zur Forschungsarbeit herangezogen werden. Die Studenten sollen für gute wissenschaftliche Arbeiten mit Medaillen ausgezeichnet werden. Jährlich sollen 300 Medaillen vergeben werden. (Vestnik vyssej skoly, Moskau)

Klagen auf gemäßigte Weise

PHILIPPINEN. Der Studentenrat der Universität der Philippinen in Quezon City hat ein „Komitee" zur Verbesserung der Lehrmethoden" eingesetzt, das durch eine Umfrage untersuchen soll, ob die Lehrmethoden und -praktiken an der Universität unzulänglich sind. Die Umfrage soll zuerst an der philosophisch-naturwissenschaftlichen Fakultät vorgenommen werden. Zweck der Untersuchung ist es, „den Studenten auf legale und gemäßigte Weise die Möglichkeit zu geben, ihre Klagen gegen die Lehrmethoden an der Universität vorzubringen". (The Philippine Collegian, Quezon City)

Proteste

Leberverhärtung

BERLIN. Der Landesverband Berlin des Sozialdemokratischen Hochschulbundes (SHB) hat in einem Offenen Brief an den Vorstand und die Bundestagsfraktion der SPD gefordert, „endlich mit der Diskussion um den Vietnam-Krieg zu beginnen". In dem Brief wird zugleich gegen eine Äußerung Bundesverkehrsminister Lebers „energisch protestiert", der in Washington anläßlich der Eröffnungssitzung einer von privaten Organisationen veranstalteten amerikanisch-deutschen Konferenz äußerte: „Wer in Deutschland das amerikanische Engagement kritisiert und sich dabei zu seiner eigenen moralischen Legitimation auf amerikanische Pazifisten und Isolationisten bezieht, der muß wissen, daß er damit in den USA denjenigen Kräften Auftrieb gibt, die sich aus der gleichen Grundhaltung heraus morgen auch gegen ein Engagement in Berlin oder Deutschland oder Europa wenden würden." (Frankfurter Rundschau vom 17. 5. 1967)

Klassischer Philologe

TÜBINGEN. Für anderthalb Stunden schien Tübingen aus seinem Dornröschenschlaf erwacht zu sein. Annähernd 1 000 griechische Studenten und Gastarbeiter demonstrierten zusammen mit deutschen Kommilitonen gegen das Militärregime in Griechenland. Als Walter Jens, Professor für klassische Philologie, das Rednerpult betrat, steigerten sich die Sprechchöre („Nieder mit den Faschisten", „Nieder mit dem König", „Democrathia, Democrathia") zum Fortissimo. Jens: „Wir wollen unseren griechischen Freunden sagen, daß ihre Sache unsere Sache ist." Die Grausamkeit und der Zynismus der neuen Machthaber dürften nicht verharmlost werden. Mit einem Seitenblick auf die Berichterstattung der westdeutschen Presse über den faschistischen Militärputsch sagte Walter Jens: „Wir wollen uns Zyankali nicht als Zucker verkaufen lassen." Er rief zur Solidarität mit den griechischen Demokraten auf und versprach, die Opposition gegen das Militärregime mit allen Mitteln zu unterstützen und „uns durch keine verharmlosenden Darstellungen der Athener Ereignisse irre machen zu lassen und dafür einzutreten, daß dem Regime kein Mann, kein Pfennig gegeben wird, sondern die Gewalttaten an den Pranger gestellt und entlarvt werden". Die Kundgebungsteilnehmer sandten an Außenminister Willy Brandt folgendes Telegramm: „Die Teilnehmer der Tübinger Protestdemonstration gegen die Militärdiktatur in Griechenland fordern Sie auf, die Bundesregierung zu veranlassen, sich von dem Militärregime in Griechenland zu distanzieren und die diplomatischen Beziehungen abzubrechen." („notizen", Tübingen)

Spree–Athen

BERLIN. Sofort nach Bekanntwerden des Staatsstreiches durch das Militär in Griechenland ist in Berlin der Verein Griechischer Studenten mit Protesten und Aufforderungen an die Studenten, Solidarität mit dem griechischen Volk und den „seit fast zwei Jahren verfolgten" Studenten Griechenlands zu bekunden, an die Öffentlichkeit getreten. Die erste Demonstration der griechischen Studenten in der Berliner Innenstadt wurde nicht genehmigt. Der Konvent der FU-Studentenschaft verabschiedete eine Resolution, in der die Bundesregierung ersucht wird, die griechische Militär-Junta nicht anzuerkennen. Der FU-Konvent protestierte auch dagegen, daß der Rektor der Universität Bonn einer Griechenland-Kundgebung des AStA Räume verwehrte. („colloquium", Berlin)

Puppe Johnson

MÜNCHEN. Zu der Münchner „Demokratischen Aktion 8. Mai" hatten sich mehrere Friedens- und Studentenorganisationen zusammengefunden, darunter der Sozialdemokratische Hochschulbund (SHB) und der Sozialistische Deutsche Studentenbund (SDS). Als Vertreter Jean-Paul Sartres sprach Malcolm Caldwell zu den 1500 Versammelten im Löwenbräukeller über das Stockholmer Vietnam-Tribunal, das der britische Philosoph Lord Russell einberufen hatte. Im Anschluß an die Kundgebung kam es zu einer Protestaktion der Studenten vor dem Prinz-Charles-Palais, dem Sitz der amerikanischen Botschaft. Die Polizei griff ein, als eine lebensgroße, den amerikanischen Präsidenten Johnson darstellende Stoffpuppe unter Sprechchören und Beifall verbrannt wurde. („die tat" / AP)

Situation geschaffen

FRANKREICH. Ein führendes Mitglied der Straßburger „Situationisten" (DISKUS 2/1967 S. 8: Vormund für die „Situationisten") ist laut Beschluß des Universität Straßburg verwiesen worden; ihm wird vorgeworfen, ein gegen den Rektor der Universität gerichtetes Plakat in Umlauf gebracht zu haben. In einem Brief an den Rektor protestierte der französische Nationalverband UNEF gegen diese Maßnahme, distanzierte sich aber gleichzeitig von den situationistischen Grundsätzen. In einer Pressemitteilung erklärte der Verband, daß „dieser skandalöser Beschluß, der einen autoritären Charakter aufweist, einen Präzedenzfall an der Universität schafft, nämlich die Möglichkeit, einen Studenten wegen Betätigung in seiner Organisation auszuschließen". (Le Monde, Paris)

Offene Briefe

FRANKFURT/MAIN. Der Allgemeine Studentenausschuß der Universität Frankfurt hat sich in einem Offenen Brief an den Rektor der Freien Universität Berlin gewandt und darin die restriktiven Maßnahmen des Senats gegen die Berliner Studentenschaft (vgl. S. 2 dieser Ausgabe) verurteilt. Das Schreiben, in dem sich die Frankfurter Studentenvertreter mit ihren Kommilitonen in Berlin solidarisierten, haben der SHB und der SDS mitunterzeichnet. In einem weiteren Offenen Brief hat der AStA Frankfurts Oberbürgermeister Brundert zu einer öffentlichen Diskussion aufgefordert, nachdem es anläßlich der Eröffnung der deutsch-amerikanischen Freundschaftswoche zu rhetorischen Ausfällen des Oberbürgermeisters und zu brutalen Übergriffen der Polizei gegen Demonstranten — darunter viele Studenten — gekommen war, die den amerikanischen Krieg in Vietnam und das demonstrative Auftreten der Frankfurter Honoratiorenschaft — unter ihnen Professor Horkheimer — mit US-Generälen verurteilten. rb.

Rechte Ordnungshüter

TÜRKEI. Mehr als 2000 türkische Studenten demonstrierten auf den Straßen von Istanbul gegen die Versuche einer rivalisierenden Studentengruppe, in ihre Büros einzudringen und die Einrichtungen zu zerstören. Die Studenten beschwerten sich über die mangelnde Unterstützung durch die Polizei, während die Zentrale der rivalisierenden Studentengruppe von einem starken Polizeiaufgebot geschützt worden sei. Die Demonstranten forderten den Rücktritt des Innenministers Faruk Sukan, dem sie die Mitschuld an den Angriffen gegen ihre Organisation gaben. (News Features)

Mensamuffel

BONN. Der Allgemeine Studentenausschuß der Bonner Universität ist aus „Protest gegen die Politik des Rektorats" zurückgetreten. Bei der Auseinandersetzung zwischen Rektor Edmund Gassner und dem AStA geht es um die Frage, ob die gewählten Studentenvertreter die gesamte Studentenschaft politisch vertreten können. Der Akademische Senat der Bonner Universität hat diese Frage in einer grundsätzlichen Erklärung verneint. Die Studentenvertreter traten daraufhin zurück. Die Kontroverse zwischen Senat und AStA war ausgelöst worden, nachdem der Rektor eine Veranstaltung des AStA-Referats für politische Bildung mit Frau Professor Klara Marie Faßbinder (deren Auszeichnung mit dem französischen Orden „Palmes Académiques" durch den Ehrensenator der Bonner Universität, Bundespräsident Lübke, verweigert worden ist) in den Räumen der Universität nicht zugelassen hatte. (Die Welt vom 6. 5. 1967) — Zu einer Sympathiekundgebung für die Professorin Klara Marie Faßbinder wurde ein Vortrag vor Studenten der Universität in der (nicht in den Verwaltungsbereich des Rektors gehörenden) Bonner Mensa. Der Vortrag hatte in der letzten Zeit zu heftigen Kontroversen geführt, als der Rektor sich weigerte, einen Hörsaal für den Vortrag zur Verfügung zu stellen, und Bundespräsident Lübke erklärte, er werde die Ehrensenatorwürde der Universität zurückgeben, wenn Frau Faßbinder dort sprechen sollte. (Frankfurter Rundschau vom 10. 5. 1967) — Einem Bonn-dit zufolge wird der Bundespräsident künftig nicht mehr in der Bonner Mensa essen.

Blechnapf-Boykotteure

USA. Nach einer Preiserhöhung in den Selbstbedienungsrestaurants ihrer Universität erreichten die Studenten des Hunter College in New York durch einen dreitägigen Boykott eine Preissenkung. Neun Tage lang mußten Studenten die Mensa des San Francisco College boykottieren, bis sie eine Preiserhöhung um 15 Prozent auf 10 Prozent herabgedrückt hatten; sie essen inzwischen wieder in der Mensa, fordern aber eine weitere Preissenkung von 10 Prozent. (The Manitoban/rb)

Iberische Saison

SPANIEN. Eine „freie Versammlung" veranstalteten 2000 Studenten an der philosophischen Fakultät von Barcelona anläßlich des ersten Jahrestages der Versammlung, die im März 1966 im Kapuzinerkloster von Sarria stattfand und während der ein demokratischer Studentenverband gegründet wurde. Während einer Reise nach Spanien, mit der Frankreichs studentischer Nationalverband UNEF „den demokratischen spanischen Studentenverband offiziell anerkennen wollte", wurde der UNEF-Vorsitzende, Vandenburie, von der spanischen Sicherheitspolizei in Madrid verhaftet und nach 72 Stunden wieder auf freien Fuß gesetzt. Die Festnahme erfolgte mit der Begründung, daß die Veranstaltung von den akademischen Behörden nicht genehmigt worden sei, in der Vandenburie vor 1500 Studenten der philosophischen Fakultät Madrid äußerte, UNEF erkläre sich mit den spanischen Studenten solidarisch, wolle ihnen moralische und finanzielle Unterstützung gewähren und protestiere gegen ihre gewaltsame Unterdrückung durch die Behörden. (Le Monde) — Vor der amerikanischen Botschaft in Madrid manifestierten etwa 200 Personen, zur Hauptsache Studenten und junge Arbeiter, gegen den Vietnamkrieg. Die Polizei schritt ein und zerstreute die Manifestanten, ohne Verhaftungen vorzunehmen. Mehrere hundert Studenten demonstrierten am selben Tag gegen die gerichtliche Verfolgung von Kommilitonen in Barcelona. Starke Polizeikräfte lösten die zum Justizpalast marschierenden Gruppen auf und nahmen eine Reihe von Studenten fest. (Neue Zürcher Zeitung vom 13. 4. 1967) — Tausende von Arbeitern, unterstützt von Studenten, hatten den „Tag der Arbeit" zum Anlaß genommen, trotz des Verbots durch die Regierung in den größeren Städten für höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen auf die Straße zu gehen. In den Schwerpunkten der Massenversammlungen, San Sebastian — wo ein Student durch Schüsse schwer verletzt wurde —, Oviedo, Vitoria, Barcelona, Madrid Sevilla und Valencia, sollen 500 Menschen verhaftet worden sein. In Madrid versammelten sich Hunderte von Arbeitern und Studenten auf den Straßen und riefen in Sprechchören „Franco nein — Freiheit ja". (Die Welt vom 3. 5. 1967) — Auf dem Gelände der Universität Madrid ist es erneut zu Zusammenstößen zwischen Studenten und Polizeibeamten gekommen. Nach einer Protestversammlung verwüsteten die Studenten das Büro des Dekans der Geisteswissenschaftlichen Fakultät, zerrissen und bespuckten ein Porträt Staatschef Francos und blockierten anschließend den Hauptboulevard des Universitätsgeländes. Mehrere hundert Polizisten mit Wasserwerfern versuchten stundenlang, die etwa 1000 Demonstranten auseinanderzutreiben. Die Aktion der Studenten richtete sich gegen die Verhaftung dreier ihrer Kommilitonen wegen „illegaler Betätigung". (Frankfurter Rundschau am 18. 5. 1967)

Mathematik — zu schwierig

ENGLAND. An der Universität von Birmingham wurde eine Vorlesung abgebrochen, die am Mathematischen Institut für Physikstudenten gehalten worden war. Die Studenten hatten die Vorlesung als zu schwierig empfunden und waren ihr zum größten Teil ferngeblieben, nachdem sie die Lehrveranstaltung vorher durch Protestdemonstrationen gestört hatten. (King's News / Union News)

Tödliche Ausgänge

INDIEN. Alle Universitäten, Colleges und anderen Bildungseinrichtungen in dem Staat Bihar wurden geschlossen, nachdem es in verschiedenen Städten zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen Studenten und der Polizei gekommen war, wobei die Polizei auch von der Schußwaffe Gebrauch machte. In Patna sind von der Polizei zwölf Menschen, überwiegend Studenten, getötet worden.
(NSPCI News Features)

Orientalische Pfänderspiele

JORDANIEN. Das Land erlebt eine regierungsfeindliche Protestwelle der Studenten. Um die sich häufenden Demonstrationen, von denen offizielle Regierungsstellen behaupten, sie würden von der Palästinensischen Befreiungsfront und der Arabischen Sozialistischen Baath-Partei gesteuert, niederzuhalten, hat das Erziehungsministerium angedroht, die Bildungsanstalten zu schließen, und den Leitern der Lehranstalten die Vollmacht erteilt, 200 jordanische Dinar (ca. 560 Dollar) von den Eltern derjenigen Studenten als Pfand einzuziehen, die in die Studentendemonstrationen verwickelt waren. Das Pfand gilt als verwirkt, wenn die betroffenen Studenten sich an weiteren Unruhen beteiligen. (asian student bulletin/rb)

Armut schweigt

MALAYSIA. Scharfen Protest erhob der Nationalverband malaysischer Studenten (PKPM) gegen ein vom Parlament verabschiedetes Gesetz, das den Empfängern von staatlichen Stipendien die Teilnahme am politischen Leben untersagt. In einer Erklärung des Verbandes heißt es: „Diese Diskriminierung wird den Gegensatz zwischen den Besitzenden und den Habenichtsen eher betonen als überbrücken und richtet sich gegen die Verwirklichung unseres Ideals einer gerechten Gesellschaft."
(asian student bulletin/rb)

Rabat und Fez

MAROKKO. Die Studenten der Universität Rabat traten in den Streik, um gegen die Verhaftung von drei Studentenführern des Nationalverbandes der Marokkanischen Studenten (UNEM) zu protestieren. Unter den Verhafteten befand sich auch der Präsident von UNEM, Oualalou. Die Festnahme erfolgte nach einer nichtgenehmigten Studentenversammlung an der Universität. Die Studenten erhoben die Beschuldigung, daß die Polizeiaktion ein Versuch sei, ihre Forderung nach einer Revision gewisser umstrittener Universitäts-Statuten zu unterdrücken. Sie inszenierten in Rabat einen weiteren Streik, um die Freilassung der Kommilitonen zu erreichen. Die Studenten in Fez schlossen sich dem Streikaufruf von UNEM an. (News Features)

Ruhe in Caracas

VENEZUELA. Vier Tage nach Wiedereröffnung der Universität von Caracas, die zwei Monate lang von der Polizei besetzt war, wurde die Anstalt erneut geschlossen. Während der Wiederaufnahme des Vorlesungsbetriebes war die Universität Ort heftiger Studentendemonstrationen gegen die Verletzung der Universitätsautonomie durch die Regierung. Die Studenten begnügten sich nicht mit dem Versprechen des Universitätsrats, einen vollständigen Bericht über die Tätigkeit der Polizei zu geben und formell gegen gewisse Maßnahmen der Regierung Beschwerde zu führen. Daraufhin wurden vom Universitätsrat die Vorlesungen auf unbestimmte Zeit ausgesetzt. (News Features)

„Freies" Schußfeld

USA. Zu einem Feuergefecht zwischen Polizei und farbigen Studenten kam es in Houston (Texas). 488 Studenten wurden dabei festgenommen, zuvor mußten sie sich flach auf den Boden legen. Bei den Kämpfen wurde ein Polizist getötet, zwei Beamte sowie ein Student wurden verletzt. (Frankfurter Rundschau vom 18. 5. 1967)

Konferenzen

Geplatzt

Zwischen beiden nachfolgenden Berichten, deren erster für unsere April/Mai-Ausgabe erst nach Redaktionsschluß eintraf, liegt der Beschluß des hessischen Landtags, die Mensazuschüsse zu streichen. Wir bringen beide Berichte, den ersten gleichsam „zukünftige Hoffnungen" memorierend, die — wie der zweite Bericht zeigt — mittlerweile trotz des Protestes der Studentenschaft geplatzt sind.

DARMSTADT. Im Mittelpunkt der 53. ordentlichen Landesverbandskonferenz der hessischen Studentenschaften stand die Streichung der Defizitdeckung für die hessischen Mensabetriebe. Eine sofortige Erhöhung der Mensapreise konnte zwar verhindert werden, zukünftige Hoffnungen beruhen aber nur auf vorläufigen Zusagen des Kultusministers und auf einer geplanten Kommission, die in den Mensen Rentabilitätsuntersuchungen anstellen soll. Die FDP will die Forderungen der Studenten im Landtag unterstützen. Die LVK hat eine Umlagerung der Mittel im Tutorenprogramm erwogen. Um Studentenehen und deren Kindern einen Versicherungsschutz durch die DSKV zu gewährleisten, wurde in einer Resolution empfohlen, eventuelle formaljuristische Bedenken bei dieser sozialpolitischen Maßnahme zurückzustellen. V.

FRANKFURT/MAIN. Gesprächsthemen der 54. Landesverbandskonferenz der hessischen Studentenschaften waren die Mensapreiserhöhungen und die Studienreform in Hessen. Die Studentenvertreter äußerten die Auffassung, daß für die notwendigen Lehrveranstaltungen und Zwischenprüfungen im Rahmen der Studienreform die vorhandenen Lehrkräfte nicht ausreichen. Sie bedauerten ferner die Erfolglosigkeit der Demonstrationen in den Universitätsstädten Darmstadt, Frankfurt, Gießen und Marburg, wo sich starke Mehrheiten der Studenten gegen die Weigerung der Landesregierung, die Defizitdeckung der Mensabetriebe weiterhin zu übernehmen, durch Unterschriftensammlungen und Mensastreiks ausgesprochen hatten. Die Landesverbandskonferenz war sich außerdem einig, eine Beteiligung von 20 Prozent Studenten an den Kollegialorganen der Universität als erstrebenswert zu erachten. Auf diese Weise hoffe man „demokratieähnliche Elemente in die Universitäten hineinzutragen". B.

Mitbestimmung und pressure-group

HOLLAND. Die niederländische Studentengewerkschaft (SVB) veranstaltete in Eindhoven ihren nationalen Kongreß. Gefordert wurde eine Strukturänderung des Niederländischen Studentenrates (NSR): Die automatische Mitgliedschaft jedes einzelnen Studenten soll abgeschafft werden; die örtlichen Organisationen und der Nationalverband sollen aus Direktwahlen hervorgehen, damit der Vertretungsanspruch des NSR als pressure-group bei Regierungsverhandlungen besser gewährleistet werde. Ferner will sich die SVB mehr als bisher um die Zusammenarbeit mit den Studenten bemühen, die nicht an Universitäten studieren und daher auch nicht im NSR vertreten sind. Wiederum wandte sich die SVB gegen die Beschneidung des Stipendienprogrammes. Der Kongreß forderte ein Mitbestimmungsrecht in den verschiedenen Universitätsgremien; der Minister für Unterricht und Wissenschaften wurde ersucht, in Zusammenarbeit mit den Vertretern der Studentenschaft einen Mehrjahresplan aufzustellen, der folgende Punkte behandeln soll: die Entwicklung des Stipendienwesens; Rationalisierung innerhalb der wissenschaftlichen Einrichtungen; die Einführung der selektiven Propädeutik mit der Möglichkeit des consilium abeundi; Reform des Studienaufbaus. (demokrater, Hilversum / Trophonios, Utrecht)

SPRINGER-VERLAG
BERLIN · HEIDELBERG · NEW YORK

So urteilen Hochschullehrer über:

Poeck: Einführung in die klinische Neurologie

Von Dozent Dr. med. Klaus Poeck, Oberarzt der Neurologischen Abteilung an der Psychiatrischen und Nervenklinik der Universität Freiburg/Brsg.

Mit 53 Abbildungen und 16 Tabellen. XII, 461 Seiten Gr.-8°. 1966
Gebunden DM 39,50; US $ 9.90

Das Buch macht einen vorzüglichen Eindruck in bezug auf Vollständigkeit, didaktischen Aufbau und Illustrationen.

Das übersichtlich und instruktiv gehaltene Buch ist sowohl für den Studenten als auch für den in die Facharztausbildung hineingehenden Arzt recht gut zur Orientierung geeignet.

Als Lehrbuch für Studenten sehr zu empfehlen.

Curran: Farbatlas der Histopathologie

Von R. C. Curran, Professor für Pathologie an der Universität Birmingham
Mit 765 farbigen Abbildungen. 108 Seiten. Format: 29x31,5cm. 1966
Gebunden DM 48,—; US $ 12.00

Der Preis ist erstaunlich niedrig.

Ein vorzügliches, sehr gut bebildertes und ungewöhnlich preiswertes Buch, das den Studenten wärmstens zu empfehlen ist.

Dieser Atlas bietet den besten Ersatz für ein histologisches Präparat.

Ein prächtiger Atlas!

■ **Bitte Prospekte anfordern!**

Das FERN-REPETITORIUM (FOTH) für Juristen ist seit mehr als 35 Jahren das anerkannte Mittel der erfolgreichen Examensvorbereitung. Probeheft B kostenfrei.

MÜLLER - ALBRECHTS - VERLAG, 4 Düsseldorf-Wittlaer

AUSLÄNDISCHE STUDENTEN

Bitte Ruhe, Ruhe

Westdeutsche Vorstellungen über Griechenland gewinnen Nahrung aus illustrierten Spalten über königliche „Thronfolger" und von Schulmeisters Mär, am Piräus („Ein Schiff wird kommen . . .") stehe die Wiege der Demokratie. Klischees vom trauten Glück der kleinsten Hütte des „Alexis Sorbas" und von den Gastfreundschaft erschließenden, bisweilen jedoch schlecht · asphaltierten Touristenstraßen ins Freilichtmuseum an der „Südostflanke der Nato" drohten jüngst auf die Bajonette einer Militärjunta genommen zu werden. Sogleich rückte Kolumnist Lothar Ruehle das erschütterte „Welt"-Bild zurecht: „Ein Wahlsieg des griechischen Volksfrontbündnisses hätte die Allianz und Europa vor ungleich explosivere Probleme gestellt." Thilo Koch meditierte aus aus „Krähwinkel"-Athen für die „Zeit": „Es ist nicht schwer, Griechenland zu lieben. Unmöglich ist es, Griechenland im Frühling nicht besonders zu lieben. . . . Es ist sehr wohl möglich, daß der schnelle unblutige Putsch viel späteres Blutvergießen verhindert."

Die Revolte der Militärs, die im Handstreich 8 000 Griechen auf KZ-Inseln der Ägäis deportieren ließen, verlief nach Plan: Eine geheime Order unter dem Decknamen „Prometheus", 1950 in Zusammenwirken mit der Nato für den Fall eines äußeren Angriffs erarbeitet, wurde umfunktioniert zum Anschlag auf die griechischen Demokraten; die Order enthielt Besetzungspläne für strategisch wichtige Punkte und komplette Internierungslisten. Fragten sich selbst in der politisch verstummten Bonner SPD-Fraktion Abgeordnete, ob nicht auch im Nato-Land Bundesrepublik eine Situation eintreten könne wie in Hellas, zumal wenn auch die noch nicht vom Parlament verabschiedeten Notstandsgesetze Anwendung finden. Wie griechisch ist die Bundesrepublik?

Für Arbeiter und Studenten vom Hellespont sind die westdeutschen Verhältnisse längst gräzisiert. Seit Griechenlands König Konstantin, 26, in der Auseinandersetzung um den Oberbefehl über die Armee vor zwei Jahren den Zentrums-Politiker Georgios Papandreou geschaßt hat, regierten in Athen wechselnde Minderheiten der reaktionären Rechten mit Korruption und Polizeimethoden, denen auch an Westdeutschlands Grenzen kein demokratisches Veto entgegengehalten wurde. Während an Athens Uni die Studenten durch Protest und Vorlesungsstreik ihre Ablehnung des reaktionären Regimes bekundeten — im März 1966 besetzte Polizei die Universität und verhaftete den gesamten Vorstand der Vereinigung Griechischer Studentenschaften EFEE—, bildeten sich auch unter den 3 000 Studenten und 180 000 Arbeitern griechischer Herkunft in der Bundesrepublik oppositionelle Gruppen gegen die in ihrem Heimatland herrschenden Verhältnisse. Griechenlands rechte Regierung reagierte: den führenden Leuten der Opposition wurden die Reisepässe in den Königlich Griechischen Botschaften entzogen oder an den ausgehenden Grenzen nach einem Aufenthalt in Griechenland abgenommen.

Dem Führer der in Westdeutschland organisierten „Jugend der Zentrumspartei" und IG-Metall-Vertrauensmann für griechische Arbeiter in der BRD, Sokolis, wurde bei einem Griechenland-Aufenthalt der Paß entzogen und der Prozeß gemacht; Grund: Beleidigung des Königshauses. Die Zeitschrift „Metall" brachte in einem Bericht über dieses Vorkommnis die Tätigkeit einer griechischen Geheimpolizei in Westdeutschland zur Sprache.

Ende vorigen Jahres meldete die Hamburger Studentenzeitung „auditOrium", daß dem Studenten der Volkswirtschaft Manolis Anastasiadis, Vorsitzender des Vereins Griechischer Studenten in Hamburg (Hellas) und Vorstandsmitglied des Verbandes Griechischer Studentenvereinigungen in der BRD, nach einem Verwandtenbesuch in Griechenland die Ausreise verweigert wurde mit der Begründung, er finanziere sein Studium durch Gelder des „Internationalen Kommunismus". Als er eine Bescheinigung der Nationalbank Griechenlands vorweisen konnte, daß ihn allein seine Eltern finanziell unterstützten, bezichtigte man ihn der „Gefährdung der nationalen Sicherheit" und führte als Beweis die Tätigkeit in den studentischen Vereinigungen an. Das Ausreiseverbot blieb bestehen.

„Aachener Tageszeitung" und „Neue Rheinische Zeitung" verwandten sich im Fall des Studenten der TH Aachen, Georgios Exarchos, dem das Kölner Griechische Konsulat den Paß entzogen hatte. Ihre Berichte und eine Petition von griechischen Studenten veranlaßten das Athener Arbeitsministerium, die Rückgabe des Reisepasses anzuordnen — „was bis heute nicht geschehen ist", schreibt die Studentenzeitschrift der TH Stuttgart („ths").

„ths" deckte weitere Fälle auf: Der Vorsitzende der Griechischen Gemeinde in Hannover und Kassier des Verbandes der Griechischen Gemeinden in der BRD und Westberlin, Wasilis Logothetis, ging seines Passes verlustig „wegen syndikalistischer Betätigung". Dem Studenten und Sekretär der Griechischen Gemeinde von Baden-Württemberg, Karatsalos, wurde vom baden-württembergischen Wahlkonsul für Griechenland, dem Fabrikanten Niethammer, bedeutet: „Sie müssen Deutschland verlassen, weil Sie mich bekämpfen. Sie sollen zum Militär." „ths" interviewte den Konsul deutscher Zunge („Die griechische Sprache? Dazu gibt es ja Dolmetscher!"). Niethammer: „Ich entziehe keinen Paß. Ich bin nur Befehlsempfänger. . . . Ich kenne diese Auseinandersetzungen der Griechen. Dabei sollten sie doch bitte Ruhe, Ruhe, Ruhe bewahren."

Das Gebot der Ruhe, Ruhe, Ruhe und die Befehlsausführung von Befehlsempfängern bestimmten deutscherseits die Szene, wenn durch griechische Order Arbeitern die Möglichkeit zum Geldverdienen oder zum Besuch ihrer Familienangehörigen genommen wurde, wenn Studenten ihr Studium unterbrechen oder sogar beenden mußten. Jetzt, da die hellenischen Militärs darangehen, „einen neuen Menschen zu schaffen, der sich der Vollkommenheit nähert" (Innenminister Pattakos zum „Spiegel"), drohen den griechischen Arbeitern und Studenten in Westdeutschland neue Repressalien: Der Notstand wird exemplarisch. Wahrhaft: „Es ist sehr wohl möglich . . .". R. B.

●

ZITAT. „Die politischen Parteien in der Bundesrepublik haben es versäumt, einer radikal kritischen jugendlichen Opposition in ihren Reihen einen funktionellen Ort zu geben. Der jugendliche Protest richtet sich gegen Autoritäten und gesellschaftliche Mächte, die für eine verlogene, den demokratischen Prinzipien von Freiheit und Gleichheit widersprechende Politik verantwortlich gemacht werden. Ein Hauptgrund für die studentische Protestbewegung ist außerdem in der Enttäuschung der jungen Generation über die politische und gesellschaftliche Entwicklung seit 1945 und in der Enttäuschung über die sehr zögernde Einleitung hochschulreformerischer Maßnahmen zu suchen." (Professor Lieber, Rektor der FU Berlin, in einem Interview des Südwestfunks)

●

ZITAT. „Die technologische Lücke zwischen Europa und den USA wird aufgrund der mangelhaften Ausbildung und Erziehung in den europäischen Staaten immer größer. Europa ist auf dem Bildungsgebiet, in Erziehung und Ausbildung schwach. Diese Schwäche behindert in ernster Weise sein Wachstum." (US-Verteidigungsminister McNamara bei einer Rede in Jackson/Mississippi)

●

ZITAT. „Die Friedensforschung muß von Staat und Politikern besonders unterstützt und ihre Ergebnisse müssen mehr als bisher genutzt werden. . . . Die Politiker sollen auf die Wissenschaftler hören, auch wenn es manchmal unbequem ist." (Bundeswissenschaftsminister Stoltenberg auf einer Zusammenkunft des Freundeskreises des 13. Deutschen Evangelischen Kirchentages)

STUDENTENVERBÄNDE

Einübungen

Die „Einübung des Ungehorsams", so kündete Ulrich Sonnemann („Das Land der Zumutbarkeiten") 1964 in einem „rororo-aktuell" an, kehre „ganz von selbst zu denen zurück, die sie am nötigsten haben; also zu den Studenten. Die Zukunft ihrer Arbeit liegt im Streik". Hat die Zukunft schon begonnen? Statt einer Antwort: Fragen, ob es Anzeichen gibt, etwa bei den studentischen Politverbänden der drei im Bonner Parlament vertretenen Parteien?

Für die Parteistudenten der Bundesrepublik ergeben sich als Grenzen des Verhältnisses von Studentenverband und Partei die „Extrempositionen: Eingliederung oder Separation" (so Wolf Schönbohm vom RCDS). Die Parteien erwarten für ihre finanziellen Zuwendungen ein möglichst hohes Maß an politischer Loyalität „ihres" Studentenverbandes. Dieser hingegen muß schon deshalb an der Loyalitätsleine zerren, um für politisch interessierte Studenten nicht allzu unattraktiv zu werden. Durch das in Abweichung von der Parteilinie bei den Studenten gewonnene Image wächst die Mitgliederzahl, steigt die Bedeutung des Verbandes für die Partei.

Innerhalb dieses Modells der Relationen zwischen Partei, Verband und den Studenten der Hochschule dominiert in der Bundesrepublik die Partei. Die Parteien bestimmen im wesentlichen die Anknüpfungspunkte, die ein von den Taktikern gezogenes Netz pragmatischen Lavierens verbindet. Nur die wenigen Lücken im Netz der Taktik bieten eine Chance, daß die politischen Studenten der Parteien Rudimente eines politischen Programms entwickeln und veröffentlichen können — geschweige, daß sie es durchzusetzen vermöchten.

Indes versuchen die politischen Studentenverbände das Netz des von den Taktikern beherrschten Status quo durch zunehmende wissenschaftliche Fundierung ihrer Vorstellungen zu durchstoßen (DISKUS 3/1967 S. 6: Märzenbecher). Angesichts dieser Tendenz, politische Gegenstände wissenschaftlich zu untersuchen und über die daraus resultierenden politischen Programme, Memoranden und Thesen rational sich auseinandersetzen zu wollen, ist es an der Zeit, daß

- die politischen Studentenverbände ihre Arbeitsergebnisse veröffentlichen und den politisch interessierten Studenten, Assistenten und Professoren in vollem Umfang und kostenlos zugänglich machen, und daß
- die Lehrenden der Universität in Seminaren und Kolloquien die Programme und Memoranden der politischen Studentenverbände mit den Studierenden überarbeiten und so ein exemplarisches Studium verwirklichen helfen.

Das hätte (wünschenswerte) Reformkonsequenzen für die Elfenbeinpyramide Universität und würde endlich auch das Modell der Relationen zwischen Parteien, Studentenverbänden und der Hochschule ins demokratische Lot bringen: Nicht die taktierenden Gesichtspunkte der Parteien, sondern die wissenschaftlichen Kriterien der Lehrenden und Studierenden werden politisch ins Gewicht fallen. Ein solcher Schritt würde auch nicht die etwas prüde Haltung des RCDS zum politischen Mandat der Studenten allzusehr tangieren, zumal die Vermittlung von Theorie und Praxis sich nicht zuletzt auch für den RCDS als Problem stellt, will er es nicht dabei bewenden lassen, in Heidelberg lediglich verbal einen „Linksrutsch" getan zu haben. Schönbohms Affront gegen die für ihn suspekten „Studentenverbände, die an die Stelle politischer Reflektion und Diskussion die spektakuläre Demonstration und Provokation setzen", und der Heidelberger Beschluß, mit dem der RCDS „seine ablehnende Haltung gegenüber einem unbeschränkten ‚politischen Mandat' des VDS, der Allgemeinen Studentenausschüsse und der Studentenparlamente (bekräftigt)", ist kennzeichnend für den Grad der Unabhängigkeit von CDU/CSU und Junger Union. Die politischen Thesen des RCDS sind aus der bisherigen Stagnation aufgebrochen. Der Versuch ihrer Umsetzung in Praxis steht aus.

Mit der Ablehnung eines politischen Mandats der Studentenausschüsse und des VDS begibt sich der RCDS in die Nähe des Ostpolitischen Deutschen Studentenverbandes (ODS), der in einem Beschluß des Espelkamper Bundesseminars dekretiert hat: „Stellungnahmen etwa zur Regierungsbildung, Grenzregelung oder Kriegsführung anderer Mächte gehören nicht zur Aufgabe studentischer Selbstverwaltungsorgane. Derartige Aussagen zu treffen, ist vielmehr Aufgabe der politischen Studentenverbände und deren Hochschulgruppen, die durch ihre Arbeit zur politischen Willensbildung unter den Studenten beitragen sollen". Solch Anspruch auf die Monopolisierung der politischen Willensbildung bei den Politstudenten der Verbände ist abwegig und zeugt von der unpolitischen Haltung derer, die sich für politisch ausgeben. Sie üben Gehorsam ein, nicht Kritik.

Jüngst hat der DGB die Beziehungen zum Bochumer „Hans-Böckler-Kreis", einer gewerkschaftsnahen Studentenorganisation, abgebrochen. Grund: die Bochumer DGB-Studenten wollten sich an einem Gespräch mit der FDJ beteiligen. Für das DGB-Vorgehen soll das Vorstandsmitglied Bernhard Tacke (CDU) verantwortlich sein. b—er

---

HOCHSCHULEN

Marx & Moritz

Professor Sieverts, derzeit noch amtierender Präsident der Westdeutschen Rektorenkonferenz, prophezeite anläßlich einer Podiumsdiskussion während der diesjährigen VDS-Mitgliederversammlung in Göttingen, der Wissenschaftsrat werde voraussichtlich bis 1970 konkrete Vorschläge für eine Erweiterung der deutschen Hochschulen machen. Als Indiz kolportierte er: „Denn es ist heute in Bonn Mode, Wissenschaft zu tragen."

Auf die Bonner Création wollen indes zwei Bundesländer nicht planlos warten: der CDU-Kulturpapst Professor Hahn kündigte für *Baden-Württemberg* an, das Kultusministerium und ein Beirat unter der Leitung von Professor Dahrendorf (Konstanz) werde bis zum Spätherbst 1967 die Planungsgrundlagen für die künftige Entwicklung der Universitäten im hochschulreichsten Bundesland erarbeiten, und der SPD-Kultusminister Holthoff von *Nordrhein-Westfalen* versprach eine Woche später die Berufung eines Planungsbeirates, der die SPD/FDP-Landesregierung bei der rationellen Abstimmung der Gründungsprojekte (Bochum, Dortmund, Bielefeld) unterstützen solle.

Hahn, in dessen Bundesland inzwischen auch das Projekt der Medizinisch-Naturwissenschaftlichen Hochschule Ulm den Gründungsakt überstanden hat, umriß in Erwiderung auf die Frage, ob die Hochschulplanung in einem einzelnen Bundesland möglich und sinnvoll sei, die Situation der Bundesländer: „Wir wollen endlich heraus aus der Debatte und praktische Arbeit leisten. Es gibt keine Institution in der Bundesrepublik, die in der Lage wäre, den Gesamtbereich der Hochschulen im Zusammenhang zu durchdenken". Sollte dazu je ein Planungsbeirat in Stuttgart und Düsseldorf imstande sein? Die Projekte dezentralisierter „Hochschulgesamtplanung" nehmen sich effektheischend aus — hie CDU vorn, da SPD vorn — und besagen doch nur, „daß keine Zeit mehr verloren werden darf" (Hahn).

Unter Hinweis auf den Eklat der SPD-Genossen in *Bremen* menetekelte der Sozialdemokrat Holthoff: „Wer die Kräfte gründungspolitisch noch nutzen will, muß mit der Verwirklichung jetzt einen Anfang machen." Nach fünfjähriger Tätigkeit des Gründungsausschusses hat der Bremer Senat dieses Wissenschaftlergremium durch die Verabschiedung eines Universitätsgesetzes desavouiert, das den Vorstellungen der Professoren über die Personalautonomie der Universität nicht gerecht wird. Der Gründungsausschuß ist zurückgetreten und wechselt seither mit der SPD-Fraktion des Bremer Senats Erklärungen über die Ursache des Rücktritts aus. Sein Vorsitzender Professor Bargmann (Kiel) spricht von einem „tiefgreifenden Verkennen und Mißverstehen der Absichten des Gründungsausschusses und des Wesens der Universität". Hingegen erklärt der Vorstand der Bremer SPD, die Schwierigkeiten bei der Gründung der in Bremen geplanten Universität lägen ausschließlich auf finanziellem Gebiet. Die Öffentlichkeit geriert sich nicht weniger unterschiedlich über die Bremer „tragische Posse" („Die Welt"): während die „Frankfurter Rundschau" zu den Gründen eine hochachtbare Bürgertugend, „die hanseatische Sparsamkeit", zählt, munkelt die Zeitung „Christ und Welt" vom „roten Musterländle Bremen"; sie greift die Behauptung des Bremer Oppositionsführers Sieling (CDU) auf, daß Kultusminister Moritz („Marx und Moritz") Thape beabsichtigt habe, „die Weichen für eine rote Universität zu stellen". Sieling sprach sich zugleich aber auch gegen den Vorschlag seines Parteifreundes Langeheine, des Kultusministers von *Niedersachsen*, aus der die Errichtung einer Nordwest-Universität vorgeschlagen hatte. Kommentar der Bremer SPD zum Langeheine-Projekt: „Wahlkampfparole!"

In der anderen sozialdemokratischen Musterkolonie, dem Bundesland *Hessen*, unterschlägt man indes die von der 57. Plenarversammlung der Westdeutschen Rektorenkonferenz konzipierte Vorstellung, „daß die mit der Einführung der Zwischenprüfung erforderliche Intensivierung des akademischen Unterrichts in den ersten vier Semestern einen weiteren personellen und sachlichen Ausbau der wissenschaftlichen Hochschulen voraussetzt". Für Herbst 1967 will Kultusminister Professor Schütte (Motto: „Hessen vorn!") administrativ die Studienreform der Anfangsphase verordnen.

Das Renommieren des Kultusministers in Wiesbaden, daß Hessen vorn sei bei der Studienreform, wirkt neuerdings höchst blamabel; der Finanzminister und die regierende SPD rücken nicht die notwendigen Geldmittel heraus. Der Vorsitzende der hessischen Rektorenkonferenz, Professor Heselhaus, hat daraufhin anläßlich der Gießener Immatrikulationsfeier dem Land das Recht abgesprochen, künftig „mit der Studienreform billige Propaganda zu betreiben". Die FAZ verkündete gar aus Frankfurt: „Die Universität begehrt auf", und: „Auch Hochschullehrer müßten in einer solchen Lage die akademische Zurückhaltung aufgeben."

Alldieweil Zurückhaltung sich das Attribut „akademisch" beilegt, kann es nicht weit her sein mit dem hochschulpolitischen Engagement. Die Professoren versicherten denn auch gleich ihrem Befrager von der „Allgemeinen", die „Diskussion auf einer Ebene führen" zu wollen, „die ihrem akademischen Stand angemessen ist". Nur gehe es eben nicht an, daß Kürzungen diktiert würden, „die eine Krankenschwester am Operationstisch behandele wie eine Putzfrau beim Finanzamt". Pointe drauf: „Wir haben jeglichen Respekt vor Putzfrauen."

Solche Betulichkeit stellt sich gut und auf die Seite der Kritisierten. Mit dem Numerus clausus droht sie — als ob dieser die Abgeordneten schert oder die Minister. So werden denn die Probleme der Hochschulen weiters ausgetragen werden auf Kosten der Studierenden. Der „akademische Stand" hat seiner Pflicht genügt, er hat „aufbegehrt". An den Studenten wird es liegen müssen, etwas zu erreichen (wie aber, nachdem sie die erhöhten Mensapreise geschluckt haben und brav daran würgen, Dank Herrn Schütte).

Schütte hat sich ins Wiesbadener Staatsministerium die FDP-Kulturpolitikerin Dr. Hamm-Brücher aus dem Land um die Mariensäule kommen lassen, wo sich die CSU im Wahlkampf Ende vorigen Jahres den Slogan „*Bayern* modern!" geleistet hat. Sogleich nach der Wahl machte denn auch das Münchner Finanzministerium einen Endstrich unter die Entwicklung der Technischen Fakultät in Erlangen: Offensichtlich ist für 1967 nicht mehr der Baubeginn der endgültigen Institute zu erwarten. Verbalinjurie der Erlangen-Nürnberger „Informationen": „Institutskiller!" Desgleichen stockt der Bau der Regensburger Universität. Oberbürgermeister Schlichtinger hat die Vermutung angestellt, „daß die Errichtung der vierten Landesuniversität bei der bayerischen Staatsregierung verschiedene Prioritäten einnimmt. Beim Ministerpräsidenten Nummer eins und beim Finanzminister Nummer drei."

Ähnlich wird in *Rheinland-Pfalz* mit Unterstützung durch den Bund die Entwicklung eines weiteren Forschungsinstituts abgewürgt. Präsident Professor Pascual Jordan, der selbst einmal CDU-MdB war, wandte sich an die Öffentlichkeit mit dem Notruf, daß die Mainzer Akademie der Wissenschaften und der Literatur seit 1961 auf einem Etat von 800 000 Mark „eingefroren" wird. Außerdem seien für 1967 vom Bund 25 und vom Land 20 Prozent der Mittel gesperrt. Wissenschaftsminister Stoltenberg beeilte sich sofort, dem Akademie-Präsidenten zu unterstellen, er habe von einer Kürzung der Mittel gesprochen, und dementierte: „Völlig unbegründet".

So wurde die Öffentlichkeit vorerst durch einen teminologischen Taschenspielertrick beruhigt. Die Finanzbürokratie unterscheidet zwischen einer „Sperre" und einer „Kürzung" von Haushaltsmitteln, doch wirkt sich die Sperre wenigstens für 1967 als Kürzung aus. -ph.-r.

KONFESSIONSSCHULEN

Misereor

„Wer auch nur um einer Leistungssteigerung der Volksschule willen Zwergschulen ablehnt oder Mittelpunktschulen fordert, stellt zugleich den Bestand an Konfessionsschulen in Frage", resümierte unlängst Günther von Lojewski in der FAZ. Die Fronten des derzeitigen „Kirchenkampfes" („Süddeutsche Zeitung") in westdeutschen Landen sind klar: Auf der einen Seite sind die Kirchen, vor allem die katholische, engagiert mit Berufung auf Verfassung, Elternrecht und Konkordat, auf der anderen die Reformer in den Bundesländern, für die ein Stagnieren der Schulentwicklung gleichbedeutend ist mit einer weiteren katastrophalen technischen und wirtschaftlichen Entwicklung.
Während die Reformen im Trend der ökonomischen Expansionserfordernisse zwangsläufig realisiert werden müssen, droht die katholische Kirche mit einer Steigerung des Gegendrucks. Bereits als in *Baden-Württemberg* die Verabschiedung der Schulgesetze, eines Ergebnisses der Koalitionsvereinbarung von CDU und SPD, anstand, intervenierte der Apostolische Nuntius, warnte aus Rom in einem Leitartikel der „Osservatore Romano", protestierten die Ordinariate in Freiburg und Rottenburg. Am Aschermittwoch verabschiedete die Großkoalition in Stuttgart die Schulgesetze, dem Freiburger Erzbischof samt dem Rottenburger Generalvikariat blieb der Weg einer Verfassungsklage.

Und nun hieß es aus dem Kommissariat der deutschen Bischöfe in Bonn, die „verhältnismäßig zurückhaltende Reaktion" der Kirche auf die Ereignisse in Baden-Württemberg sei offenbar mißverstanden worden. Kommentierte die „Süddeutsche Zeitung": „Der unbefangene Beobachter mag sich nun schwer eine Steigerung dessen vorstellen können, was in Baden-Württemberg an kirchlichem Gegendruck ausgeübt wurde". Die Geheimkonferenz der fünf Bischöfe, deren Diözesen im Land *Nordrhein-Westfalen* liegen, schien die Eskalation des Kampfes gegen die Regierung Kühn erwogen zu haben. In der vor dem Düsseldorfer Landtag anstehenden Entscheidung ging es darum, ob die Hauptschule (5. bis 9. Klasse) Bekenntnisschule sein soll oder – so wollte die Regierung im Gegensatz zu den katholischen Bischöfen – christliche Gemeinschaftsschule.
In derselben Frage hat sich der Landtag von *Rheinland-Pfalz* unlängst entschieden. In einer unter dem Druck der für das Land zuständigen katholischen Bischöfe sehr kompliziert gewordenen Regelung haben Regierung und Landtag von Mainz das Argument mit dem Elternrecht wohlweislich in den Vordergrund gerückt. Die Eltern sollen wiederholt von Ort zu Ort abstimmen, welche Schulregelung sie für ihre Kinder wünschen. Den Schulpolitikern der katholischen Kirche hat das aber nicht so gut gefallen, wie man meinen sollte, und die Landesregierung hat sich zu nochmaligen Verhandlungen mit dem Nuntius bereiterklärt. Lieber würde die katholische Kirche selbst das Elternrecht der (unbefragten) Gläubigen verwalten wollen, als daß dies durch die neuen Schulgesetze den Eltern selbst zurückgegeben wird, damit diese über die Schulform entscheiden, in der sie eine Unterrichtung ihrer Kinder verantworten können.

Wenn die Entscheidungsfunktion über den Schultyp von der kirchlichen Administration genommen und den Eltern übertragen wird, ist der Streit um die Konfessionsschulen bereits entschieden: 82 Prozent der Eltern sind für die christliche Gemeinschaftsschule, hat das Godesberger Institut für angewandte Sozialwissenschaft ermittelt. Die katholische Kirche kann einen Aschermittwoch wie den in Baden-Württemberg nicht verhindern, nur hinauszögern. Indes trägt sie bei zur Verschärfung der Bildungskatastrophe, an deren wirtschaftlichen Auswirkungen der Vatikan nicht interessiert sein kann. Die westdeutsche Kirchensteuer und „Misereor"- Spenden aus der Bundesrepublik sind ein römisches Argument.

Bonn desgleichen vermag leicht zu schocken, wer mit etwelchen Schritten droht, die den Alleinvertretungsanspruch und das Recht auf die Ostgebiete tangieren könnten. Der Artikel 11 des Reichskonkordats aus dem Jahre 1933 enthält die Verpflichtung der kirchlichen Oberen, keine Neueinrichtungen von Bistümern sowie keine Änderungen an den Grenzen oder an der Organisation der bestehenden Diözesen ohne vorherige „Verständigung mit der Reichsregierung" vorzunehmen.

Mit dem Konkordat hat der Vatikan vor 45 den Widerstandswillen der katholischen Bevölkerung gegen das Hitlerregime paralysiert, nach 45 setzte er durch die Anerkennung der Bundesrepublik als Nachfolger des Reiches das Verhältnis zwischen Regierung und katholischer Kirche in der DDR recht erheblichen Belastungen aus und verzichtete auf eine Normalisierung der Beziehungen zum traditionell katholischen Polen. Damit entsprach Rom dem antikommunistischen Westblockdenkenkanzler Adenauers, und dessen Regierung ließ die Klerikalisierung gewähren; in den Schulstuben wurde ihr Image gepflegt: „Vater unser . . .".

Adenauers Ära ist um, und das Erbe einer nicht stattgefundenen Ostpolitik muß verwaltet werden. Wie? – darum hadern Römer und Bonner.

Gibt nämlich Rom Positionen in der Schulfrage auf, so darf es von Bonn Verständnis erwarten, wenn der Vatikan seine Beziehungen zu Polen normalisiert. Läßt Bonn aber Schritte des Vatikans zu, die als eine Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze angesehen werden könnten, dann kommen seine starren ostpolitischen Verdikte ins Wanken.

Nicht doch; denn inzwischen werden die Positionsveränderungen kaschiert. Kühn erklärte jüngst zu den Düsseldorfer Diskussionsergebnissen, es sei ein „zumutbarer Kompromiß ohne Kompromittierung der Gesinnungspositionen der Beteiligten" gefunden worden. Die Chance, politische Änderungen deutlich zu markieren, wird also vertan mit Ja und Amen.

Dem Ableben eines Greises werden mehr Bildschirme gezollt als dem schlechten Ende seiner Politik. -ph.-r.

„HOCHSCHUL-REPORT"

Hi-Hilfe

Neuerdings, in den vierten Jahrgang kommend, erscheint sie „in etwas verändertem Gewande". Mit 70 000 Exemplaren (Druckauflage) will sie „im europäischen Raum die weitaus auflagenstärkste überregionale Studentenpresse darstellen". Ihr „Gebot der Stunde ist: Gegenseitiges Vertrauen und gegenseitige Hilfe". Zu „betreuen" hat sie „in Verbindung mit dem ‚Verein für Zeitungsaustausch' als einzige Publikation die Kommilitonen im anderen Teil Deutschland". Ja, ihr „ist es möglich, daß wir Ihnen unsere Publikationen kostenlos übergeben können".
Sie ist billiger als „Bild" für 15 Groschen und unterbietet dieses allenthalben auch sonst: „hochschul-report", die „zeitschrift für studierende an hoch- und fachschulen" ist grenzenlos & billig ohnegleichen. Sie erwartet, daß die „Studentenvertretungen unsere Publikationen . . . in der gewünschten Weise verteilen" und daß die „studierenden" ihren AStA denunzieren: „Wenn sie dort nicht zu erhalten sind, benachrichtigen Sie uns umgehend!"
Das darauf, an die Studenten weitergereicht zu werden, sehr bedachte Gratisblatt wird herausgegeben von der Studentenhilfsgemeinschaft Berlin e. V., sein Chefredakteur ist der Diplom-Ingenieur Georg Zahel (Initialen: GZ). Was da sich Chefredakteur nennt und den Studenten Hilfe anbiedert, fiel selbst dem Jargon der hilf-, wenn auch nicht machtlosen Stammler anheim. Vielleicht sollten eher Studenten eine Hilfsgemeinschaft bilden, um GZ zu belehren, daß die faschistoide Schreibe seit Hitler dazugelernt hat und in Metamorphose zu einer wissenschaftlichen Alltagssprache sich befindet.
GZ scheint immer noch beim „Stürmer" seine tägliche Lehrlektüre zu beziehen, weshalb es schwierig wäre, das Schnittmuster seiner Unlogik hier nachzuzeichnen, seine Unsachlichkeit abzurädern, die Vorurteile auszuschneiden und die nazistische Ideologie abzusteppen. Es taugt dies Studentenfutter allerhöchst dazu, anzuzeigen, daß Herrn Erhards Kanzlerwortschatz tendenziell zwar derselbe, aber weitaus geringer war.
Des Altkanzlers Nr. 2 geradezu harmlos anmutenden Pinscher und Uhus haben sich für GZ gemausert zu zweimal „Primitivlingen", „faulen", zweimal „Triebverbrechern", „entleerten", zweimal „Schwachsinnigen", „verödeten", zweimal „Idioten", „lebensleeren", „Dummköpfen", zweimal „naiven", „Geschichtsignoranten", „infantilen", „Spätpubertätlern" und „Schwachköpfen", „armseligen Zeitgenossen", „geistigen Kleinrentnern", die allesamt das „Narrentreiben" mitmachen und der „Anarchie", der viermal „verantwortungslosen Ichsucht" verfallen, der „Fäule", der „Fäulnis", dem „Sumpf", dem „Morast", in „hoffnungsloser Beschränktheit" und „Primitivität" den „Ausschweifungen", der „Dekadenz" erliegen, „verblödet" am „‚Verblödungskasten' (Fernsehen)", im „Stumpfsinn", im „Unsinn", in der „Verblödung", im „Blödsinn" – verzapft von GZ in der Januar/Februar-Ausgabe 1967 seines Machblattes.
Wo bleibt da das Positive? Es kommt: es kommen viermal die „Leitbilder", zweimal die „Vorbilder", die einmal „bedingungslos" viermal „verantwortungsbereiten", die mit selbstloser Haltung", die mit „Führungsanspruch", die im „Abendland" und in der „Gemeinschaft" viermal „Rechtschaffenen" und „Arbeitsamen". Wahrhaft eine rechte Hilfe für den gesellschaftlichen Outsider Student, endlich zu erfahren: „Nicht die politischen Erscheinungen und Gegebenheiten gestalten das Dasein immer unerträglicher sondern die Aushöhlung der Völker durch die alles zersetzende, verblödete Gesellschaft." Und: „Dieser Gesellschaftshaufen kann nur abwerten, selbst faulen, andere verkommen lassen und damit bestenfalls dem Radikalismus den Weg ebnen." Bestenfalls, sic!
GZ ruft diejenigen, „die noch Zusammenhänge im Leben zu entdecken vermögen. Wir bitten Sie, mit uns zusammen die Öffentlichkeit auf die gefährliche Ichsucht und daraus resultierende Gleichgültigkeit im gesamten Abendland aufmerksam zu machen." Wer will der Hilfsgemeinschaft helfen? Will nicht vielmehr sie helfen? Sie verspricht „studierenden", die „mit ihrer Studentenvertretung nicht zufrieden sind", daß sie „mit Ihren Sorgen bei uns ein offenes Ohr finden (werden)".
Ferner: „Wir hören von verschiedenen Studentenvertretungen, daß sie aus finanziellen Gründen ihr eigenes Blatt nicht mehr erscheinen lassen können. Teilen Sie uns auch diese Schwierigkeiten mit. Vielleicht können wir helfen." Vielleicht? Sollte etwa der amerikanische CIA . . ., von dem man derartiges inzwischen ja gewöhnt ist? Gegen solches Vermuten spricht zwar ein Seitenhieb (oder soll er die Quellen verdecken?): „Aber alles wird gut, wenn wir uns nur weiterhin an die USA halten. So steht es jedenfalls in den Zeitungen, deren Redakteure im Banne der gleißenden Lebensleere und atombombenverbrämter Dekadenz stehen."
Wer hilft der Studentenhilfsgemeinschaft? Sollten gar Bonner Kreise die Hagedorn-Satire im „express-international" ernstgenommen haben: „Johnson und der CIA haben einen Weg moderner Studentenförderung gewiesen, den schleunigst auch Kiesinger und der Verfassungsschutz beschreiten sollten, sonst werden sich, wie im Wirtschaftsleben, die Amerikaner auch noch bei unseren Studentenverbänden zu billigen Preisen ‚einkaufen'." Immerhin gehört zu den redaktionellen Mitarbeitern auch jener Dr. Pzillas, dessen wir uns noch aus Zeiten des Kältesten Krieges von der „Arbeitsgemeinschaft Demokratischer Kreise" her erinnern.
Einen Hinweis für Rätselfreunde erteilt uns GZ persönlich: „Wir erwarten eine möglichst weitgehende Hilfe der Bundesregierung, der Länderregierungen, der Parlamente und der Industrie, denn von unseren Bemühungen und Erfolgen profitieren die Genannten am ehesten und nachhaltigsten." r. b.

LSE-STREIK

Clique-clack

Die Studenten der London School of Economics (LSE) sind aus dem mehrere Wochen dauernden Kampf gegen die autoritäre Direktion ihrer Schule (DISKUS 3/1967, Seite 7) als Sieger hervorgegangen: Die Suspendierung der Kommilitonen Marshall Bloom und David Adelstein ist aufgehoben.

Dieses Ergebnis war überraschend für alle, die am Ende des vorigen Semesters die Kampfbereitschaft der Studenten erlahmen und die Hoffnung, eine über den bereits erreichten Kompromiß hinausgehende Lösung zu finden, sinken sahen. Ein letzter Versuch, die Moral der Studenten gegen die drohende Langeweile während der Sit-ins aufrechtzuerhalten und die Studenten auch während der Ferien gegen die Direktion zu mobilisieren, war mit der Proklamation der „freien Universität" unternommen worden. Eine Reihe von Seminaren wurde abgehalten, die sich durch freie Wahl der Themen und durch breiteren Raum für Diskussionen auszeichneten. Jedoch war die Reaktion der Direktion entmutigend: Sie zeigte sich tolerant und war bereit, mit der „freien Universität" zu leben, so lange die für die Unterrichtsstunden üblichen Zeiten eingehalten wurden.

Es ging zuletzt lediglich darum, so viele Zugeständnisse wie möglich für die Studenten herauszuschlagen, solange die Gemüter aller Beteiligten noch erregt waren. Um so größer war das Erstaunen allerseits, als die Direktion plötzlich doch bereit war, eine Erklärung, die von Bloom und Adelstein verfaßt war, mit geringfügigen Änderungen zu akzeptieren und infolgedessen die Wiederaufnahme der beiden in die Schule als einen Begnadigungsakt in Erwägung zu ziehen. Nun war eine „Begnadigung auf Grund des guten Verhaltens von Mr. Bloom und Mr. Adelstein" nicht das, was sich die Studenten unter ihrem Recht, Berufung einzulegen gegen ein Urteil, das ihnen vom Disziplinarausschuß autoritär aufoktroyiert worden war, vorstellten, aber die endgültige Fassung der Erklärung hatte auch nicht den unterwürfigen Ton, den die Direktion forderte.

Zwar handelte es sich erneut um eine Kompromißlösung, aber diese ging viel weiter, als die Studenten am Ende des Semesters noch erwartet hatten. Die Tatsache, daß die Suspendierung aufgehoben wurde, bedeutet eindeutig den Sieg der militanten Studenten. Sie hatten alles erreicht, wofür sie gekämpft hatten.

In ihrem Pamphlet „LSE – wie sie ist und wie wir für sie kämpften" erklären die Studenten den erstaunlichen Ausgang ihres Streiks folgendermaßen: Die Direktion hatte von Beginn des Sit-in an hinter der herablassend wohlwollenden Fassade, mit der sie den Studentendelegationen begegnet war, erbitterten Widerstand gegen die Aktionen geleistet in dem vollen Bewußtsein, daß hier ihr eigener Status auf dem Spiele stand. Zwar war die Bereitschaft der Studenten, das Sit-in nach den Semesterferien fortzusetzen, nicht sehr groß, aber es brodelte sichtlich unter ihnen, und die schon errungenen Siege hatten ihnen gezeigt, daß sie durch Aktion etwas erreichen können.

Es war der Direktion wohl möglich, die Forderungen der Studenten eine Zeitlang zu überhören und allen Aufrührern über eine gewisse Periode hinweg die Zähne zu zeigen, aber sie wußte auch, daß sie auf die Dauer in einem Kampf, in dem die Studenten geschlossen auftreten und der kurzfristig in Form von „guerilla-sit-ins" überall aufflammen kann, die Unterlegenen sein würden.

Die Studenten der LSE haben einen erbitterten Kampf geführt, den man in der Tradition der Studentenunruhen nicht hoch genug bewerten kann: Sie waren die ersten, die als Sieger daraus hervorgingen. Sie geben somit das Beispiel für alle Studenten, die in ihrer Freiheit als Studierende und als Staatsbürger bedroht sind, daß es einer kleinen Clique, die ihre Macht einer autoritären Struktur verdankt, auf die Dauer nicht möglich ist, sich der geschlossenen Aktion aller zu widersetzen. **G. Castles**

KORPORATIONEN

Petitio verbi

Die Korporierten der Bundesrepublik sind zum „verbum peto!" angetreten. Der Convent Deutscher Korporationsverbände (CDK) und der Convent Deutscher Akademikerverbände (CDA) hatten ihr erstes Gemeinschaftstreffen Ende vorigen Jahres zu München kurz „Korporationsstudententag" genannt. An dieser Namensgebung hatte „academia", die Zeitschrift des Cartellverbandes der katholischen deutschen Studentenverbindungen (CV), Anstoß genommen: CDK und CDA umfassen nur einen Teil der Korporations- und Altherrenverbände. In München habe es sich lediglich um ein Treffen „gerade der schlagenden Korporationsverbände" gehandelt, deren Versuch, „in der Öffentlichkeit klarzustellen, daß sie mit Klischeevorstellungen der Vergangenheit nichts mehr zu tun haben", das CV-Organ wohlwollend quittierte: „Möge es so sein!"
Der Gönnerton katholischerseits fuchste Füxe, Aktive und Altherren der Schlagenden. Sie schlugen zurück. „Burschenschaftliche Blätter", die Monatsschrift für den deutschen Burschenschafter, erinnerten den katholischen CV an die gemeinsame Alte Burschenherrlichkeit: „Uns scheint, auch der CV sollte ein Interesse daran haben, daß solche Vorstellungen verschwinden, denn in der Öffentlichkeit werden keine Unterschiede gemacht und kaum ein Verband hat das Recht, sich nicht betroffen zu fühlen. Wer die Geschichte des Korporationsstudententums der letzten 50 Jahre kennt, dürfte nicht bereit sein, den CV auszunehmen."
Pack schlägt sich – und es bleibt abzuwarten, ob die katholischen Anrainer der deutschen Reaktion sich zur Korporierten-Raison bringen lassen. „Burschenschaftliche Blätter" locken: „Immerhin sind es inzwischen 17 Verbände, wogegen 9 Verbände abseits stehen, darunter auch die an Zahl sehr starken Korporationsverbände aus dem katholischen Lager." Sie träumen schon vom nächsten „Korporationsstudententag": „Es wäre schön, wenn sich dann nicht nur 17, sondern 26, also alle deutschen Korporationsverbände, beteiligen würden." Und davon, „welchen Einfluß im Bereich der Hochschule die vereinten Korporationsverbände ausüben könnten . . ."!
Indessen ist der CV dabei, „zu bedenken, ob nicht ein Zusammenschluß mit (den katholischen Verbindungen; R. B.) KV, UV und RKDB vonnöten ist", wohlwissend um die Zusammenhänge, die man hierzulande immer noch beschönigend Parlamentarische Demokratie nennt: „Im übrigen kann der Staat nicht jeden Einzelnen nach seiner Meinung fragen, er spricht mit dessen Interessenvertretung." Deshalb: „Verbünden wir uns . . ., denn Einigkeit macht stark". So weit, so gut der tapfer-dräuende Untertanen-Jargon der deutsch-vaterländischen „academia": „Das patria-Prinzip besagt, daß jeder gute Bürger seinem Staat an innerer Gesinnung etwas schuldet. Wir brauchen uns vor keiner NPD zu fürchten, wenn wir diese nicht nur rhetorisch, sondern auch durch die Tat bekämpfen. Die Demokratie gibt uns die Möglichkeit, diese Minderheit mit unserer Mehrheit wirkungslos zu machen."
Den „academia"-Ton im Ohr vermeint der Leser, daß die „Burschenschaftlichen Blätter" rechtgetan haben, den CV an die Vergangenheit zu erinnern. Wie aber, muß er sich weiter fragen, wenn die Söhne aus jener Nacht der deutschen Reaktion gemeinsam an den Tag kommen? Wird der Tag der korporierten „hochschulpolitischen Arbeitsgemeinschaft", der gemeinsame Korporationsstudententag der 26 Verbände, unter Berufung auf die gemeinsame dunkle Vergangenheit zustandekommen? verbum peto! R. B.

Die Buchhandlung für den Mediziner

JOHANNES ALT seit 1868

BUCHHANDLUNG UND ANTIQUARIAT FÜR MEDIZIN

In Kliniknähe, Haltestelle Hochhaus Süd (Hippodrom) der Linien 1, 11, 15, 21

Telefon 61 29 93

Frankfurt Süd 10 Gartenstraße 134

Frankfurt . . . Diskus in Frankfurt . . . Diskus in Frankfurt

kleine chronik

Rufmord

Zu später Stunde wurde am 23. Mai der stv. AStA-Vorsitzende für Finanzen, Reinhold Heller, vom Studentenparlament abgewählt. Grund: Unfähigkeit, durch die Vorlage des Haushaltsplanes dokumentiert.

Hierzu die Vorgeschichte: Die Studentenschaft muß ihr Haushaltsjahr vom akademischen (15. 10.) auf das Kalenderjahr (1. 1.) umstellen. Dadurch ist es erforderlich eine Zeitspanne von 2½ Monaten zu überbrücken. Die in dieser Zeit anfallenden Ausgaben beschloß der Haushaltsausschuß zum Teil durch Einsparungen des laufenden Haushalts zu decken. Hierzu forderte er Herrn Heller auf, einen Nachtragshaushalt dem Parlament vorzulegen. Als der Finanzreferent innerhalb von vier Wochen dies nicht zuwege brachte, wurde er vom Parlament von jeder anderen Tätigkeit freigestellt. Nach 14 Tagen legte Heller einen Haushaltsplan vor, der die Titel des letzten von P. J. Mees erstellten Planes proportional ansetzte. Eine einfache Dreisatzaufgabe war alles, was der Finanzreferent in einem Zeitraum, für den er DM 110,— Aufwandsentschädigung kassierte, zu leisten vermochte.

Als Einnahmen nahm er großzügig die liquiden Mittel der Studentenschaft, die sparsamere AStA's in zehn Jahren mühsam angesammelt hatten. Würde der Plan von Heller beschlossen, so müßte in Zukunft bei der kleinsten Mehrbelastung (z. B. bei einem Defizit einer Veranstaltung) eine Umlage auf die Studenten gemacht werden, d. h. eine Beitragserhöhung würde vom Landesrechnungshof spätestens bei der nächsten Prüfung verlangt werden.

Das Parlament zog die Konsequenz aus dieser seltsamen Finanzpolitik und wählte den Finanzer ab. Nun wähnt Heller (AHP) sich als Opfer eines politischen Fememordes, bei dem sich vom SDS angezettelt alle Gruppen bis zu den Korporationen gegen ihn verschworen haben. Es ist auch zu schwer, wenn man sich als **aktiven Politiker** bezeichnet, die eigene Unfähigkeit einzusehen. S.

Kindergarten

Der im letzten Semester vom AStA groß angekündigte Kindergarten für den Nachwuchs studierender Eltern, könnte zum nächsten Semester Wirklichkeit werden. Vorausgesetzt daß Kuratorium und Rektorat der Universität ihre Zustimmung zum Plan des AStA geben. Nachdem das ehemalige „Hotel Heidelberger" von der Universität als Seminargebäude gepachtet wurde, stellte sich heraus, daß die unteren Restaurationsräume nicht für wissenschaftliche Zwecke nutzbar sind. Dagegen sind sie für einen Kindergarten ideal. Er befände sich auf dem Unigelände, also für die Eltern jederzeit erreichbar, und der ehemalige „Biergarten" ließe sich als Auslauf verwenden.

Die katholische und evangelische Studentengemeinde haben zugesagt Stühle, Tische und Spielzeug zu spenden, während Studentenwerk und Quartier-Latin-Überschüsse (die recht beträchtlich sind) für den größten Teil der übrigen Kosten aufkommen. Die Eltern, die ihre Kinder ganztägig (von 8 bis 17 Uhr) oder auch stundenweise, den Kindergärtnerinnen anvertrauen können, müßten etwa 40 DM pro Monat zahlen. Allerdings: von den aus der Sozialumfrage ermittelten 250 Interessenten können nur etwa 60 berücksichtigt werden. H. R.

Urvater und Reich der Mütter

Ein Studentenkindergarten, präziser: ein Studentenkinderkindergarten ist geplant, also gab es auch im Studentenparlament eine Debatte darüber. Auf Anfrage teilte der AStA mit, daß *„ein großer Bedarf an Studentenkindern festgestellt worden"* sei, und gerne nahm er die Anregung entgegen, es sollten *„neben Kindergärtnerinnen auch freiwillige Helferinnen aus dem Reich der Mütter angestellt werden"* (was nicht heißen soll, daß Studentinnen der Germanistik bevorzugt würden). Und weil man damit bei der Bildung war, gab es einen Exkurs über den Nutzen der Bildungswerbung auf dem Lande, wobei sich folgender Dialog entspann: *„. . . kann man sagen, daß Hessen relativ gut dasteht."* Opponent um jeden Preis: *„Sie sagen, Hessen steht sehr gut da, aber . . ."* Versuch korregierender Störung: *„Relativ gut hab' ich gesagt!"* Zweiter Anlauf: *„Also gut, Sie sagen, Hessen steht relativ sehr gut da . . ."* Sodann folgte die Erkundigung nach speziellen Werbemöglichkeiten: *„Ich möchte den AStA fragen, ob es möglich ist, politische Werbung in Kollegienhäusern . . ."* Einer, der gerade aufwachte: *„Wie bitte wo?"* Ungeduldige Antwort: *„Also mein Gott, es gibt doch da gewisse Häuser, wo . . ."* Aber der Kindergarten ruhte nicht. Die Opposition kleidete ihre Angst, der AStA könne unkontrolliert Verträge abschließen, in die bilderreichen Worte: *„Ich habe den Eindruck, daß Herr Peters so als eine Art Urvater oder Urmutter stellvertretend für die Studentenschaft Verträge schließt."* Da es sich um ein Zukunftsprojekt handelt, muß alles bedacht werden, nämlich auch die Frage *„Ist dabei berücksichtigt, daß der Kindergarten nicht nur für schon bestehende, sondern auch für noch in der Zukunft zu zeugende Kinder geplant werden sollte?"* Zum Schluß warnte ein Parlamentarier seine Kollegen vor *„Resolutionen, die sich im Sande verlaufen"* und ging zum ernsten Teil der Sitzung über. M. M.

Selbstmordsicher

Wie die AStA-Informationen berichteten, wurden im Studentenheim Ludwig-Landmann-Str. in den Ferien die Schlösser in sämtlichen Zimmertüren ausgewechselt. Als Grund dafür gab die Verwaltung der Stiftung Studentenhaus an, daß die Zimmer für den Fall von Selbstmordversuchen und Feuersbrünsten jederzeit betretbar sein müßten. Im Gegensatz zu den anderen Heimen war es nämlich in der Landmann-Straße möglich, die Türen von innen zu verschließen und durch Steckenlassen des Schlüssels auch unwillkommenen Besuchern den Zutritt zu verwehren. Dem wurde also abgeholfen — ohne vorherige Rücksprache mit den Heimbewohnern selbstverständlich.

Darauf angesprochen, erklärte der Vertreter der Studentenschaft im Vorstand der Stiftung, Otto Mürmann, auf der Parlamentssitzung am 9. Mai, daß die Stiftung nichts von dem geplanten Schlössertausch gewußt habe, dieser vielmehr von der Baufirma ohne vorherige Rücksprache ausgeführt worden sei. Otto Mürmann bedauerte diesen Vorfall, zumal die Verwaltung dem Schlössertausch nicht zugestimmt haben würde, wenn sie vorher davon erfahren hätte. Jetzt sei es leider zu spät.

Seltsam jedoch, daß derselbe Herr Mürmann bereits vor Monaten dem damaligen Heimpräsidenten des Studentenheimes Bockenheimer Warte, Ernst Girth, von der geplanten Aktion erzählt hatte (vertraulich natürlich. Anderen war diese Aktion ebenfalls bekannt. Schon damals hatte Mürmann auf Selbstmord- und Brandgefahren hingewiesen, denen durch unverschließbare Türen abgeholfen werden könne. Vorausgesetzt, daß Herr Mürmann in der Zwischenzeit nicht an durch Opportunismus verursachtem Gedächtnisschwund litt, muß er seine Informationen also direkt von der Baugesellschaft bezogen haben. Unter diesen Umständen aber genügte er weder seiner Informationspflicht der Verwaltung gegenüber, noch wahrte er die Interessen derer, die ihn in den Stiftungsrat entsandten. Herr Mürmann ist Student.

Das Parlament jedenfalls sei vor Mürmanns Gedächtnisschwund gewarnt; Selbstmördern aber wird vom Einzug in die Ludwig-Landmann-Straße abgeraten. ub

Sittenzerfall

Das Kultusministerium wittert Zerfall von Sitte und Moral im Studentenheim Bockenheimer Warte. Das ging aus einem Anruf hervor, den der Geschäftsführer der Stiftung Studentenhaus, Lothar Grawe, von einem Beamten des Wiesbadener Ministeriums erhielt. Stein des Anstoßes ist die Belegung des Wohnheimes, in dem drei der vier Flure koedukiert sind. Dem Beamten waren Ungeheuerlichkeiten zu Ohren gekommen, wie etwa eine Benutzung desselben Waschraumes durch Heimbewohner verschiedenen Geschlechts. Überhaupt zeigte man sich über die ganze Tendenz besorgt.

In einem Brief an den Kultusminister bemühte sich die Verwaltung, die moralischen Bedenken zu zerstreuen. Es wurde darauf hingewiesen, daß eine Verwechslung der Waschräume nur in mutwilliger Absicht möglich sei, da sie jeweils am Ende der in Damen- und Herrenhälften geteilten Flure lägen.

Als positiv wurden eine Verbesserung der Atmosphäre in den nun gemischten Fluren, eine aktivere Anteilnahme der weiblichen Bewohner an der Heimgemeinschaft und die zum erstenmal in einem Heim erfolgte Wahl einer Dame zur Heimpräsidentin angeführt. Von dem als „Verfall von Sitte und Moral" bezeichneten Zustand, bat man durch Augenschein erst einmal persönlich Kenntnis zu nehmen. ub

Landesstrahlen

Ob es Unterschiede in der Qualität der Röntgenstrahlen gibt, je nachdem ob sie in Hessen oder Rheinland-Pfalz verstrahlt werden, konnte eine Studentin, die nach dem 2. Semester von Mainz nach Frankfurt wechselte, nicht feststellen. Eines aber erfuhr die um ihren Strahlungshaushalt besorgte Kommilitonin von Herrn Gerathwohl im Studentenwerk: Die Röntgenuntersuchungen des Landes Rheinland-Pfalz sind dem Lande Hessen nicht anerkennungswürdig, daher muß, nach § soundso, Absatz soundso, ganz gleichgültig wann die letzte Untersuchung stattfand, die junge Dame sich noch einmal (hessisch) röntgen lassen. R.

personalien

Reinhard Buhlert, PKW-Referent im AStA, blickt in diesen Tagen auf eine für AStA-Verhältnisse ungewöhnlich lange Amtszeit zurück: seit drei vollen Jahren vermietet er die PKW und Busse der Studentenschaft. Man kennt ihn nur als „Bubu", und dieses düster alliterierende, teils mißbilligend nach Kinderschreck, teils erwartungsvoll nach Rübezahl klingende Epitheton trifft genau die polternd-gutmütige Art, in der Bubu sich allzusehr auf Autos Versessene vom Leibe hält, Werkstätten zu schneller Erledigung der zahllosen Reparaturen drängt oder auch einmal einen Wagen außerhalb der Reihe beschafft, wenn man ihn davon überzeugen konnte, daß es notwendig sei. Freilich, dazu gehört forensische Beredsamkeit — niemand kann geraten werden, Bubu außerhalb der Sprechzeiten aufzusuchen: Er schlägt mit schrecklicher Grobheit zurück, eine späte Folge nächtlicher Ruhestörungen, kann penetrant auf Formalien insistieren, genau so lange, bis selbst großkopfete Funktionäre, resignierend gegenüber so viel Dickfelligkeit, sich keine Extrawürste mehr erlauben. Zu Bubus knorrigpfiffiger Art paßt sein atavistisches Hobby: Doppelkopf. Er selber aber hat nie den Vorwurf auf sich gezogen, mit einem Januskopf herumzulaufen oder doppelzüngig zu reden. Unfähig zu jeder Intrige, wird er denn auch zu Recht besonders böse, wenn man, wie im letzten Wahlkampf geschehen, seine redliche Eindeutigkeit in Frage stellt. Bubu ist ein Original, ein Anachronismus — möge er uns noch lange erhalten bleiben.

Achim Opel, Sozialreferent des AStA, versuchte, für die Stiftung Studentenhaus Einzelzimmer an Ehepaare zu vermieten. Als die wohnungssuchenden Paare den Preis erfuhren (DM 200 für zwei Zimmer ohne Küche, Bad und Verbindungstür), waren sie nicht mehr interessiert. Der Stiftung Studentenhaus war von privater Seite ein Haus in der Landgrafenstraße zur Vermietung angeboten worden, allerdings für Ehepaare denkbar ungeeignet. Trotzdem versuchte Geschäftsführer Grawe seinen guten Willen zu zeigen. Vergeblich. In naher Zukunft ist jetzt auch weiterhin nicht mit stiftungsgeförderten Ehepaarwohnungen in Frankfurt zu rechnen.

Hans-Jürgen Eckl, genannt Heili-Geily, bis auf weiteres wegen seiner bedingungslosen Liebe zu Godard in Jean-Luc umgetauft, erfuhr keine Entlastung von seinem Vorstandsposten im Filmstudio, da er zusammen mit seinen ebenfalls verbliebenen Vorstandskollegen Staimmer und Waliwaiko noch Außenstände eintreiben muß. er

BERUFUNGEN

Dr. Reinhold Grimm, hat einen Ruf als ordentlicher Professor an die Universität von Wisconsin in Madison erhalten. Er wird bereits im Sommer dieses Jahres einen Lehrstuhl für neuere Germanistik übernehmen.

Günther Jaenicke, Prof. Dr., Ordinarius für Staats-, Verwaltungs- und Völkerrecht an der Johann Wolfgang Goethe-Universität, ist von der Bundesregierung mit der Vertretung der Bundesrepublik in ihrem ersten Rechtsstreit vor dem Internationalen Gerichtshof in Den Haag beauftragt worden.

Bei diesem Rechtsstreit geht es um die Abgrenzung der dänischen, deutschen und niederländischen Anteile am Festlandsockel in der Nordsee, d. h. der Gebiete, in denen die Küstenstaaten das ausschließliche Recht zur Ausbeutung des Meeresgrundes für sich in Anspruch nehmen. Dieses Recht hat wegen der Erdgas- und Erdölfunde in der Nordsee aktuelle Bedeutung erlangt.

LEHRAUFTRAG

Carlo Schmidt, Prof. Dr. jur. (Wissenschaft von der Politik), zur Zeit Bundesminister für Angelegenheiten des Bundes und der Länder, erhielt für die Dauer seiner Zugehörigkeit zur Bundesregierung einen Lehrauftrag im Rahmen seiner venia legendi in der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Universität Frankfurt.

AUSLANDSREISEN

Otto Monsheimer, Prof. Dr. phil. (Politische Bildung, Berufserziehung und Erwachsenenbildung), unternimmt im Auftrag der Deutschen Forschungsgemeinschaft eine Forschungsreise in die USA, um Test- und Researchmethoden zur Bildungsökonomie, die Centers für Vocational Education und die Forschungsstätten für die fortgeschrittensten Methoden der social studies kennen zu lernen und darüber zu berichten.

EHRUNGEN

Adalbert Erler, Dr. jur., ordentlicher Professor für Deutsche Rechtsgeschichte, Kirchenrecht und Zivilrecht, hat vom italienischen Staatspräsidenten einen Orden mit dem Titel eines „Commendatore" verliehen bekommen.

Prof. Erler hat wissenschaftliche Beziehungen auf dem Gebiet der mittelalterlichen Rechtsgeschichte zwischen Italien und Deutschland gefördert. Mit Prof. Dr. Emilio Bussi, Modena —Rom, gründete er 1959 das italiennisch-deutsche Seminar für mittelalterliche Rechtsgeschichte.

FRAGEN SIE FRAU CHARLOTTE

Liebe Frau Charlotte,

man hat mir während meiner Studienzeit nun oft genug gesagt, es sei falsch, auf „die da oben" zu schimpfen, selber aber unpolitisch abseits zu stehen. Das habe ich mir auch zu Herzen genommen, besonders in Sachen Mensa, doch ich weiß nicht, liebe Frau Charlotte — irgendwie scheint mein staatsbürgerliches Bewußtsein immer noch unterentwickelt. Ich muß etwas falsch gemacht haben.

Immerhin, ich habe meine Unterschrift gegen die Preiserhöhung abgegeben, habe mich für den Protestmarsch nach Wiesbaden angemeldet, der dann verboten wurde, habe den Herren vom AStA Beifall geklatscht für ihre Erklärung, sie würden lieber aus dem Vorstand des Studentenwerkes ausscheiden, als eine Essenverteuerung hinzunehmen; ich habe mit Begeisterung den Umsatz von Currywürstchen-Müller erhöht, obwohl die Würste halb roh waren und der Kartoffelsalat teuer, nur um die Mensa zu bestreiken — ja ich habe mich sogar, was ich sonst nie tun würde, einem anarchischen sit-in der Provos in der Mensa angeschlossen (dabei ist es nach Verabreichung eines Mensaessens weiß Gott schwierig, Kräfte zum Demonstrieren zu sammeln bzw. den Mensamief noch länger auszuhalten).

Was, liebe Frau Charlotte, was half's? Heimlich still und leise kam der Groschenklau denn doch. Und die Vorstandsmitglieder sind immer noch im Amt.

Da stehe ich nun, ich törichter Armer (DM 290 Honnef), und frage Sie: Was in aller Welt habe ich falsch gemacht, was kann man denn sonst noch tun? Ich bin ja gutwillig, aber nun weiß ich wirklich nicht mehr weiter.

Ihr Hubert W. aus D.

Lieber Hubert,

nicht Ihr staatsbürgerliches Bewußtsein ist unterentwickelt, denn mehr als Sie getan haben, kann man von Ihnen nicht verlangen, aber offensichtlich verstehen Sie nichts von der Psychologie der entscheidenden Herren „da oben", wie Sie sie nennen. Darum mußten Ihre Protestaktionen scheitern. Der Zug nach Wiesbaden beispielsweise war doch immer nur als trojanischer beschlossen, der platzen mußte: wer hätte ihn denn bezahlen sollen? Und gar seinen Vorstandsposten im Studentenwerk aufzugeben? Das ist ein bißchen viel verlangt. Bellen ja, aber sowas doch nicht.

Man hatte natürlich weitreichende Überlegungen im Vorstand des Studentenwerkes angestellt: Man wolle seinen Posten zur Verfügung stellen, hieß es, einen neuen Vorstand wählen lassen, der werde wieder zurücktreten, und dann müsse Herr Minister Schütte selber jenes Dekret erlassen, die Preise zu erhöhen, damit das vorstandslose Studentenwerk seinen im Gesetz verankerten sozialen Auftrag weiter werde erfüllen können. Bedeutungsvoll fügte man hinzu: Wird er sich das leisten können? Wird er den Eklat wagen. Er hat doch schon früher bei ähnlichen Anlässen klein beigegeben, obwohl zuerst auch kein Geld da war. Aber es liegt, wie mir AStA-Vorsitzender Peters versicherte, ganz auf der politischen Linie des Vorstandes, erst den Beschluß zu fassen und ihn dann nicht auszuführen. Denn: „die Preiserhöhung wäre ja doch nicht zu verhindern gewesen." Man resigniert also von vornherein — freilich nicht vom Amt, versteht sich; läßt aber Sie, lieber Hubert, noch umsonst ein bißchen streiken, um Ihren Zorn in die richtigen Kanäle abzuleiten.

Sie sehen, die Psychologie der großen Leute hat ihre Eigenheiten, die man kennen muß, um sich richtig zu verhalten. Da Sie aber offensichtlich noch beglückend naiv und guten Glaubens agieren, kann ich Ihnen wohl keinen Rat für Ihren zukünftigen Umgang mit „denen da oben" erteilen. Ich möchte Ihnen aber zum Schluß wenigstens mein Glaubensbekenntnis verraten: Ich halte es mit den hohen Herrn vom AStA so, wie weiland Tertullian, vor mehr als 1700 Jahren, mit dem lieben Gott: *credo quia absurdum.* **Ihre Frau Charlotte**

Vietnam – ein Vortrag und zwei Briefe

Anläßlich der deutsch-amerikanischen Freundschaftswoche hielt Professor Max Horkheimer am 7. Mai einen Vortrag im Amerikahaus in Frankfurt. Am Morgen hatte er auch an der Eröffnungskundgebung auf dem Römer teilgenommen und dort einen amerikanischen General nach dessen Vietnamrede mit demonstrativem Händedruck begrüßt. Diese beiden Vorfälle veranlaßten die SDS-Gruppe Frankfurt zu einem offenen Brief, auf den Professor Horkheimer seinerseits mit einem Schreiben antwortete. Wir drucken beide Briefe ab. Zuvor bringen wir einige Zitate aus der Rede Horkheimers, auf die sich der SDS bezieht. Die Rede wurde offenbar ohne ausgearbeitetes Konzept gehalten (eine Mitschrift liegt dem DISKUS vor). Manche Passagen erweckten den Eindruck einer undifferenzierten Verteidigung der amerikanischen Vietnampolitik.

„Diejenigen, die gegen den Krieg in Vietnam hier in Frankfurt demonstrieren, dürfen wissen, daß die Menschen, die hier sprechen, daß der Herr Oberbürgermeister und selbst ich, keinen Augenblick das Furchtbare vergessen, was dort vorgeht; aber mit Demonstrationen verhindern wir das nicht. Was wir tun können, ist, in anständiger Weise versuchen, an dem Aufbau einer richtigeren Welt mitzuwirken. Dazu gehört heute auch die Einsicht über die Dinge in Vietnam, auf die ich nachher zu sprechen kommen werde.

Aber eben dieses Land, das sollen wir wissen, das sollen wir keinen Augenblick vergessen, war das Land, das denen, die heute mit Recht ihre Zweifel im Hinblick auf Vietnam haben, seine Arme geöffnet hat, die in Europa ihrer freiheitlichen Gesinnung willen verfolgt waren.

Wenn in Amerika es gilt, einen Krieg zu führen – und nun hören Sie wohl zu – einen Krieg zu führen, so ist es nicht so sehr die Verteidigung des Vaterlandes, sondern es ist im Grunde die Verteidigung der Verfassung, die Verteidigung der Menschenrechte und Sie können heute sagen: ja, und was passiert denn da in Vietnam? Sie können mit Recht all das Furchtbare darstellen – wenn Sie es können – was in Vietnam sich ereignet. Aber diese jungen Menschen, die da hinausgehen, zu glauben, sie verteidigen die Welt, in der es noch ein bißchen so etwas wie Freiheit gibt, gegen das Gegenteil, selbst wenn man dazu auch totalitäre Mächte leider benutzen muß. Das kann ein Fehler sein, das kann ein Denkfehler sein, es kann verkehrt sein, aber derjenige, der urteilt, der soll wenigstens sich auch um diese Dinge kümmern; der soll wenigstens, wenn er von Vietnam redet, daran denken, daß wir hier nicht zusammen wären und frei reden könnten, wenn Amerika nicht eingegriffen hätte und Deutschland und Europa vor dem furchtbarsten totalitären Terror schließlich gerettet hätten. (Beifall) All diese Dinge haben viele Deutsche, nicht nur in dieser Generation, denn es war sehr ähnlich auch in anderen Generationen, gefühlt. Ich denke da an einen Frankfurter, der Goethe hieß, und der eine sehr große Hinneigung zu Amerika besaß. Er hat seit den Freiheitskriegen, als die Namen, wie er damals sagte – Franklin und Washington – anfingen, am politischen und kriegerischen Horizont zu glänzen und zu funkeln, für Amerika geschrieben und gedacht.

Ich deute das auch deshalb an, um denjenigen, die sicher aus guten Gefühlen über Vietnam entsetzt sind, zu sagen, daß es sehr viele Dinge immer im eigenen Lande gibt, die man verbessern könnte. Ich selbst habe während der Zeit von 33 bis 50 viel publiziert in Amerika, aber ich habe praktisch, vielleicht mit ganz kleinen Ausnahmen, kein Wort gegen das 3. Reich geschrieben, weil ich mir sagte, das ist zu einfach, von der anderen Seite des Ozeans nun auf Deutschland zu schimpfen. Erstens hat es keinen Wert und zweitens kann ich dem Lande, in dem ich lebe, nämlich den Vereinigten Staaten, einen größeren Dienst erweisen, wenn ich meine kritischen Fähigkeiten auf die Gegenstände anwende, die es in diesem Lande zu verändern und zu verbessern gilt. So möchte ich nur wünschen, daß, wenn über Vietnam heute debattiert wird und protestiert, daß diejenigen, die zu diesem Schlusse kommen, sich sehr ernsthaft mit den Fragen, um die es hier geht, befassen sollen. Ich möchte nochmals wiederholen: über das Grauenvolle gibt es keinen Zweifel, aber das Grauenvolle ist ja in der Welt, in der wir leben. Wir verkehren doch, welchem Staat wir auch angehören, mit einer ganzen Reihe von Nationen, in denen die widerliche totalitäre Herrschaft sich ausbreitet. Wenn Sie sehr genau sich das ansehen, von sogenannten hochentwickelten Ländern, ihre schönen und großen Verbeugungen machen und wunderbare Verhandlungen führen mit Vertretern von Regierungen, die eine totalitäre Herrschaft ausüben, dann werden Sie die unendlichen Probleme kennen, mit denen unser aller schuldbeladenes Leben zu tun hat. In diesen Tagen brauchen Sie nur an Griechenland zu denken. Und ich habe nicht gefunden, daß nun auf einmal Griechenland in Acht und Bann getan worden ist. Ich meine, das Wichtigste ist, und dazu sollte die Jugend erzogen werden, im positiven, produktiven Sinne, kritisch zum eigenen Land zu den Dingen zu stehen, an denen man vielleicht etwas ändern kann.

Wir wollen, und ich glaube, das ist der eigentliche Sinn der deutsch-imerikanischen Freundschaft, zusammenwirken, damit es in der Welt besser wird. Und ich bin weit entfernt, zu behaupten, daß man die Politik der Regierungen zu billigen hätte. Aber diese beiden Völker, die unendlich viele geistvolle und gutgesinnte Menschen einschließen, die sollten sich zusammentun. Es gibt gar nicht mehr so viele Völker, die eigentlich das, was wir Kultur nennen, noch schützen können. Und wenn die Energien derer, und vor allen Dingen auch der Jugend, die ich liebe, die sich gegen Vietnam empören, wenn diese Energien in produktive Dinge eingehen, so können sie unendlich viel Wundervolles wirken. Und das ist der Grund, warum ich glücklich bin, bei dieser Veranstaltung, bei der deutsch-amerikanischen Freundschaftsveranstaltung, mitwirken zu dürfen."

Sehr geehrter Herr Horkheimer,

Sie haben sich durch Ihr demonstratives Erscheinen bei der Eröffnungskundgebung der deutsch-amerikanischen Freundschaftswoche und mit Ihrer Rede im Amerikahaus auf die Seite der amerikanischen Regierung gestellt, die einen Krieg gegen das vietnamesische Volk führt. Zwar haben Sie mit Bezug auf den Krieg in Vietnam beteuert: „Über das Grauenhafte gibt es keinen Zweifel", doch gibt sich diese Ablehnung von Gewalt zur Unterstützung der aggressiven Rechtfertigung des Vietnamkrieges her, wenn Sie zuvor behaupten, die USA führten in Vietnam einen Krieg für „die Verteidigung der Verfassung, die Verteidigung der Menschenrechte". Denn: eindeutig im Sinne anti-kommunistischer Ideologie beantworten Sie die Frage im voraus, für **wessen** Menschenrechte die Amerikaner in Vietnam kämpfen.

Es stellt sich für uns die Frage, wie der Anspruch, den die Wissenschaft an die stellt, die sie zu betreiben vorgeben, sich mit der blinden, privatistisch verkleideten Apologie der amerikanischen Außenpolitik wie auch der gesellschaftlichen Verhältnisse in den USA vereinbaren läßt. Eindeutig ergibt sich aus einer ökonomisch-politischen Analyse des amerikanischen Krieges in Vietnam, daß dieser Krieg für die amerikanische Regierung zum einen die Funktion eines ökonomischen Hebels zur Beseitigung konjunktureller Krisen besitzt und zum anderen der faktische Ausdruck der ideologisch forcierten Angst von der ‚kommunistischen Gefahr' ist. – Vietnam steht hier als Modellfall für alle Länder der ‚dritten Welt', in denen die USA ihre ökonomische und politische Machtstellung nur mit Hilfe militärischer Gewalt behaupten können. – Die Fakten, mit denen eine Analyse der gesellschaftlichen Verhältnisse in den USA arbeitet, führen zu dem Ergebnis, daß der Faschisierungsprozeß der amerikanischen Gesellschaft sich beschleunigt: die Tatsache, daß Farbige sich elementare Bürgerrechte vergeblich zu erkämpfen versuchen – die Tatsache, daß Antikommunismus und Faschismus in den USA politische Kritik zum ‚Volksverbrechen' stempeln, lassen die Berufung auf die Kulturtradition Amerikas zur markabren Farce werden.

Wir diskutieren die Frage der mit dem Mantel der Privatheit verkleideten Unwissenschaftlichkeit deshalb, weil wir uns bewußt sind, daß Sie einst gegen den deutschen Faschismus Stellung genommen haben. Ihre Stellungnahme damals versuchte, den Anforderungen einer wissenschaftlichen Analyse insofern zu genügen, als Sie darauf hinwiesen, daß der Faschismus notwendiges Produkt der Entwicklung des Kapitalismus ist und dessen Entwicklungsgesetzen faktischen Ausdruck verleiht. – In Ihrem Aufsatz „Die Juden und Europa" schrieben Sie z. B., gegen den Faschismus sich auf liberale Denkart des 19. Jahrhunderts berufen hieße, an die Instanz appellieren, durch die er gesiegt habe.

Studenten akzeptierten damals Ihre Analyse und beriefen sich auf sie. Ihre Stellungnahme für den amerikanischen Krieg in Vietnam zwingt Studenten heute dazu, Sie handgreiflich daran zu erinnern, daß Sie hinter Ihre eigene Analyse zurückfallen.

Ihre in die Apologie des Faschismus und Imperialismus umgeschlagene Resignation vor gesellschaftlich veränderter Praxis läßt für uns die Frage auftauchen, welche Relevanz die kritische Theorie der gesellschaftlichen Praxis, sofern sie auf Veränderung zielt, jemals zuerkannt hat. Weiterhin stellt sich das Problem, ob es in der Entwicklung der kritischen Theorie eine Kontinuität gibt bis hin zu Ihrer Unterstützung des amerikanischen Imperialismus. Um diese Fragen zu klären, bedarf es einer politisch-wissenschaftlichen Diskussion. Wir würden uns freuen, wenn Sie daran teilnähmen.

Hochachtungsvoll
SDS – Gruppe Frankfurt

Sehr geehrte Kommilitonen,

Zu dem Inhalt Ihres Offenen Briefes habe ich mehr zu sagen als die Worte, die mir jetzt in den Sinn kommen. An der in Aussicht gestellten Diskussion will ich daher gern teilnehmen.

Für meine Ansichten über den Krieg in Vietnam auf Wissenschaft mich zu berufen, vermag ich keineswegs und glaube, auch der SDS sollte vorsichtiger damit umgehen. Was in dem Brief als eindeutige Ergebnisse ökonomisch-politischer Analyse über amerikanische Motive verkündet wird, scheint mir eher die Wiederholung populärer Vermutungen, als ernsthafte Erkenntnisse darzustellen. Selbst wenn Sie recht hätten, bedürfte es des weiteren einer gründlichen Untersuchung sowohl der Machtkonstellation auf der Gegenseite, als auch der voraussichtlichen Konsequenzen, wenn sie gewinnen sollte. Sie übergehen den heiklen Fragenbereich mit Schweigen.

Ich selbst habe über die Rationalität des Vietnamkrieges kein Urteil gefällt; stünde ich an verantwortlicher Stelle in den Vereinigten Staaten, ich wüßte nicht, welche Entscheidung bei bestem Willen ich treffen würde, wenngleich meine Vorstellung über Herrn Ky recht eindeutig ist. Sie jedoch sollten, als Gruppe des Widerstands, der Ideologie und Praxis beider Seiten auf den Grund gehen und zumindest die Frage stellen, ob die Berufung der asiatischen Machthaber auf die Lehren des Kommunismus, an den Ideen seiner Begründer gemessen, nicht zur makabren Farce wird. Nicht nur, daß Demonstrationen wie die Ihren in Europa wie in Amerika noch etwas bedeuten können, sondern Ihre Aufgabe als studentische Avantgarde verpflichtet, so meine ich, zu einem differenzierteren Bekenntnis als zu dem, was an jenem Sonntag zum Ausdruck kam.

Liebe zur freien Entfaltung menschlicher Kräfte gebietet, das Übergreifen totalitärer Gewalten auf die Teile der Welt, wo Freiheit noch ein Dasein hat, wenn nicht zu verhindern, so doch zu verzögern, Stalins Bündnis mit Hitler wie dessen Vorspiel, die gemeinsamen Attacken von Kommunisten und Nationalsozialisten auf die Weimarer Republik, sind nicht so lange vergangen, daß meine Furcht von der Verwandtschaft dessen, was heute sich kommunistisch nennt, mit faschistischem Terror nicht lebendig wäre. Wer in nichttotalitären Ländern vor der Entwicklung zum Faschismus warnt – ich bin der Letze, hier zu widersprechen –, sollte gängigen Losungen mißtrauen, mögen sie noch so plausibel klingen. Kommunistische Parteiherrschaft, das heißt die Form des Notstands, in der zurückgebliebene Länder mit respektablem Potential den technischen Vorsprung der Industriegesellschaft einzuholen, in der Rüstungsproduktion zu überbieten suchen, bliebt immanenter ökonomischer Logik und äußeren Machtinteressen, wie der Tendenz zum Imperialismus, nicht weniger verhaftet, als nur je die kapitalistische Welt.

Für die Fortsetzung des Krieges in Vietnam Amerika allein verantwortlich zu machen, setzt ein simples Bild der Welt voraus, das ich dem SDS, dem so viele Menschen guten Willens angehören, nicht zutrauen möchte. Kritische Theorie betrifft das Bestehende; sie im gegenwärtigen historischen Augenblick in solcher Weise zu beschränken, bedeutet ihre schlechte Negation.

Mit freundlichen Grüßen
Max Horkheimer

Parlamentssitzung

Ein Bericht

Nachdem viel gewählt wurde und jeder sein Pöstchen hat, beginnt das Studentenparlament nun mit seiner Arbeit. Dies verdient festgehalten zu werden, denn es war in den letzten Jahren in Frankfurt gar nicht selbstverständlich, daß ein Parlament noch etwas anderes tat, als den Schacher um Pöstchen abzuschließen. Nachdem die neue Satzung in Kraft getreten ist, und ein nach Listen gewähltes Parlament – also aus Fraktionen zusammengesetztes – amtiert, war man gespannt ob es arbeitsfähig sein wird. Will man eine Zwischenbilanz aus den ersten drei Sitzungen ziehen, so kann man angenehm überrascht sein.. Die große Befürchtung, daß ein starrer Fraktionszwang jede Diskussion unterbinden würde, hat sich erfreulicherweise nicht bewahrheitet; es ist schon fast die Ausnahme, wenn eine Fraktion geschlossen abstimmt.

Der zweite erfreuliche Aspekt ist mehr formeller Natur: man ist gewillt zu arbeiten. Man kommt zu den Sitzungen, man engagiert sich, man arbeitet in den Ausschüssen, man ist plötzlich souverän genug, seine Kraft nicht an formalen Dingen zu verschleißen, sich durch formale Gründe nicht von der zweckmäßigsten Arbeitsweise abbringen zu lassen. Für die endlosen Geschäftsordnungsdebatten früherer Jahre zeigt man wenig Verständnis, dafür wird der Paragraph der Geschäftsordnung um so mehr strapaziert, der es dem Haus ermöglicht, sich für einen speziellen Punkt mit zwei Drittel Mehrheit über jede Bestimmung der Geschäftsordnung hinwegzusetzen.

Das Resultat ist beachtenswert: weit über dreißig Anträge wurden bisher behandelt. Die wichtigsten Entscheidungen sind auf dem sozialen Sektor gefallen. So trat die Studentenvertretung einstimmig für eine familienunabhängige, soziale Förderung an Stelle des „Honnefer Modells" ein. Mittel für die Errichtung eines Studentenkindergartens wurden freigestellt. Bei anderen Fragekomplexen (Mensapreise, Bundesbahntarife, Wohnheimpolitik der öffentlichen Hand u. a.) wurden die Bemühungen der letzten Jahre intensiviert. Auch die Abrundung der rechtlichen Grundlagen der Studentenschaftsarbeit (Finanz-, Geschäfts- und Fachschaftsordnungen) wurden zielstrebig in Angriff genommen.

Leider kommt man auf dem wichtigsten Sektor der studentischen Interessenvertretung am langsamsten voran: auf dem Gebiet der Hochschulpolitik. Hier betritt man bedauernswerterweise Neuland. Hochschulpolitik beschränkte sich in Frankfurt auf die Aktivität der jeweiligen AStA-Vorsitzenden, die meistens mehr oder weniger kritiklos die Ansichten des Verbandes Deutscher Studentenschaften, an denen sie mitgearbeitet hatten, übernahmen.

Die Frage der Öffentlichkeitsarbeit ist das Problem, das das Parlament zur Zeit am meisten beschäftigt. Wie kann erreicht werden, die Probleme, die Entwicklungen, die Fortschritte und Rückschläge, den Erfolg und Mißerfolg studentischer Politik zumindest innerhalb der Studentenschaft publik zu machen? Wie, daß sich die Mehrzahl der Studenten mit ihren Vertretern identifiziert?

Daß man dies nur durch einen jahrelangen Prozeß mit etlichen Neuwahlen erreichen kann, aber es ist sicher ein Anfang, daß sich jetzt auch die Funktionäre ernsthaft den Kopf zerbrechen.

Eine gleichgroße Schwierigkeit besteht in der Uninformiertheit der Parlamentsmitglieder. Auf der einen Seite eine Handvoll ehemaliger AStA-Mitglieder, die sehr gut informiert sind gegenüber der Rest, der sachlich unaufgeklärt ist. Die Parlamentarier haben dies erkannt und benutzen gut ein Drittel jeder Parlamentssitzung zu ihrer eigenen Information. Die oft sehr grundsätzlichen Diskussionen, die sich an die Berichte der Studentischen Vertreter anschließen, sind nicht nur für die betroffenen Vertreter selbst sondern auch für die Öffentlichkeit interessant. Sie werden es dem Parlament sicher leichter machen zu einer Standortbestimmung der Studentenvertretung an der Universität Frankfurt zu gelangen. Dieses Selbstverständnis, ob kodifiziert oder nicht, ist nicht abzuleugnende Grundlage jeder studentischen Politik;

Es ist schade, daß das erste funktionierende Parlament sich einen so schwachen AStA gekürt hat. Was selbst in der Zeit der großen Krise der Studentenschaft vor einem Jahr hatte vermieden werden können, daß nämlich die „Regierung" sich keine einheitliche Meinung bilden kann und in der Öffentlichkeit uneins auftritt und somit jede Aktion im vorhinein zum Scheitern verurteilt, entwickelt sich neuerdings zum Stil des AStA.

A. F.

Poetikdozentur

Eine Besprechung

Baumgart, der über „Aussichten des Romans" in seiner Gastdozentur sprechen wollte, begann mit einer Standortbestimmung. Er wandte sich gegen jede normative Poetik und bereitete damit die Grundlage seiner Reflexion vor. Seine Gedanken gehen von den praktischen Möglichkeiten der Prosa aus. So versuchte er, über den Film die Literatur auf ihr eigenes Medium zurückzuführen, die Sprache. Nicht gilt es Fiktionen auf Papier zu bannen, sondern die Sprache selbst vom bloßen Instrument zum eigentlichen Gegenstand der Literatur zu machen. Man mag das eine banale Weisheit nennen, aber man nimmt sie selten wörtlich. Baumgart tat es: Absage an das raunende Beschwören des Imperfekts. Er zog endlich die Konsequenz aus dem „Doktor Faustus". Aber es erfolgt nicht der Umschlag in ein pseudoneutrales Erzählen. Das Trauern nach dem Mannschen Subjekt findet sich gern wieder hinter beschwörender Neutralität, die eine literaturgeschichtliche magere Wiederholung im schlechtesten Sinne ist. Bei Baumgart rückt die Sprache als vorgeformtes wie reflektiertes Material in das Zentrum. Darin gründet sich sein Realismus. Nicht das alte Ich bliebt erhalten, auch versteckt es sich nicht hinter einem „neutralen Es" das verzweifelt festzuhalten sucht, wie der Käse schimmelt, sondern der Schriftsteller wird zum Monteur, Handwerker. Über den Film erlernt der Schriftsteller, seine Möglichkeiten neu zu bedenken. Er findet den Weg zur dokumentarischen Literatur. Durch die Montage der Sprache kritisiert sich die Sprache selbst und damit die Welt, der sie entstammt. Baumgart nennt das „linke Literatur". In dieser Form erscheint sie mir durchaus wünschenswert, auch wenn sie – nein, gerade wenn sie keine große mehr ist. Gesinnungsliteratur, schlimmstes 19. Jahrhundert, hat endlich abgedankt. Gleichzeitig polemisiert Baumgart damit gegen den Avantgardismus der hohlen Faust, der das noch ästhetisiert, was nicht mehr ästhetisiert werden darf. Nun – bloße Theorie ist das alles nicht, sondern die Praxis hat die Ansätze schon gezeigt. Von Alexander Kluge, Uwe Johnson und Martin Walser, von jüngeren und älteren kann schon gesprochen werden. Schließlich findet auch der Leser seine Position. Lesen heißt Kritisieren. Baumgart holt die Literatur aus dem Tempel. Was„Kunscht" war, soll es nicht mehr bleiben. Baumgart fordert den kritisch aneignenden Leser; das soll den Schriftsteller von einer drückenden Last befreien, vom gefräßigen Anspruch einer normativen Poetik, zugleich aber auch vom Literaturkonsumenten, sei es vom einfühlenden, sei es vom interesssierten, der auf dem neuesten Stand bleiben will.

Ein Seminar über politische Dramen sollte den Praktiker Baumgart bestätigen. Baumgart versuchte, anhand von Texten praktische Erfahrungen für die Möglichkeiten eines zu schreibenden Stücks zu sammeln. Doch mit Germanisten läßt sich bekanntlich schwer diskutieren. Die Vorverständnisse von Politik und Kunst ließen sich nur mühsam überwinden. Nur mühevoll gelang es, sicher gegen den Willen mancher im Seminar, eine theoretische Dimension zu entfalten, die Baumgart selbst nicht so liegt. Aber erst darüber kam die Diskussion. An „Dantons Tod", „Marat", „Ui" und der „Ermittlung" setzte die Auseinandersetzung zwischen Theorie der Literatur, der Praxis literarischer Produktion und geschichtlich konkreter Analyse an, die den Anfang einer wünschenswerten historischen Poetik bildet. Der Zwang der Zeit – 5 Seminarabende waren vorgesehen – ließ es nicht zu, die Ergebnisse und Differenzen auszudiskutieren.

Bleibt nur festzustellen, daß Baumgart selbst sich dogmatischer Poetik enthält, ohne gleich in positivistische Literaturkritik zu verfallen. dieser Position ergeben sich fast wie von selbst die Widersprüche, die die von Baumgart geforderte dokumentarische Literatur durchpraktizieren muß, ebenso wie deren Theorie. Noch durch „Literatur für Zeitgenossen", 1966, bis zur Vorlesung „Engagement", 1967, hält sich der Widerspruch durch, gegen das Museale zu polemisieren und doch von der Literatur zu reden, die bleibt. Wird dokumentarische Literatur sich schließlich doch noch in einem dialektischen Verhältnis zur Tradition entfalten können, wie ein Dialektiker jüngst feststellte: „Wiederzukehren vermag Tradition einzig in dem, was unerbittlich ihr sich versagt."? Sind nicht die Fragen des Bleibens von Literatur im literarischen Produkt dann sekundär geworden? Ich glaube, Baumgart würde zustimmen; denn sonst wäre auch er am Ende noch noch ein Konservativer.

D. C.

Germanistenausschuß?

Des Germanisten guter Stern auf allen Straßen – Goethe: „Was lange währt, wird endlich gut". Diesen Satz vor Augen beschloß der Seminarausschuß, nach mehrjährigem Hader mit der trägen Germanistenmasse, die Flucht nach vorn anzutreten. Durch pseudo-demokratische Akklamationswahlen wurde zum letzten Mal vor zwei Jahren ein Ausschuß in die Welt gesetzt, der schon den Bazillus der Auflösung in sich trug.

14. 11. 1967 letzter Versuch:

Die Professoren sollten die vielen durchs Universitätsleben irrenden Germanisten aufklären. Denn wer von den zuletztgenannten kennt schon seinen Studiengang? Der Ausschuß rief, und ihrer 170 kamen zum meeting. Fragen über Fragen und erstaunte Gesichter bei den Professoren. Es wurden etliche Unstimmigkeiten im Ablauf des Studiums offenbar. Wenn auch der Wissensdurst der Studenten nur in geringem Maße gestillt werden konnte, hatte dieses Treffen dennoch einige positive Aspekte:

Den anwesenden Professoren wurde im Laufe der Diskussion klar, daß verschiedene Fragenkomplexe, z. B. Aufnahmebedingungen ins Hauptseminar, die Magisterprüfung, usw. noch der weiteren Erörterung bedürfen.

Der Seminarausschuß machte einige Vorschläge, die die Arbeit im Seminar erleichtern sollen: Verlängerung der Bibliotheksöffnungszeiten an einem der Wochentage,
eine Über-Nacht-Ausleihe von Büchern,
ein Zimmer für die Nichtraucher,
ein Getränkeautomat.

Das Unvorstellbare wurde Wirklichkeit: Zwei Stunden Gespräch reichten kaum aus, um diese und andere Fragen und Vorschläge zu diskutieren. Und die Räume des „cads" reichten beim anschließenden Zusammensein von Studenten und Professoren nicht aus, die Kontaktbegierigen alle zu fassen. Die letzten Germanisten, einschließlich der Professoren Brakkert und von See, diskutierten dann noch bis in die frühen Morgenstunden im Bonnhöfer-Haus weiter.

Inzwischen ist ein weiteres Treffen, auf dem u. a. über die Kontroverse Emil Staiger–Max Frisch diskutiert werden sollte, an *Schwierigkeiten* gescheitert.

Röllinghoff

Kommissionen ohne Ende

Am 28. Februar fand die konstituierende — und bisher einzige — Sitzung der Studienkommission zur Ausarbeitung und Verbesserung des Studienganges für die Soziologen der phil. Fakultät statt. Sie war unter miesen und wirren Verhältnissen zustande gekommen, auch von dem aktiven Teil der Studenten wenig beachtet, geschweige denn unterstützt; ein Zwitterding ohne formaldemokratische Rechte. Sie konnte nichts beschließen, was kodifizierte Gültigkeit hätte beanspruchen können; dieser Mangel führte zum Beispiel zu einem Hochspielen der Parität auf Seiten der Studenten, zur Weigerung der Professoren, während der Sitzung Tonbandaufnahmen zu gestatten, und zu einem Geplänkel über die Veröffentlichung des Protokolls.

Zwar waren die studentischen Kommissionäre von einer Fachschaftsversammlung gewählt worden, aber die Infrastruktur der Fachschaft war zum damaligen Zeitpunkt so labil, daß die Kommissionsvertreter keine qualifiziert politisch agierenden Studenten als Legitimation und Druckmittel hinter sich wähnen konnten. Mit anderen Worten: es gab für die Kommissionsvertreter keinen konkreten politischen Auftrag, der sie zwang, objektiv eindeutige Interessen zu vertreten. Sie konnten nur nach eigenem Ermessen Interessen formulieren. Man kann nicht sagen, daß dieses handicap nicht voraussehbar war, aber die Kommission kam dennoch zustande, in der Hoffnung, sie von einem unverbindlichen Diskussionsforum in ein Mitbestimmungsinstrument umzumünzen. Als die Kommission ihre Arbeit aufnahm, sahen sich die Studenten gezwungen einige von den Professoren geschaffene vollendete Tatsachen wegzudiskutieren, an deren Zustandekommen sie nie beteiligt gewesen waren:

Die *„Empfehlungen zum Soziologiestudium"* konnten nur noch philologisch kritisiert werden; d. h. es konnten nur die offensichtlichen Widersprüche zwischen ihrer Deklaration als *„Empfehlungen"* und deren apodiktischen Inhalt festgestellt werden. Die vage Zusicherung von Seiten der Professoren, diese Empfehlungen seien nur *„voläufig"*, war alles, was für die Studenten dabei herauskam. Die Empfehlungen wurden ohne das Wörtchen *„vorläufig"* zu Beginnn dieses Semesters verteilt. Damit ist schon ein Löwenanteil von dem verwirklicht, wogegen die Studenten antreten wollten; die strenge Zweiteilung des Studiums in Grund- und Hauptstudium.

Zwar wird immer wieder betont, daß eine strenge Zweiteilung des Studiums nur im Interesse der Studenten sei, daß es für die Lehrenden ein Opfer bedeute, ein Grundstudium anzubieten, aber es gibt keine Garantie dafür, daß ein solches Grundstudium sich nicht in der Praxis auf das schulmäßige Sammeln von Techniken reduziert. Ein solches starres Stufensystem, das erst nach abgeschlossenem Grundstudium gestattet, an wissenschaftlicher Forschung teilzuhaben, hat Gefahren; sie *„bestehen darin, daß das Primat des Lernens von Techniken sich ungebrochen im weiteren Studium fortsetzt. Haben die Studenten sich erst einmal in diesem Sinne ein bestimmtes Kategorienschema angeeeignet, so ist es ihnen möglich, während des ganzen Studiums alle auftauchenden kognitiven Dissonanzen ohne Schwierigkeiten aufzulösen."* (Protokoll der Kommissionssitzung vom 28. 2. 1967)

In dieser Frage konnten sich die Studenten kritisch äußern, aber die Schwierigkeiten einer solchen Kommissionsarbeit fangen an, wenn die Frage auftaucht, *„wie die große Zahl der künftigen Diplomsoziologen sich im Beruf durchsetzen wird. Die Erfahrungen haben bisher gezeigt, daß Problembewußtsein und eine breite Ausbildung in empirischen Methoden, Materialien und theoretischen Fragestellungen das beste Rüstzeug darstellen. . . . Bisher reichte vor allem die empirische Ausbildung der Studenten nicht aus, um eine berufliche Selbständigkeit zu gewährleisten."*

Die Zweckrationalität einer solchen Fragestellung ist offenkundig, aber sie macht hinterrücks die Kritik an dem geplanten Studiengang durch *„harte Tatsachen"* zunichte. Will man diese *„realistischere"* Argumentation akzeptieren, so muß man alle Konsequenzen ziehen, wie numerus clausus und Studienzeitbeschränkungen. Aber es ist sehr die Frage, ob eine solche Kommission sich im Sinne väterlicher Sorge, um den späteren Marktanteil der Soziologie Studenten kümmern sollte.

Nach einer ersten Sitzung sind keine Ergebnisse zu erwarten, aber eine politisch aktive Minderheit der Studenten war der Ansicht, die Kommissionäre hätten sich *„einmachen"* lassen. Es ist klar, daß die hierarchische Struktur der Universität und die autoritäre Gebundenheit der Studenten an die Professoren Verhandlungen zwischen Interessenten so ungleichen Status für die Studenten erschwert, aber das darf nicht heißen, daß die Studenten zu diesem Zeitpunkt auf diese — in der Tat — kabinettpolitische Institution verzichten könnten. Wenn man sich hinreichend darüber im Klaren ist, daß die Professoren in wichtigen Fragen Informationsmonopole haben, dann darf man nicht kurzsichtig auf die legitime Teilhabe an dieser Quelle verzichten.

War die Situation vor der ersten Kommisisonssitzung denkbar ungünstig, d. h. ungünstig im Hinblick auf konkrete Tatbestände, an denen sich exemplarisch die Konflikte zwischen den Interessengegnern hätten festmachen lassen, so gab es seither deren wenigstens einige; die schon erwähnte Veröffentlichung der *„Empfehlungen"*, denen weder formal noch inhaltlich etwas *„Vorläufiges"* anhaftet, das Einführen einer *„freiwilligen"* Abschlußklausur im Seminar *„Sozialstruktur der BR"* und die Praxis des Vordiploms, das erstmals nach der im vorigen Jahr verabschiedeten neuen Prüfungsordnung sich vollzog. Außerdem gibt es viele Unklarheiten über den praktischen Sinn der ab Beginn des Sommersemesters von Wiso und phil.-Fakultät gemeinsam angebotenen Veranstaltungen.

Man hätte hoffen können, daß diese Gemeinsamkeit zur Verwirklichung der schon so oft erwähnten *„Durchsichtigkeit von Prüfungsbedingungen"* dienen sollte, aber die Praxis des neuen Vordiploms ließ sich davon nichts anmerken. Im Gegenteil, zwei Professoren der Volkswirtschaftslehre mit zwei sehr verschiedenen theoretischen Ansätzen waren als Prüfer vorgesehen, ohne daß die Prüflinge von dieser Nominierung rechtzeitig erfuhren. Die Gemeinsamkeiten reichen praktisch noch nicht einmal zu einem informellen Kontakt zwischen Professoren und Assistenten beider Fakultäten. Auf diesem Hintergrund ist es verständlich, daß die *„freiwilligen"* Abschlußklausuren Professor von Friedeburgs einen Anlaß boten, das Seminar spontan zum öffentlichen Forum der Reformdiskussionen zu machen. Die Reaktionen einer Mehrzahl von Studenten auf eine solche spontane Unterbrechung des Universitätsbetriebes haben sehr deutlich die autoritären Abhängigkeiten der Studenten von den Professoren gezeigt. Einige von ihnen boten dem Professor ihre vernünftige Hilfe gegen die Ruhestörer an.

Die Professoren betonen nachdrücklich, daß ihnen nichts daran gelegen sei, sich mit den apathischen und reaktionären Studenten zu solidarisieren, aber sie unternehmen nichts Grundsätzliches gegen ihre eigenen, disfunktionalen Autoritätspositionen. Die *„Freiwilligkeit"* der Abschlußklausuren darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß eine große Minderheit von Studenten gezwungen ist, sie *„unfreiwillig"* mitzuschreiben, um als Stipendienempfänger einen Leistungsschein vorweisen zu können. Angesichts dieser Tatsache könnte man das *„freiwillig"* weglassen, denn so dient es nur zur Verschleierung der Tatsache, daß Studienreform hier im Sinne der einen Interessengruppe über die Köpfe der Studenten hinweg verwirktlicht werden soll.

An diesem marginalen aber symptomatischen Fall wird das Dilemma einer Kommission deutlich, die mit keinem von vornherein zugestandenem Mitbestimmungsrecht ausgestattet ist. Es wäre unbedingt notwendig gewesen — auch im Interesse der Professoren — eine so einschneidende Maßnahme wie das Einführen einer Klausur in der Kommission zu diskutieren, zumal die Kommission jederzeit einberufbar gewesen wäre. Die Professoren hätten ängstlich den Eindruck vermeiden müssen, als planten sie im Geheimen.

Für eine neue Kommissionssitzung, die vor Kurzem einberufen worden war, hätte es also genug Material in *„harten Forderungen"* gegeben, aber auch hier hat Spontanietät das Anbringen der Forderungen verhindert. Am Tage vor dem Kommissionstermin kündigten Studenten im Adorno-Proseminar an, die Sitzung sei für den interessierten Jedermann zugänglich. Eine daraus folgende Taktik aber wurde nicht genügend ausdiskutiert. Dieser Mangel an Vorbereitung zufolge, konnten sich die Professoren mit dem legitimen Hinweis, sie seien über eine öffentliche Sitzung nicht informiert gewesen, zurückziehen. Man schied mit der Verabredung zu einer Fachschaftsvollversammlung.

So hatte man weder Öffentlichkeit noch *„harte Forderungen"* durchsetzen können, die an sich günstige Situation, die durch die spontanen Aktionen im Seminar entstanden war, konnte nicht genutzt werden.

Monika Steffen

Ombudsmann für Wiso

Ein erfolgreicher Abschluß des Studiums ist eine feine Sache. Glücklich, wer soweit ist. Aller Ärger während der Studienzeit, dem man nicht wirksam Luft machen konnte — sei es, weil die Zeit fehlte, weil es zu gefährlich im Hinblick auf die Prüfung und zu dem mißlich erschien, ohne die anderen, die doch nicht mitzogen, die eigene Sache zu vertreten — er liegt nun weit zurück.

Und nach uns? Mögen kommende Studentengenerationen nur selbst damit fertig werden!

Doch dann regt sich plötzlich das Gewissen, wenn man an die vielen Kommilitonen denkt, die den Weg durch die Uni noch vor sich haben. So manches liegt beunruhigend im Argen, auch wenn man das Examen hinter sich hat.

Schauen wir einmal genauer hin:

(1) Es ist offizielle Regel, daß die *Note der Diplomarbeit* dem Kandidaten nicht mitgeteilt wird. Die Prüfungsordnung sagt hierüber nichts aus. Begründet wird die Maßnahme mit dem Hinweis, daß es sich um einen Teil der gesamten Prüfung handele. Hiergegen spricht die Bedeutung dieser Arbeit und ihr zeitlicher Abstand zum zweiten (Haupt-)Teil des Examens. Sie erhält dadurch den Charakter eines Vordiploms, dessen Ergebnis man kennen müßte, damit man zur Klärung und Verbesserung der eigenen Studienpläne eine Hilfe hat. Die Kenntnis der Bewertung erleichtert nicht nur die Vorbereitung auf das Examen, sie dient auch dazu, einer sehr späten Notengebung erst kurz vor dem Hauptexamen und einer nachträglichen Notenkorrektur „hinter den Kulissen" (das soll vorkommen!) vorzubeugen.

(2) Ebenso ungeregelt und dennoch von eminenter Wichtigkeit ist die Frage, ob eine 5 im *Mündlichen* mit der (hier einmal besser als 5 angenommenen) Note im Schriftlichen ohne weiteres zu insgesamt „unbefriedigend" zusammengezogen werden darf, zumal von diesem Ermessensgebrauch (oder -fehlgebrauch) bei nicht ausgleichbaren Fächern das Bestehen oder Nichtbestehen des gesamten Examens abhängt.

(3) Seine schulmeisterliche Ader entdeckt das Prüfungsamt bei der Auflage, die *Zeit, die bis zur Wiederholung des Examens zu verstreichen hat,* nach der Zahl der Fünfen im ersten mißlungenen Durchgang zu staffeln.

(4) Schließlich existiert auch die Regelung, eine abgegebene *Diplomarbeit nach sechs Semestern verfallen zu lassen,* soweit sich der Kandidat nicht rechtzeitig zum Examen gemeldet hat. Soweit so gut und auch ordnungsgemäß (vgl. Prüfungsordnung, Titel: „Anmeldung zum zweiten Teil der Prüfung", Abs. 1).

Nun hat man aber diese Regelung auch auf die Kandidaten ausgedehnt, die zwar dieser Anforderung Genüge geleistet haben, aber beim ersten Anlauf keinen Erfolg hatten und das Examen wiederholen müssen. Sind nämlich bei ihnen im Verlauf des Examens oder kurz danach die sechs Semester verstrichen, müssen auch sie, ganz gleich welche Bewertung die Arbeit erfuhr, neuschreiben (das bedeutet: weit mehr als sechs Monate zusätzliche harte Arbeit, die, je nach dem Thema der neuen Arbeit, keineswegs der besseren Examensvorbereitung dienen muß).

Diese Handhabung erfolgt eindeutig zuungunsten der Kandidaten, also nicht nach dem Motto „im Zweifel für den Angeklagten"; sie steht wohl auch im Widerspruch zur Prüfungsordnung: Denn die genannte Sechssemesterbestimmung bezieht sich eindeutig nur auf die Meldung zum Examen, während der Titel „Wiederholung der Diplomarbeit aussagt. Hingegen werden andere, in unmittelbaren Zusammenhang hiermit stehende Dinge explizit geregelt: Danach muß der Repetent nur dann neuschreiben, wenn die Arbeit nicht besser als 3 bewertet wurde. Ein wahrhafter circulus vitiosus, denn die Sechssemesterbestimmung soll ja gerade durch eine rechtzeitige Examensmeldung zu einem kurzen Studium zwingen.

In dieser und anderer Hinsicht wird allzu häufig nachteilig für den Studenten entschieden. Der Formalismus treibt munter Blüten, die Früchte sind leider nicht genießbar.

(5) Es wäre schon viel gewonnen, wenn sich *alle Professoren in der Prüfungsordnung auskennen,* und sie bei ihren Bewertungen berücksichtigen würden.

Sich zur Wehr setzen, ist übrigens gar nicht so leicht und nicht jedermanns Sache. Bei der Anpassung an eine servile Unterwürfigkeit, verlernt sich das. Ihrer muß sich vor allem der Anfänger bedienen, wenn er überhaupt in den Bereich der Verwirklichung des Rechtes auf Information kommen will.

(6) Demjenigen, der sich ungerecht behandelt glaubt, bleibt oft nur der wenig angenehme Weg der Klage über die Verwaltungsgerichtsbarkeit. Die Scheu der Studenten vor diesem Schritt ist den „Verantwortlichen oben" wohl bekannt. Es erscheint daher wenig fair, wenn Probleme, die mit einigem Wohlwollen auf unterer Ebene geregelt werden könnten, auf diese Weise einfach abgeschoben werden. Wenn es überhaupt zu einem Prozeß kommt, wird er leider der studentischen Öffentlichkeit häufig vorenthalten. Unter den derzeitigen Verhältnissen ist kurzfristig vielleicht eine Lösung in der Schaffung einer unabhängigen Beschwerdestelle, in der Berufung eines sogenannten „Ombudsmannes" zu suchen (vgl. entsprechende Einrichtungen für die gesamte Öffentlichkeit, wie sie im Ausland, neuerdings auch für die Bürger Hamburgs, bestehen, und die den Beschwerden der Bürger gegenüber der Exekutive nachgeben; vgl. auch die Einrichtung des Wehrbeauftragten). An diesem Ombudsmann, der eine Art „vierte Gewalt" darstellt, und der ein uneingeschränktes Recht zur Information (mit Einsicht in alle Akten), zur Rüge und zur Klage hat, könnte sich jeder Student wenden, ohne gleich den Gerichtsweg wählen zu müssen. Allerdings wären einem solchen „Ombudsmann" auch nur begrenzte Möglichkeiten gegeben. Was die akademische Atmosphäre verdirbt, sind Mißstände, die zu beseitigen nur eine *Reform der Universität* imstande wäre.

„Das vertikale System unseres akademischen Bildungsbetriebes erzeugt von Stufe zu Stufe, vor allem bei den jüngeren, noch nicht geformten Menschen, Gefühle der Unterwürfigkeit und der Angst, die unvereinbar sind mit einer tiefer begriffenen akademischen Freiheit, die den ganzen Menschen meint". Die häufig einem geistig mündigen Menschen unwürdigen, mündlichen Prüfungen (zum Gaudi oder Gruseln der zuhörenden künftigen Examenskandidaten) sind ein Symptom dafür.

(7) Fragwürdig ist auch die *hohe Durchfallsquote,* mit der bewußt oder unbewußt der Massenandrang gesteuert werden soll, aber ohne nachhaltigen Erfolg — von volkswirtschaftlicher Vernunft oder einem Verständnis für des Einzelnen Schicksal gar nicht zu reden. Man macht es sich zu leicht, die Schuld immer nur in der Dummheit der Studenten zu suchen. Denn:

(8) Warum gibt es keinen *„Schwanz beim Examen,* oder zumindest *Zwischenprüfungen,* die Stoffandrang zum Examenszeitpunkt beseitigen? Warum schafft man keine mehrstufigen Abschlüsse, um zu verhindern, daß man nach zwölf Semestern und durchaus erfolgreichen Erwerb aller Seminarscheine schließlich bescheinigt bekommt, daß man zum Studium doch nicht tauge?

(9) Wer sein Examen dann doch geschafft hat, auf den wartet eine *besondere Überraschung:* er muß sich *mindestens ein Jahr gedulden, bis sein Diplom ausgefertigt wird.*

(10) Fragwürdig ist nicht zuletzt der gesamte *Lehrbetrieb.* Was die Verwendung moderner technischer Mittel anbelangt, so stehen wir in der Universität noch fast im Mittelalter. Der „Time-lag" auf dem Gebiet der Hochschuldidaktik ist fast eben so groß. So revolutionär es sein mag, was der Fachprofessor X aus seinem Gebiet vorträgt, so unterentwickelt ist der gesamte Lehr- und Bildungsprozeß. Vielleicht vermag unter den jetzigen Umständen eine offene *Vorlesungskritik* gewisse Abhilfen zu schaffen. Im übrigen verlagert sich die Stoffübermittlung mehr und mehr auf den Repetitor. An all diesem Nachhinken der Universität ist auch der oft enge Interessenkreis der Professoren, ihre Beschränkung auf ihr Fach, ihr mangelhafter Wille zum Engagement und zur Kooperation mit den Studenten in der Universität schuld.

Allerdings mit einer Kritik am deutschen Universitätsmythos und an der Hochschulverfassung ist es nicht getan. Die Krise der deutschen Universität hat tiefere Ursachen, die auch in der Struktur und der Einstellung. unserer Gesellschaft zu Bildungsfragen begründet liegen.

J. Schade

Filmstudio

Die glorreichen Zeiten des Filmstudios scheinennen zurückzukehren. Durch die Vorfinanzierungshilfe der Stiftung Studentenhaus wurde der Umbau der Filmvorführräume im Studentenhaus ermöglicht. Die neuwertigen Breitwand- und Cinemascopefilmvorführanlagen aus der „Camera" stehen als Landeseigentum dem Filmstudio wieder zur Verfügung und sind eingebaut. Das Programm wird reichhaltiger, die Finanzlage hoffentlich besser. Der Rektor der Universität hat durch eine großzügige Unterstützung von DM 10 000 den Kauf einer entsprechenden Leinwand ermöglicht.

Der Kurator, an den das Studio mehrmals herangetreten war, versprach sich ebenfalls an den Umbaukosten zu beteiligen; allerdings ist auf einen diesbezüglichen Antrag von Carlos Döbel noch keine offizielle Antwort eingegangen. Ein subalterner Angestellter gab lediglich eine telefonische Bestellung zum Ausbau der Vorführmaschinen, wies dabei aber die Geldfrage zurück.

Eine weitere Zusage gab der Kurator am 9. 5. 1967 und versicherte C. Döbel, daß zumindest ein Teil der Umbaukosten (ca. DM 6 000) noch dieses Jahr überwiesen wird.

Die Einweihung der neuen Anlage erfolgte am 6. 6. 1967 vor geladenen Gästen. Das laufende Programm wird am 7. 6. mit „Die Verachtung" (7,95 m nacktes Fleisch — Brigitte Bardot) begonnen.

er

Fahrschule E+E Hanslik
Civil-Ing.
6451 Dörnigheim am Main
Hermann-Löns-Straße 7
Telefon Hanau 9841930
6 Frankfurt/Main
Reuterweg 66
Telefon 725983

kabarett

establishment - kunst engagement

Ende April fand in Erlangen ein Kabarettfestival statt, bei dem es sich nicht etwa um eine „bayrische Eigenbrödelei oder um einen Abklatsch der Essener Kabarett-Tage" handelte, sondern um den Versuch ein Podium für die Avantgarde der Amateurkabaretts zu schaffen.

Es waren Profis und Kabarettkritiker eingeladen, die sich in Diskussionen mit den Aufführungen auseinandersetzten.

Zwei grundlegende Richtungen waren vertreten: das politisch hart – bis zur Agitprop – engagierte und zum anderen das mehr theaterorientierte und nicht so offensichtlich engagierte Kabarett.

Budzinski als Profi und „Floh de Cologne" auf der einen, Hans Dieter Hüsch und die „Freimaurer" auf der anderen Seite, dazwischen Henningsen, Autor der „Theorie des Kabaretts".

Einige theoretische Ansätze zum wohl engagierten, aber doch die differenzierte Satire suchenden Kabarett, vermittelt der nachfolgende Beitrag. fjg.

Bevor Konstruktives geleistet werden darf, gilt es die Frage „Was ist Kabarett?" in philologisch-historischer Manier zu erledigen. Klaus Budzinski hat das seine (in nunmehr drei Büchern) zur Begriffserklärung beigetragen. Er hat definiert und hergeleitet, die Abstammung vom französischen Chanson und den bewußten Lokalen mit den in ihnen servierten kalten Platten erklärt, und er hat auch gleich dort wo es anfing, die Sterilität des Kabaretts oder seine eigentliche Wirkungslosigkeit aufgedeckt.

Kabarett, so sollte es sich definieren lassen, ist der Satire, der Zeitkritik, ein Ausdrucksmittel und zwar im gesprochenen, gespielten, getanzten, gesungenen, gemimten, gezeichneten Wort. Der Begriff „Wort" gefaßt, als zur Sprache bringen im weitesten Sinne, als Artikulation, als Manifestierung der Gedanken. Die Anhänger des deutschen Kabaretts verbeugen sich vor den ehrfürchtigen Namen derer, die es geschaffen haben und derer, die es glauben verwalten zu müssen. Es ist noch jung, das Kabarett, die Schöpfer sind zum Teil noch Nachlaßverwalter (die Generation kaisertreuer Kabarettisten nicht berücksichtigend). Es gibt noch die Vorkriegskabarettisten und Nachkriegskabaretts.

Aber dieses Establishment ist in der Sackgasse – und zwar endgültig – gelandet. Über die Wirkung des Kabaretts zu sprechen scheint müßig, es hat eine; was für eine und eine wie große sei dahingestellt. Wo die Sackgasse sich wirklich auftut, ist auf künstlerischem Gebiet. Das Theater experimentiert, das Kabarett will missionieren. Es glaubt noch immer mit Aggressivität, Sex und Choreographie auskommen zu können. Das Wort ist das Wort und nur das Wort, denn darauf kommt es an. Die Aussage ist entscheidend und die Verpackung sollte nett sein. Das nennt sich dann Satire (eine Kunstgattung!) – wie sich auch die Mainzer Fernsehkarnevalisten als „Satiriker" bezeichnen. In diesem Zusammenhang seien Neuss und Rolfs bewußt ausgeklammert.

Unter Satire, von lateinisch satura, Schüssel mit verschiedenen Früchten, sei mit Verlaub etwas anderes verstanden, als es dieses deutsche Kabarett anzubieten hat. Damit soll nicht einzelnen Nummern der satirische und künstlerische Wert abgesprochen werden, was aber zählt, ist der Gesamteindruck. Was wird verlangt: kein abgestandenes kalauerndes Sprechkabarett, das sich der Bühne bedient, aber sich nicht deren Gesetzen unterwirft. Es genügt nicht den black-out Schalter zu kennen, einen Spot fürs obligate Chanson parat zu haben und Auf- und Abgänge zu beherrschen. Wenn sich die „Lach- und Schießgesellschaft" auf die Bühne stellt und spricht (und sie stellt sich sogar auf Opernhausbühnen), so wird sie eben diesen Gesetzen nicht gerecht.

Wer einen Text aufsagen will, auch wenn es noch so gekonnt ist, der soll in des Kabaretts Namen eine Lesung veranstalten oder sich auf eine Seifenkiste stellen, aber er soll nicht unter Berufung auf „Nudelbrett" und „Brettl" die Unfähigkeit oder Unwilligkeit zum Spiel zu kaschieren versuchen. Es ist keine Entschuldigung für die Kabarettisten, daß auch auf deutschen und anderen Theaterbühnen in erster Linie gesprochen wird. Auch hier sind es die Etablierten, die ein Theatermuseum betreiben. Einen Text spielen heißt nicht, die Regieanweisung befolgen: rechtes Bein, linkes Bein, Hände reichen. Das ist kein Spiel, sondern Bewegung und nicht einmal gute. Natürlich, es gibt beim Kabarett Gründe: Wenn Texter und Spieler identisch sind (oder waren), so sind es deswegen noch nicht Text- und Spielvermögen. Und wo Engagement in unkünstlerischer Art verlangt wird, da fehlen die Möglichkeiten oder Fähigkeiten zum Schauspielerischen. Daß die Conference eine, aber nur eine, Möglichkeit des Kabaretts darstellt, das ist inzwischen erkannt. Daß choreographische Illustration eines Textes nur aufgesetzte Bewegung bleibt, sollte auch einsichtig sein.

Es gibt Kabaretts die sagen, nur das sei es was sie wollten. Sollen sie zum Rundfunk gehen, sollen sie Rezitationsabende veranstalten oder das Licht in ihren Sprechbühnen ausmachen und das Publikum zuhören lassen; zu sehen gibt es doch nichts oder nur Ablenkendes.

Das Kabarett, wenn es Anspruch auf die Bühne stellt (!), muß spielen, muß Mimik, Gestik, Pantomime einbeziehen. Auch ungesprochener Text ist Text, auch nicht Stimme gewordenes Wort ist Sprache. – Es wird behauptet, theatergemäßes Kabarett könne nicht mehr richtig engagiert sein. Das engagierte Theater und das Kabarett der zwanziger Jahre beweisen das Gegenteil.

Die Kabaretts beklagen sich über falsche, ungenügende Publikumsreaktion. Deshalb, denn das Publikum muß angeblich geärgert, böse gemacht werden, versuchen es die Satiriker mit letzter Schärfe, mit Geschmacklosigkeit, mit härteren Texten, mit mehr Agitation, mit Schock, mit Dokumentation, mit allem. Was wird erreicht: nichts! außer daß von Satire und Kunst wenig übrigbleibt.

Es ist eine Illusion zu glauben, das Kabarett werde entscheidend zu einer politischen Änderung beitragen. Aber diese Illusion, obwohl als solche erkannt, wird liebevoll gehegt. Das Kabarett tendiert dazu, sich und das Publikum zu sterilisieren. Nicht plumpe Aufklärung sollte die Absicht sein, sondern Anregung zur Reflexion und zum Einsichtigmachen (zum Verstehen). Weniger wäre auch hier oft mehr.

Ein richtig verstandenes Ausspielen der Texte bietet Möglichkeiten: das Spiel kann den Text verkehren, ihn überhöhen und betonen. Es kann verfremden. Das Spiel kann die Sprache ersetzen. Nicht das Eindeutige ist Satire, sondern das Mehrdeutige. Nicht das Eindeutige regt zum Denken an, sondern das Mehrdeutige, auch das Schwerverständliche. Vorfabrizierte und dann eingeimpfte Lösungen – und wenn noch so schön in Gags serviert, rufen Gelächter, Schweigen oder mal ein Zischen hervor, aber zum nachträglichen Denken regen sie nicht an. Sie sind ad acta gelegt, kaum daß der black-out erfolgte.

Hier müßte dann eine soziologische und politische Kritik ansetzen. Unser konventionelles Kabarett (und konventionell ist es bis auf wenige Ausnahmen sowohl im professionellen wie im Amateurbereich) bewirkt das genaue Gegenteil von dem was es will: es wirkt reaktionär, antidemokratisch. Zur Demokratie gehört selbständiges Denken und eigene Entscheidung, und genau das wird hier nicht mehr verlangt. Zumal: „Im Kabarett, da darf man sagen was man will!" Und die Überzeugung im Bewußtsein, es sei wieder einmal gesagt worden, kann sich der Besucher zum rechtsstaatlichen Schlafwandel bereitmachen.

Das Kabarett beunruhigt nicht, es beruhigt. Und das sollte eigentlich beunruhigen.

Hansjürgen Rosenbauer

cellistin

busenfrei

Im Sommer 1965 veranstaltete die ‚studiogalerie' ein Fluxus-Konzert unter dem Titel „Neue Musik", realisiert von Charlotte Moorman, Cello, und Nam June Paik, Klavier. Die Aufführung begann damit, daß Paik seinen Zorn auf dem Klavier ausließ, um dann dem Publikum seine entkleidete Hinterpartie zuzuwenden. Charlotte Moorman verstand es ihr Cello mittels eines Kontaktmikrophons zu erotisieren. In einer andern Komposition ging sie vor dem Publikum im Nachthemd baden, um naß auf dem Rücken des Veranstalters ihr Cello zu strapazieren. Die Frankfurter Allgemeine Zeitung fand, es wäre zu wenig Happening gewesen, wohl weil der Zusammenhang zur verbindlichen Komposition im Gegensatz zu Happenings gewahrt blieb. Nahe an einem Skandal half man sich, indem man darüber lachte und den Anspruch, Musik zu sein, unterschlug. Im Sommer 1966 bemühten sich nun Charlotte Moorman und Nam June Paik ausdrücklich um eine neue Metaphysik. Skandalöse Scenen wie ein Strip-tease wurden jedoch vermieden, um die Stellung des Veranstalters nicht zu gefährden. Man sah sich gezwungen, den Begriff von Kunst, für den sie sich in ihren Darstellungen engagierten, an den des Publikums an einer Universität anzupassen. An das abstrakte Idol Kunst bzw. Musik wurden Konzessionen gemacht. Immerhin wurde das Publikum doch aufgefordert, Frau Moormans Kleid zu zerschneiden, so daß sich eine Zeitung genötigt sah, mit einem beachtlichen intellektuellen Aufwand einschließlich Adornozitaten zu beweisen, daß das nichts weiter als Jahrmarkt und Budenzauber sei. Nichtsdestoweniger erschien diese Kritik unter ‚Schauspiele'.

Am 28. Februar dieses Jahres wurde Charlotte Moorman, weil sie es wagte in einem New Yorker Time Square Theater halbnackt aufzutreten, von der Szene verhaftet.

Eine Frankfurter Tageszeitung, die die Aufführungen Charlotte Moormans in Frankfurt unbeachtet ließ, bezeichnet Frau Moorman nun als eine „begabte Künstlerin". In New York hat man Charlotte Moorman verurteilt, weil dem Richter in keinem Gedicht, in keinem Bild und auch nicht als Statue, eine nackte oder busenfreie Cellistin begegnet wäre. Daß ihm eine entkleidete Cellistin im Konzertsaal begegnen könnte, hat er nicht erwogen. Das aber gerade wäre als Intention von Charlotte Moorman anzugeben. Den Idealismus unserer Kunstinstitutionen im Licht der ‚Kaiserstraße' erscheinen zu lassen. S. Bartels

galerien

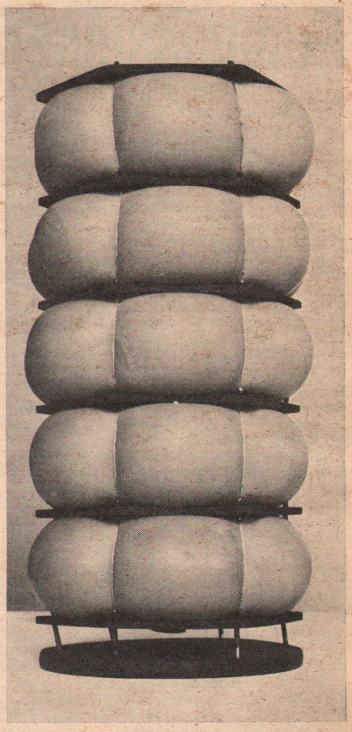
serien-formiert

Nachdem man daran gewöhnt war, daß in der bildenden Kunst die verschiedenen Kunstideologien sich ablösten, scheint man sich auf ein anderes Auswahlprinzip zu besinnen. Man begegnet hier und dort Ausstellungen, denen die Art und Weise des Machens oder des Materials von Bildern oder Objekten zugrundeliegt. Dieser Tendenz hat sich auch die Studio-Galerie der Universität angeschlossen.

Die Ausstellung *Serielle Formationen* greift eine Erscheinung auf, die sich in allen Kunstrichtungen als spezifische Machart beobachten läßt: *die serienmäßige Anordnung eines Elementes.* Was man nach dem Vorwort des Kataloges erwarten konnte, war einmal Kunst, die dadurch, daß sie Vorgänge und Produktionsweisen der Industrie aufgreift und an ästhetischen, nicht durch ihre Funktion determinierten Objekten demonstriert, sie zu desavourieren unternimmt. Zweitens eine Machart, die der Serienproduktion dadurch adäquat ist, daß sie einen Gegenstand technisch und ästhetisch reif macht für die Serienproduktion. Die Organisatoren der Ausstellung, *Peter Roehr* und *Paul Maenz,* sind offensichtlich bei ihrer Konzeption von der Serienproduktion der Industrie ausgegangen. Allerdings zeigt sich noch eine andere Auffassung des Signums *seriell.* Es wird darunter die Ordnung der Mikroelemente auf einem Bild oder in einem Objekt verstanden. Man hätte gewünscht, daß diese beiden unterschiedlichen Ausgangspunkte sichtbar als verschiedene Möglichkeiten formuliert oder in der Anlage der Ausstellung zum Ausdruck gekommen wären.

So bietet sie einen Überblick über fast alle Richtungen der zeitgenössischen Kunst. Da man sich aber festgelegt hat, nur die methodischen Merkmale zu demonstrieren, ohne zu verlangen, daß eine wirkliche serielle Konzeption vorhanden ist, begegnet man Künstlern, deren Arbeiten in der seriellen Technik nur Einzelstücke oder Zufallsprodukte sind, eben solchen, die eine serielle Konzeption anzubieten haben.

Wolfgang Schmidt verwendet Elemente aus Kunststoff, die vollkommen den industriellen Anforderungen genügen und die als Serie (bei ihm tritt der Fall ein, daß sich sowohl in der Ordnung, als hinsichtlich der Reproduktion eine Serie ergibt) nur einen ästhetischen, keinen technischen Zweck haben. Hier scheint der Ansatzpunkt einer immanenten Kritik in der Herstellung künstlerischer Objekte mit den Mitteln und nach den Bedingungen der Industrie gegeben. Mit einem ganz anderen Mittel – mit Schock – versucht *Christo* das Problem anzugehen. Mit seinen aufgestapelten Öltonnen beschränkt er sich auf die Demonstration. Eine Methode, die einer gewissen Nullpunktsituation in der Kunst einmal angemessen gewesen sein mag. Auf vergleichbarer Ebene bewegt sich *Konrad Lueg* mit seinen bedruckten Plastikfolien aus Versandhäusern. Er bemüht sich nicht mehr um die Anfertigung, sondern greift gleich aus der Serienfertigung der Industrie ein Element heraus. Auch hier scheinen die Mittel recht naiv angesichts der Bedrängnis, der sich eine Kunst mit serieller Konzeption ausgesetzt sieht. Diese wird besonders deutlich an den Arbeiten von *Charlotte Posenenske* und *Eberhard Fiebig.* Durch die Reduzierung auf allereinfachste Grundtypen und ein Minimum an formaler Gestaltung entstehen bei *C. Posenenske* Architekturelemente. Dadurch, daß hier praktisch die Mikroelemente eines möglichen Objektes selber als Objekt herausgehoben werden und dazu noch von denkbar einfacher Form sind, lassen sie sich beliebig seriell variieren. Allerdings bleibt unklar, warum diese Elemente überhaupt zur Serie kombiniert werden müssen! Die Forderung einer möglichst großen technischen Perfektion läßt sich bei einem so reduzierten Element, das nicht in einen größeren formalen Zusammenhang eingefügt zu werden braucht, relativ leicht erfüllen.



Eberhard Fiebig: Pneumatische Säule

Obgleich bei *Fiebig* oberflächlich betrachtet eine ähnliche Technik angewendet wird, geht es um ein anderes Problem. Hier wird versucht von einfachsten ebenen Figuren ausgehend, ein formal reich differenziertes Objekt zu schaffen. Daß die technischen Schwierigkeiten mit der größeren Differenzierung des Aufbaues wachsen, liegt auf der Hand. So blieben die Gebilde oft eher Denkmodelle, als daß sie eine ästhetische Alternative zu einem technischen Element darstellen.

Der Teil der Ausstellung, in dem *serielle Formation als Ordnungsprinzip der Mikroelemente* gezeigt wird, weist einen sehr viel größeren Grad an Zufälligkeit in der Auswahl auf. So demonstriert etwa ein einziges serielles Objekt von *Hermann Goepfert* wohl das Thema, zeigt aber zugleich seine Grenzen, wenn es sich bei ihm nicht darum handelt, daß hier ein formales Prinzip etwa auf seine ästhetische Realisierbarkeit systematisch untersucht würde, sondern um ein Zufallsprodukt. Daß hier die qualitativ besten Bilder hängen, etwa zwei hervorragende weiße Bilder von *Girke* – ihre Wirkung beruht wohl kaum in erster Linie auf dem Prinzip des Seriellen – spricht unbedingt gegen die Ausstellung, zeigt aber anschaulich, wo man die Grenzen des Themas hätte enger ziehen sollen. Hans-Peter Riese

neue beat-bühne

Von ihrer „Europatournee" (Stationen: Parma und Berlin) zurück, spielte die „neue bühne" nochmals ihre Verarbeitung des „Don Carlos". Als zusätzliche Attraktionen hatten die Regisseure Werner Kriegelstein und Uwe Scherer einige „living-Theatre-Effekte" und „Beat-zum-Ausklang" beigefügt. Grund für den Einsatz der Beat-Band: „Damit mehr Leute kommen!" Sie kamen. ro

Die Uni in der Tasche

Neu bearbeitet
ist soeben der

Hochschulführer

in 3. Auflage erschienen.
Erhältlich im AStA oder beim Pförtner
im Hauptgebäude

Für DM 2.– ein Semester sparen!

Ein Allegoriker der Lust

von Horst Albert Glaser

Die amoralischen Bilder Hans Bellmers sind Gegenbilder zur geltenden Moral der bürgerlichen Gesellschaft, indem sie zeigen, was in dieser nicht zu seinem Recht findet. Zum Kunstwerk werden seine intellektuellen Eroticismen, da sie die Wahrheit der Antinomie von Natur und Moral schockhaft verdeutlichen. Moral ist für das Kunstwerk eine außerästhetische Norm, denn in ihm finden Regungen Ausdruck, denen real die Norm Befriedigung versagt. *Jedes Kunstwerk ist eine abgedungene Untat*, schrieb Adorno, um dessen Amoralismus zu verteidigen, den es im Bild einfach ausdrückt und nicht mehr zu reflektieren hat. Im ästhetischen Ausdruck erinnert sich der Geist dessen, was nicht Geist, sondern wilde Natur ist, um nicht dem blinden Vergessen zu überlassen, was nicht sich vergessen läßt. Aber er will, wenn er sich von moralischer Borniertheit befreit, dies Barbarische der Natur nicht vergeistigen, sondern exhibitionistisch seine abgeleugnete Existenz offenbaren. Daß im Bereich des ästhetischen Scheins Bellmer dem anarchischen Naturtrieb Recht gibt, das die Moral ihm immer vorenthält, macht Bellmern eigentlich zum Wahlverwandten Sades.

Das Kantische Sittengesetz *Handle so, daß die Maxime deines Willens jederzeit zugleich das Prinzip einer allgemeinen Gesetzgebung gelten könne* ist für Sade ein Gesellschaftsvertrag, der diejenigen, die ihn abgeschlossen haben, allesamt übervorteile. Statt daß allgemeines Wohlergehen die belohne, die hierfür auf einen Teil ihres Interesses verzichten, nehme der Gesellschaftsvertrag im Gegenteil von jedem mehr, als er ihm gebe.

Die allgemeine Anarchie des Egoismus, die Sade postuliert, weil sie das allgemeine Wohlergehen mehr fördere als der Gesellschaftsvertrag, probiert Bellmer in den Konstruktionen des Sexus aus. Die ästhetische Konstruktion der unterschlagenen Natur, die nur im Sexualverbrechen zu verwirklichen wäre, kann kein Vorwurf der Barbarei treffen, denn sie zeigt dem Subjekt nur, was das Seine ist.

Daß dies heute noch öffentliches Tabu ist, hat moderne Malerei nicht abhalten können, es zu ihrem mehr oder minder offenen Thema zu machen. Von nicht geringer Grausamkeit als die gegenständlichen Bilder Bellmers sind die abstrakten Fontanas, in denen scharfe Schnitte den Bildkörper verletzten, oder die angesengten, zerrissenen Plastikhäute Burris. Sardonisch grinsen die verfaulenden Gesichter Bacons, in tachistischen Farbströmen auslaufend, dem eine verneinende Antwort entgegen, der ohne Harm vor ihnen nach dem Wesen des Normalen und Vernünftigen fragt. Sie haben es nie gesehen.

Waldberg und Jelenski, Bellmers Advokaten in Frankreich, haben auf die Konstante des Wahnwitzes, die sadistische Komponente in den Torturen der Puppe, eines künstlichen Mädchens, das Bellmer anfertigte, schon hingewiesen; für Sade, den „göttlichen Marquis" der Surrealisten, hat Bellmer mehrere Zeichnungen und Radierungen sich erdacht. Die Puppe war, wie Jelenski erkannte, das Modell der Illusion, die Wahrheit eines Lebewesens in seiner Agonie zu fassen, die imaginäre Möglichkeit, den Körper des Anderen wie einen Handschuh um- und umzuwenden. Den modus procedendi die Illusion zu verwirklichen, gibt Sade in der *Neuen Justine* an:

Schone sie nicht und habe keine Angst, du könntest die Natur verletzen. Die Bocksdirne hat dafür gesorgt, daß das Vergnügen jenseits der bekannten Grenzen liegt. Nur wenn man diese Grenzen überschreitet, die uns die Natur nach Ansicht von Dummköpfen gesetzt hat, kommt man richtig zum Genuß. Ohne Verbrechen keine Wollust. Ha! Wie sie doch für unsere Vergnügungen arbeiten, diese törichten Gesetzgeber, die sich anmaßen, den Menschen Gesetze zu geben: Sich einen Dreck darum kümmern und die Gesetze alle verletzen, mein Freund, das allein ist die Kunst zu genießen . . .

Um Einblick in das Innere der begehrten Körper zu bekommen, das wirklich nur der Mord freilegen könnte, hat Bellmer bei der ersten Konstruktion der Puppe Ende der zwanziger Jahre ein kleines bewegliches Panorama im Bauch untergebracht. Duch den Nabel sah der neugierige Liebende bunte, elektrisch beleuchtete Bilder, die bei einem Druck auf den Knopf der linken Brust sich fortbewegten und die *verhaltenen Mädchengedanken entblätterten.* Sie desillusionieren: die Ansichten des geöffneten Inneren sind banal: ein Schiff, das im Eis des Polarmeeres versinkt, Taschentücher mit dem Auswurf junger Mädchen, Zuckerwerk und anderes. Die Lust, die alles erfahren wollte, sieht sich für ihre Mühen kärglich nur belohnt.

Die Photos, die Bellmer von seinen Puppen gemacht hat, gleichen den geheimen Aufnahmen, die verstohlen von einer Hand zur anderen gereicht werden. Der ingeniöse Einfall, die Puppe nicht auszustellen, sondern in berechneten obszönen Posen zu photographieren, dokumentierte ihre Unerreichbarkeit, die Bellmer ihre Reserviertheit trotz grenzenloser Gefügigkeit genannt hat. Auf den Photos erscheint die Puppe von dem Blickpunkt des voyeurs aus gesehen, lüstern und doch entrückt, erstarrt wie eine Pornographie, wenn die Befriedigung eingetreten ist. Kaum könnte sie ihr zur Vorlage dienen. Die strenge, formelhafte Komposition, der die Bilder des entarteten Sexus unterworfen sind, das Surplus an Deformation, das sie zeigen, geben dem Blick des Betrachters keine intakte verheißungsvolle Weichheit preis, in die der erotische Wille eindringen könnte. Die Photographien dieser zweiten Puppe vereinigte Bellmer in dem Band *Die Spiele der Puppe*, Prosagedichte Paul Eluards begleiteten sie:

Nie hört man sie von ihrem Land, von ihren Eltern sprechen. Sie fürchtet eine Antwort des Nichts, den Kuß eines Mundes. Die Flinke und Befreite, die Leichte, schon Mutter als Kind, wirft den Mauermantel ab malt den Tag in ihren Farben. Sie erschreckt die Tiere und die Kinder. Sie macht die Wangen bleicher und das Gras grausamergrün.

Behandelt Bellmer den weiblichen Körper wie ein Anagramm, das er bis in seine Buchstaben zergliedert, damit sich in einer endlosen Reihe neuer Anagramme fugt, was er in Wahrheit enthält, so war die *Puppe* dennoch für den, der ihr sich zu nähern versuchte, in sagenhafte Distanz entrückt. Gerade ihr dividierter, subtrahierter und multiplizierter Körper bestand auf seiner einmaligen Existenz, hatte ihn auch das Begehren nach seinem Bilde geformt. Das Begehren selber blieb außerhalb dieses greifbaren Dinges, zu dem es sich objektiv entäußert hatte. Die Identität von Begehren und Begehrtem ist Bellmer erst in der Zeichnung gelungen. Die ungebundene Linie fand, was der Widerstand des kompakten plastischen Materials versagte: die anatomische Vereinigung des männlichen und des weiblichen Organismus und ihre komplexen, mehrschichtigen Metamorphosen. In den zehn Kupferstichen *à Sade* gehorchen Männerbildnisse dem Zeichen der Vulva, ragt zwischen zärtlich umschlungene Frauen das männliche Geschlecht. In der *Anatomie des Bildes* einer phänomenologischen Theorie seiner Arbeiten, erläutert Bellmer die androgynen Projektionen:

Wahrscheinlich überlegte man bisher nie ernsthaft genug, wie weit das Bild der begehrten Frau vom Bilde des Mannes her bedingt ist, der sie begehrt; daß es letzten Endes also eine Reihe von Phallusprojektionen ist, die progressiv von einem Detail der Frau zu ihrem Gesamtbild gehen, derart, daß der Finger, der Arm, das Bein der Frau das Geschlecht des Mannes wären — daß das Geschlecht des Mannes das in den prallen Strumpf gezwängte Bein der Frau wäre, aus dem der Schenkel hervorschwillt — daß es das eiförmige Paar der Gesäßrundungen wäre, aus dem die leicht zurückgezogene Wirbelsäule ihre Spannung empfängt — daß es die doppelte Brust sei, die am gestreckten Hals oder frei am Körper hängt, — daß es endlich die ganze Frau sei, sitzend mit hohlem Kreuz, mit oder ohne Hut, oder aufrecht stehend.

Wie der Zwitter, da er die Vereinigung von Begehren und Begehrtem vorstellt, eine summa der Lust ist, so summieren sich verwirrend in den Zeichnungen alle anatomischen Details. Mit ihrer simplen Darstellung, wie die Pornographie sie pflegt, gibt sich Bellmer nicht zufrieden. Die Lust verlangt mehr von ihrem Objekt, als es selber zu sein, bloße Genitalität, einfache Befriedigung. Was die Zeichnungen enthüllen, ist ein unbesessenes Reich polymorpher Sexualität, das sich inkarniert in einem Körper, der jede Zone in ein sexuelles Organ verwandeln kann, um sich in ihm vervielfacht zu genießen. Die Körperbilder fluktuieren in einem Liniengewebe, dessen Linien ihre stetig sich umwandelnde Kontur bilden, in der sie für einen Augenblick stillstehen, bevor sie in ein neues Bild übergehen. Solche schichtenweis sich durcheinander bewegenden Wahrnehmungen vermochten allein sich auszubilden, hingegen nicht in der Plastik, deren räumliche Bestimmtheit und Dinghaftigkeit ihr unveränderliche Eigentümlichkeit gab. Das Schema solcher utopischen Konstruktionen ist das Vexierbild. Damit der Körper sich vervielfachen und doch einer bleiben kann, müssen die Konturen seine Teile sich überlagern, mehrdeutig werden, die Linie, die sie bezeichnet, zu einer Begrenzung nach mehreren Seiten hin, Umriß des einen und anderen Gliedes zugleich. So entstehen zwischen den geöffneten Schenkeln eines sitzenden Mädchens, das sich betrachtet, eine Frau, deren Brüste das Gesäß des Mädchens, deren Arme seine Beine sind, die eine das andere umfassen.

Über den in Metamorphosen verschlungenen Gliedern und Körpern erhebt sich die allegorische Idee der wütenden Lust. Sie erpreßt von den Leibern die Aufgabe der Identität, vertauscht ihre Teile so lange miteinander, bis die Requisiten sich zur befriedigenden Lösung gruppieren. So spiegeln sie den Terror, in dem es ihr gelang, sich das Stadium absoluter Freiheit im ästhetischen Moment zu erobern. Ihr wird alles zur Allegorie. Unter ihrer Last erstarren die arcimboldischen Köpfe der *Mille Filles* oder keuchen, von Speichel und Sperma überronnen, wie in den Illustrationen zu Batailles *Madame Edwarda.*

Die Körperknäuel, zu einem Kopf formiert, sind das imaginäre und wahre Porträt der Lust, die sich durch die Spalte der Augenlider böse selber als ihren Peiniger erblickt. Es zeigt, wie sie, vom Triebverzicht befreit, in einem hyperbolischen actus ausschweift. Anarchistische Phase einer *Révolution surréaliste:* der Titel, den die Surrealisten ihrer Zeitschrift in den Jahren 1924 bis 1929 gaben.

Bellmer zeichnet seine halluzinatorischen Trugebilde, seine bewußten Tagträume in einer strengen, altmeisterlichen Technik. Wie Maler des Mittelalters und der Renaissance ihren Zeichnungen gefärbtes Papier zugrunde legten, benutzt Bellmer häufig braune oder graue Blätter und erhöht die Fixpunkte der Zeichnungen mit Weiß. Die konservative Malweise ist allerdings durch ihr Sujet pervertiert. Aus dem soliden, präzis gezogenen Liniengewebe, das wie eine Galvanoplastik den verzerrten Körper überzieht, zucken elektrische Schläge. In der Spannung von traditioneller Form zu fremddem Inhalt erwächst diesem ein höheres Potential, als er an sich besäße. Überscharfe Deutlichkeit, die mehr zeigen will, als zu sehen ist, charakterisiert die Linienführung, kein impressionistisches Andeuten oder plumpe Stilisierung. Der raffinierte Realismus erst erteilt den artifiziellen Phantasien das Stigma des Wahren.

Dem Zug der Linie zur geometrisierenden und ornamentalen Form hat Bellmer hin und wieder nachgegeben. Kreisende Kurven und schwingende parallele Bänder umschreiben den geometrischen Ort der möglichen Bewegungen und Veränderungen, ohne daß sie selber als einzelne länger ansichtig wären; abgeschliffen in beständiger Permutation erscheint nur noch die Summation des Umrisses der Glieder in den großen, einfachen sich wiederholenden Ornamenten. Die Kahlheit solcher Abstraktionen hat Bellmer nicht häufig gefesselt, seine Liebe galt mehr dem minutiös durchzeichneten Detail, seiner es liebkosenden Vergegenständlichung.

Die Schule seiner Virtuosität waren die Zeichnungen Albrecht Altdorfers und Hans Baldung Griens, wenn auch die schwelgenden Kurven und streichelnden Wellenlinien zum Jugendstil Beardsleys zurückleiten. Daß der Realismus der Alten von Bellmer zum trompe- l'oeil der Teile verzogen wurde, hat mit diesem Realismus nicht nur selber Ernst gemacht, sondern auch seine einzige Verwendbarkeit heute erkannt. Der Realismus fungiert allein noch als Arsenal für die Darstellung des bisher nicht Gesehenen, das, durch ihn zitiert, die nicht vorhandene Möglichkeit dem Scheine nach realisiert.

●

Bellmer-Retrospektive in Hannover

Vom 28. April bis zum 4. Juni zeigt die Kestner-Gesellschaft in Hannover die erste Große Bellmer-Retrospektive in der Bundesrepublik. Zu der Ausstellung die fast zweihundert Zeichnungen umfaßt, ist ein umfangreicher Katalog erschienen. Im Vorwort legt Wieland Schmid, der Direktor der Kestner-Gesellschaft, einen Auszug aus einer in Vorbereitung befindlichen größeren Arbeit über Bellmer vor. Zur gleichen Zeit zeigt die Galerie Brusberg, ebenfalls in Hannover das grafische Werk Bellmers, das einen verhältnismäßig geringen Umfang hat. Die Retrospektive wird noch in zwei weiteren Städten gezeigt werden. Im Anschluß an Hannover ist die Ausstellung im Kunstverein in Berlin zu sehen um dann in die Galerie W. Ketterer nach München zu gehen.

Zur Rückseite

Heijo Hangen, 1927 geboren, lebt in Koblenz. „Meine Arbeiten sind tektonische Bilder mit konstanten Bildformen in statischer Ordnung. Waagrechte, senkrechte und rechtwinkelige Diagonale sind die Formumgrenzungen. Bildnerischer Ausgangspunkt ist das Quadrat. Beide Quadratflächen werden durch eine in drei Richtungen sich ändernde Diagonale in zwei gleiche Formpaare geteilt. Unveränderlich bleiben sie in der Wandlungsfolge neuer Bildentstehung erhalten."

buchkritik

Episches Panoptikum

Episches Theater Herausgegeben von Reinhold Grimm Kiepenhever & Witsch, Köln-Berlin 1966. 481 Seiten. DM 22,80.

Die Rezension eines wissenschaftlichen Sammelbandes stellt besondere Probleme. Da die bemerkten Ungereimtheiten und Fehler nicht exakt wissenschaftlich bewiesen werden können, muß sich der Rezensent darauf beschränken, durch wenige Anmerkungen die Ergebnisse bzw. die Methoden der Autoren zu kommentieren.

Der Sammelband *Episches Theater*, ausgewählt von Reinhold Grimm, beschränkt sich nicht auf Brecht. Zwei Beiträge untersuchen die Vorgeschichte des Epischen Theaters (also vor Brecht), fünf Aufsätze beschäftigen sich mit Brecht, drei weitere fußen auf Brechts Arbeiten und versuchen theoretisch einzuordnen. Der zweite Teil läßt sechs Wissenschaftler die durch das Epische Theater aufgezeigten Möglichkeiten einer neuen Dramatik untersuchen. Den Band schließen drei Arbeiten über die Situation des modernen Theaters ab, wie sie sich bei, neben oder nach Brecht darstellen sollen (Vgl. P. 10). Ich schließe mich in der Kritik diesem Schema an.

Reinhold Grimm eröffnet den Band mit *Naturalismus und episches Drama.* Er beschäftigt sich ausgiebig mit dem Naturalismus, untersucht sehr genau von Zola über Hauptmann bis Brecht und kommt schließlich zu dem nicht sehr überraschenden Schluß, daß zwischen der Epik des vorbrechtschen Theaters und der brechtschen eine große Lücke klafft. Diese Feststellung ist aber aus einem Grunde nicht unwesentlich, weil sie aufgrund der genauen Arbeit leichtfertige Spekulationen über Brechts Beeinflussung durch Realismus und Naturalismus des 19. Jahrhunderts und beginnenden 20. zerstört. Gleichwohl wird die literaturgeschichtliche Bedeutung dieser Stilformen nicht außer acht gelassen. Der zweite Beitrag von Ulrich Weisstein *Vom dramatischen Roman zum epischen Theater*, der die Einflüsse Brechts durch seine literarische Umgebung untersuchen will, ist ungleich schwächer. Seinem Stoff gemäß hypostasiert er recht unwesentlich Tatsachen bei der Untersuchung von Brechts literarischen Zeitgenossen.

Die fünf folgenden Beiträge zeigen in ihrem Kontrast besonders viel auf. Ins Auge stechend ist der Aufsatz von Margret Dietrich *Episches Theater?* Aufnehmend die Überschrift von Julius Babs 1929 erschienenem, fraglos indiskutablem Aufsatz wird über das epische Theater geschwätzt. Ein fader Begriffsapparat produziert Ungereimtheiten am laufenden Band. Ausgehend von einer dubiosen *Psychoästhetik* und der dubiosen Aneignung einer dubiosen Existenzphilosophie wird hier gegen Brecht argumentiert. Einige ausgewählte Zitate, die in einem literaturwissenschaftlichen Anti-Büchmann gehören, sprechen für sich:

Tragödien, die eine absolute Illusionierung des Zuschauers erstreben, setzen stärkere Nerven voraus, als sie in unserem Jahrhundert, das sich selbst als nervös empfindet, anzutreffen sind. (P. 101)

Lassen wir uns doch nicht von Bert Brecht und seiner dialektisch verbrämten Theorie bluffen! (P. 115)

Ohne eine auch nur oberflächliche Kenntnis von Marx, Engels, Korsch, Lenin und einigen anderen kann, wenn auf diese Art kritisch zu Brecht gesprochen wird, nur Unsinn entstehen. Das Traurigste ist dann, wenn hier nicht einmal der selbst ins Feld geführte Aristoteles beherrscht wird. Dagegen stehen die sich auf formale Analyse berufenden recht guten Arbeiten von Joachim Müller und Andrzej Wirth, die zu diskutieren sind. Besser noch, da wirklich auf Brechts Erkenntnisse eingehend, Hechts *Brechts Weg zum epischen Theater*. Nur scheint mir der *proletarische Klassenstandpunkt* zu unkritisch vorausgesetzt zu sein. Die Einführung des subjektiven Faktors (der gesellschaftlichen Umwälzung) in Brechts Werk wird allzusehr aus *weltanschaulicher* Sicht kommentiert, die den Blick auf Brechts Werk etwas verschiebt. Wird bei Müller der *Humanist* Brecht etwas vorschnell gefeiert, so hier — zwar nicht in demselben Maße — die *weltanschauliche* Einsicht Brechts. Als Maß für alle Arbeiten bleibt Benjamins *Was ist das epische Theater?* Dieser kommentierende Beitrag dürfte neben den in diesem Band nicht erwähnten Aufsätzen Blochs *Verfremdung, Entfremdung*, Adornos außerordentlich ambivalenten *Engagement* und einigen Anmerkungen Hans Mayers das Wichtigste sein, was zu Brecht gesagt worden ist. Schon die lapidare Voraussetzung der kritischen Kenntnisnahme der Probleme materialistischer Ästhetik schafft neue Möglichkeiten. Sicher müßte von einer neuen Kritik an Brecht verlangt werden, den allzu apologischen Charakter des Benjaminschen Kommentars aufzugeben.

Die beiden nächsten Abschnitte (Franzen, Martini, Königshof, Szondi, Kesting, Hinck, Crumbach, Klotz, Henel) stützen sich auf die formale Analyse. Hinck weist auf die Möglichkeiten einer formalen Untersuchung hin: „Alle Vergleiche zielen . . . auf Analogien, durch die das jeweils Besondere nicht angetastet wird" (P. 316). Genau das müßte aber von einer wissenschaftlichen Analyse zu verlangen sein, daß sie nämlich das Besondere eines literarischen Produktes zu begreifen versteht. Nicht Analogien allein, sondern vor allem Widersprüche erklären das, was im Werk enthalten ist. Von diesem Gesichtspunkt aus ergeben sich die enttäuschenden Ergebnisse der übrigen Arbeiten. Crumbach z. B., der die strukturelle Analyse von allem *Pragmatischen* reinhalten will (P. 349/50), zeigt wie dieser Formalismus als wertfreie Ideologie sich aufblähen kann. „Episches Drama, d. h. kontrastierendes Drama" sagt Crumbach verallgemeinernd, „begreift Menschsein als den ewigen Prozeß der Suche nach dem verschwundenen Urbild . . ." (P. 373). Diese dürren Abstraktionen bestimmen fast alle übrigen Beiträge, sie liegen aber in der Natur der allgemein propagierten sogenannten *unideologischen* Methode. In *Dialektik der Natur* wurde damals zu den Naturwissenschaftlern gesagt, was sich viel besser heute auf die Literaturwissenschaftler anwenden läßt: *Da sie aber ohne Denken nicht vorankommen und zum Denken Denkbestimmungen nötig haben, diese Kategorien aber unbesehen aus dem von den Resten längst vergangener Philosophien beherrschten gemeinen Bewußtsein der sogenannten Gebildeten oder aus dem bißchen auf der Universität zwangsmäßig gehörter Philosophie oder aus unkritischer und unsystematischer Lektüre philosophischer Schriftsteller aller Arten nehmen, so stehen sie nicht minder in der Knechtschaft der Philosophie, meist aber leider der schlechtesten . . .* Einzige rühmliche Ausnahme bleibt Szondis schon bekannter Aufsatz *Das Drama*, der von Hegels Ästhetik ausgehend, nicht ganz — auch in der formalabstrakten Analyse — den Reichtum der literarischen Produktion aus den Augen lassen kann.

Für die Beiträge von Gassner und Büdel gilt mehr oder weniger das schon zur formalen Methode Gesagte. Entweder ergeht man sich in Deskription (Gassner) oder man wird pseudophilosophisch, d. h. ideologisch (Büdel). Die schlechteste idealistische Lügenphilosophie kommt noch einmal auf der Stute der Idee der Form herangeritten und läßt sich willig von mageren, armseligen *Werten* (P. 434) begatten. Die Besonderheit des literarischen Produkts wird in schlechte Pegasus-Mythologie aufgelöst. Als Korrektiv für diese nachbrechtschen Analysen steht am Schluß des Bandes Adornos *Versuch, das Endspiel zu verstehen.* Dieser hervorragende Aufsatz macht den Literaturwissenschaftlern vor, was ihnen immer wieder gezeigt werden muß, bis sie endlich ihre eigene Methode zu reflektieren gelernt haben. Das soll nicht heißen, daß Adornos Arbeit unkritisch hingenommen werden muß. Sie zwingt zur Kritik und wie jede außerordentliche Darstellung zum notwendigen „Gegenentwurf", der die Widersprüche und somit erst die Möglichkeiten des Begreifens bloßlegt.

Als letztes: ein Wort zum *Sammelband.* Vordergründig wäre zu fordern: bessere Einführungen der Autoren und Aufsätze, bessere Anmerkungen. Doch diese Kritik greift zu kurz. Das Konglomerat eines Sammelbandes gewährt keine stringente Darstellung eines schwierigen Problems, wie z. B. das des epischen Theaters. Ein Gemisch von Autoren, deren Vorverständnisse methodologischer, philosophischer und sogar ideologischer Art nicht von ihnen selbst vorgestellt und in einer umfassenden wissenschaftlichen Analyse angewendet werden können, kann nicht eine methodologisch klare Arbeitsweise ersetzen, die literarisches, historisches, philosophisches und soziologisches Wissen in einer Analyse vermitteln kann. Ein Versuch, der die Produktion und das Produkt praktisch-konkret wie theoretisch zu erfassen sucht, macht die Literaturwissenschaft erst zur Wissenschaft. Ausgehend von dieser Kritik möchte ich behaupten, daß der Sammelband *Episches Theater* als wissenschaftlicher Gebrauchswert nur wenig leistet. Die guten Beiträge (wie etwa Szondi, Hecht, Wirth, Benjamin, Adorno) können anderswo genau so gut oder gar besser nachgelesen werden. Für den, der selbst wissenschaftlich auf diesem Gebiet zu arbeiten versucht, kann dieser Band nur als Museum dienen, was alles so über Episches Theater gesagt worden ist.

Detlev Claussen

Frankfurt a. M., Goethestraße 1 (am Goetheplatz), Telefon: 23633 und 25246

Fachbücher aus allen Gebieten: Jura, Wirtschaftswissenschaft, Technik, Medizin, Naturwissenschaften

Universitätsbuchhandlung

Blazek & Bergmann

Alte Neuigkeiten

Peter Rühmkorf Über das Volksvermögen Exkurse in den literarischen Untergrund. Rowohlt Reinbek 1967. 291 Seiten. DM 19,80.

Die *Exkurse in den literarischen Untergrund* wollen eine ganze Reihe von Versen zur Literatur schlagen, die sie nie ganz verloren und nie ganz gewonnen hat; die aber im Alltagsleben ein ebenso lautes wie verschwiegenes Leben fristen. Das Paradoxon erklärt sich aus privater und öffentlicher Zensur, die als renitent, vulgär und obszön abtut, was nicht nach Volks- und Kindermund, sondern nach Maul klingt; Maul und Mund sind aber weitgehend identisch. Der Sammler der Widerreden, selbst Spezialist im Gegengesang, hat das zum Druck gegeben, was sonst geflissentlich nicht aufs Papier kommt. Zweckmäßig und der Sache entsprechend hat er „Volksgeist", „Volksvermögen" und „Volk" strapaziert, um Volkswartbünde gewahr werden zu lassen, daß Literatur dort, wo sie, angeblich unkünstlerisch, nicht repressiv in den Chor der Saubermänner und Sauberfrauen einstimmt, näher am „gesunden Volksempfinden" ist als dessen Wärter. Solche Kinder- und Volkspoesie, die nicht mitwebt am Mythos vom glücklicher unschuldiger Kind- und Volksnatur, solche Demonstration der „Gesundheit", von der Zote bis zum politischen gereimten Witz bietet den Kennern, sofern sie das Buch anschauen, vermutlich nichts Neues. So real die „gesunden" Verse sein mögen, so viel historisch und aktuell das Recht der Zoten und der despektierlichen Widerrede zu betonen ist, der ausführliche Kommentar ist nur mit einem Augenzwinkern ernst zu nehmen; es wäre besser ihn leicht zu nehmen. Die „Gesundheit" der Volkspoesie ist morbid und dekadent wie kaum ein literarisches Bubenstückchen. Nicht erst mit der Romantik, die feudale Selbstverständlichkeiten in die Problematik des „Volks" aufzulösen begann, kennt die Literatur „niedere Arten", mit der Formation aber der einen, bürgerlichen, gleichgearteten Gesellschaft, wird das „Niedere" nicht mehr nur literarisch als Literatur für einen Gesellschaftsteil relevant, sondern auch fixiert und zwar juristisch. Was Rabelais schreiben konnte, verbot sich seither durch den kodifizierten bürgerlichen Anstand. Doch seit Novalis, der „Sauereien" notierte, seit Rimbaud und Freunden, von denen Dunkles an den Tag kam, seit einem *Panier aux Ordures*, von Joyce nicht ganz zu schweigen: diese „Volkstümlichkeit" versuchte die Literatur gerade in der bürgerlichen Welt, die immer hygienischer und sauberer wurde, zu retten, die nun als Untergrund figuriert. Um ihn zu verstehen, erläutert der Kommentar zum „Volksvermögen", „soziale Funktion" der Verse.

„Nicht zuletzt der Aggressionstrieb" soll es sein, der das Bild von Tugend und folgsamer Bravheit korrigierend verwischt. Es wird der Finger verteidigt, mit dem die Versemacher nicht an Genitalen spielen durften und mit dem sie sich nun pädagogisch selbständig ihre Realität abzählen, die unter der Hand in „hohe" Verlogenheit und „niedere" Wirklichkeit auseinanderfiel. Über Rühmkorfs Gebrauch psychoanalytischer Termini wäre manchmal zu streiten. Die lehrhafte Kommentierung gerät ab und zu komisch, überhöht, verfällt dann auch wieder in den Ton der Verse, der wirklich besser klingt als „Anliegen, Volksgeist, Kultur kreis" etc.

Die Unmittelbarkeit der Interpretation im Ablesen von Verhaltensweisen ebenso wie die der Erklärung zu Literatur tun den Versen schier Unrecht. Der Witz, der hier auch den Versmechanismus bewegen soll, „dient entweder dem Lustgewinn oder er stellt den Lustgewinn in den Dienst der Aggression" (Freud) — er bedeutet auch Rühmkorfs Interpretation viel. Vorsichtig verschiebt er jedoch den Akzent von individueller Bedeutung auf soziale Funktion, so als ob die sehr vertraulich und heimlich gesprochenen Versehen tatsächlich den „vorbewußten Faktor" zum Bewußtsein erhoben hätten. Die Aggressivität und rüde „Unart" paßten aber nur allzugut auch den Individuen der sauberen Gesellschaft sich an. Denn „den Boden seelischer Gesundheit" (Freud) verlassen die Versemacher in der Tat meist nur unfreiwillig; sie verteidigen verkehrt herum die „Gesundheit", bewegen sich im „Normalen". Das gelte, so Rühmkorf, für den hier ausgeklammerten — Toilettenvers, der sich eher hygienisch aufspiele. Aber der „asoziale Eros" entspricht wie das heimliche, so heimliche Fluchen sozialen Interessen, hat konservative Funktionen; auffallend zum Beispiel, daß erotische und politische Versehen (Militärzynismus häufig) explizit „männlichen" Charakter zur Schau tragen. Die renitenten Parodien haben doch vorwiegend — und gerade literarisch — reaktive Züge, schon dadurch sehen sie im literarischen Habit recht unglücklich aus.

Die Apologie der „Schweinerei", die von Rühmkorf ganz und gar nicht mit der einer moralisch verlogenen Gesellschaft verwechselt wird, kann eine Nähe zur Brutalisierung kaum vermeiden. Brutalität und Aggressivität, Enttäuschung und Bitterkeit können schwerlich literarisch frisiert und parfümiert auftreten, ihr Gesicht ist entstellt, ihre Rede stammelnd, kein deutliches Nein, eher ein Ja aber zu dem, was an Sexualmoral Reklame, Schlager und autoritärem Gebaren den Versemachern geschieht — **ein vulgärer materialistischer Einspruch gegen herrschaftlichen Idealismus, von diesem nicht befreit.**

Rühmkorf hat die literarische Tradition, solche Einsprüche zu verarbeiten, selbst fortzusetzen versucht. Zur Tradition gehören schon die Surrealisten, gehört Brecht und mancher andere. Auch auf ihrem nicht „literarischen" Gebiet ist die Sammlung bewußt fragmentarisch. Aus der differenzierenden Einordnung sind (schon gerichtsnotorisch gewordene) Wirtinnenverse, Schnoder (Schnader) hüpfln, Schüttelreime gefallen. Gewiß müssen die Ansprüche bei einem solchen literarischen Versuch zunächst gering bleiben; denn der Sammler redet ja auch zugunsten derer, die meist nicht mit Literatur zu tun bekommen. Interessant wäre aber zu verfolgen, warum die „Entlarvung meist über eine botanisch sublimierte Metaphorik sich vollzieht"; vielleicht, wie französische Untersuchungen zu einem ähnlichen Thema zeigen, weil hier ein verdinglichendes Bewußtsein nur reagiert. Eben deshalb ist der von Rühmkorf besungene „Widerstand" vielleicht so schwächlich.

Die mit Recht kritisierten Volkstumsforscher übergingen Unannehmlichkeiten. Allerdings gibt es durchaus akademische Gegengesänge (in *Akzente* 4/1960 wies W. F. Leonard darauf hin). Ch. Tschopp vermerkte erst kürzlich einiges zu Volkssprüchen, auch über „recht realistische und ungenierte Verse" (*Neue Zürcher Zeitung*, 11. 3. 1967). Zu Schlagern gaben viele Beatstrophen inzwischen parodistisch einschlägig Antwort. Aber die sehr stille reaktive Art der Verse verliert durch Lautstärke, wird schreiendes Flüstern. Diese Parodien als „so etwas wie die Psychoanalyse des kleinen Mannes" zu verstehen, hieße schon zu viel vom „Regreß auf die Zote" zu erwarten; dazu sind die Verse zu verzweifelt obszön, zu ordentlich abwertend, zu heimlich rebellierend. Den Untergrundpoeten geht es ähnlich wie dem Reimhelden: „Da liegt der Bur / mit zerschossener Uhr / und keiner sagt ihm die Zeit."

D. H. Wittenberg

Zaghafte Prosa

Gabriele Wohmann: „Erzählungen". Verlag Langewiesche-Brandt, Ebenhausen bei München 1966. 144 Seiten. DM 12,80.

Gabriele Wohmanns üngste Veröffentlichung — *Erzählungen* überschrieben — versammelt fünfzehn Geschichten und Miniaturen — also Kurzgeschichten — aus den Jahren 1956 bis 1966: mit *Ein unwiderstehlicher Mann* hatte die Autorin 1957 in der Zeitschrift *Akzente*, mit *Die Verabredung* 1960 vor der *Gruppe 47* auf deren Aschaffenburger Tagung debütiert. Auch die neueren Stücke sind zum Teil schon vorveröffentlicht und bekannt — das Ganze eine Art Bestandsaufnahme also, zu Buch geschlagener Querschnitt durch ein erzählerisches Talent. Kein Zweifel, Gabriele Wohmann versteht sich aufs Handwerk dse Prosaschreibens; auch dort; wo sie die Bahn konventionellen Erzählens verläßt und moderne Stilelemente aufgreift, setzt sich ihr eigenes Temperament durch, behauptet sich ihr Wille zu eigenen Strukturen. Dennoch liegt die Klammer, die alle ihre Geschichten untereinander verbindet, weniger im Formalen als in einem Sentiment, das vom Verlag mit „Gefühle wach rufen", „schmerzenden Sehnsüchten, täppischem Aufbegehren" und „zaghafter Mitmenschlichkeit" umschrieben wird. „Das hatte jetzt alles keine Beziehung zu ihm", lautet ein für Gabriele Wohmann typischer Erzähleingang: ähnlich wie hier wird immer wieder in ihren Arbeiten der Abbruch eines Kontakts konstatiert oder kühl festgestellt, daß es zu einem solchen gar nicht erst gekommen ist. Vor allem das Liebesmotiv muß herhalten, diesen desolaten Zustand zu artikulieren, der jedoch mehr in den Verhältnissen angelegt scheint, als daß irgendeine Schuld der Figuren seine Ursache wäre. — „Doch blieb das aus, was sie Kunstgenuß nannte", heißt es von einer dieser kontaktlosen Heldinnen, die sich gerade auf Italienreise befindet: „Sie war zu dünn angezogen und fror . . . Entsetzt sah sie ein, daß der Dom sie langweilte".

Diese Beschränkung auf ein einziges existenzielles Moment ist von der Kritik verschiedentlich hervorgehoben und als Stoffarmut angekreuzt worden. — Die adäquate Erzählform für dieses eine Thema, das sich stets variiert, findet Gabriele Wohmann im *inneren Monolog*, zu dem fast alle ihre späten Geschichten tendieren. Von einem Mißverhältnis zwischen ungekünsteltem Dialog und expressiv aufgetakelten Schilderungen von außen (Stirnfalten — „Gleise aus Haut"; die Stadt — „ein dunkelglühendes Ekzem"), wie es für einige der frühen, objektiv erzählenden Texte gilt, kann hier nur noch bedingt die Rede sein; die neue Form zwingt zu sprachlicher Kontrolle, und fast scheint es so, als seien aus ihr neue Möglichkeiten gewachsen, das Thema zu differenzieren. Eine der vielleicht besseren Erzählungen dieses Bandes, *Große Leidenschaft* betitelt, hat jedenfalls ihren Reiz darin, daß eine Erzählerin von sich selbst wie von einer anderen Person spricht, die sie als „Augenzeuge" mit Abstand betrachtet. Die Schlußpointe enthüllt die Identität,gibt jedoch der einmal angerissenen Spannung nur eine neue Wendung, wenn es heißt, daß da jemand *mit sich* unterwegs sei, „Ja, ins Kino, wiedermal ins Kino mit mir". — — Wo, wie hier, das Thema in der Figur Kontur erhält und so in der Erzählstruktur faßbar wird, ist die Lektüre dieser gesammelten Erzählungen in jenem schmalen Bannbereich, indem sie sich bewegen, zumindest nicht uninteressant.

Karl Riha

Im filmischen Untergrund

GUC-here we are

german underground cinema-partito dei cineasti ecetera

Bei den diesjährigen Oberhausener Kurzfilmtagen: in den mitgeführten Filmkoffern (außen „hui", innen Bier und Pamphlete) befanden sich keine Filme. Nette Menschen trinken! GUC stellt sich Mitte Juni mit Filmen und Feelings der Presse und dem Publikum. Beiträge aus München, Hamburg, Mülheim, Frankfurt und Berlin werden projiziert. Hier ein Pamphlet von Oberhausen; es ist kein Manifest, kein Vorblick auf kommende Filme — es ist ein Pamphlet:

Die verschuldete Qualität oder die Verfolgung und Ermordung des deutschen Jungfilmers durch den Alleingang des Herrn Toussaint im Bundeshaus zu Bonn.

EINE BUNDESUNMITTELBARE RECHTSFÄHIGE ANSTALT DES ÖFFENTLICHEN RECHTS — FILMFÖRDERUNGSANSTALT — („BUNDESFILMKAMMER") soll in Zukunft beauftragt werden „für die Belange der Filmwirtschaft da zu sein", kurz: „den deutschen Film zu fördern. Unterstützung auf breiter Grundlage, in erster Linie für den *guten Unterhaltungsfilm!"* Organe der Anstalt und deren Zusammensetzung: 22 Mitglieder im Verwaltungsrat, darunter 9 Vertreter der filmwirtschaftlichen Verbände, 2 Filmbeauftragte der Kirchen, 5 Bundestagsabgeordnete, 2 Vertreter von ARD und ZDF, der Vorsitzende des Überwachungsausschusses der FSK und 1 Vertreter des Verbandes Deutscher Spielfilmproduzenten. § 7 (5) Zu fördern sind nur solche Filme, die nicht gegen die Verfassung und die Gesetze verstoßen oder das sittliche und religiöse Gefühl verletzen.

Förderungsgrundbetrag: 150 000 DM, den jeder in Deutschland, von einem deutschen Staatsbürger gedrehte Film auf Antrag erhält, der (in Deutschland) 500 000 DM eingespielt hat. Prädikatisierte Filme brauchen nur 300 000 DM einspielen. Prädikadisierte und *Gute Unterhaltungsfilme* erhalten Zusatzbeträge. DIE MERKMALE UND VORAUSSETZUNGEN FÜR DIE VERLEIHUNG DER BEZEICHNUNG *„GUTER UNTERHALTUNGSFILM"* WERDEN DURCH RICHTLINIEN FESTGESETZT und von der kleinen Kommission verliehen, die aus dem Verwaltungsrat gewählt wird, (besteht aus 4 Politikern, 1 Kirchenvertreter, 2 Vertretern der Filmwirtschaft und 2 Vertretern des Verbandes deutscher Spielfilmproduzenten.

WIR WENDEN UNS GEGEN DIESE SYNDIKATSBILDUNG VON POLITIKERN UND LOBBYISTEN, die sich vornehmen, durch eine totalitäre Lenkung, durch zweifache Kontrolle und Finanzierung den (blut)jungen deutschen Film zum „marktgerechten Kulturgut" zu überführen. Hat er erst mal Ansätze gezeigt — man findet ihn schon auf internationalen Jahresbestlisten — muß er im Keim ersticken! Wir wenden uns gegen diese Bonner Bankrotterklärung, denn: wer außer Politiker und Lobbyisten, die sie beklagen, verschuldet die Flaute in der Filmwirtschaft, verschuldet die *„Qualität"*? Soll die bundesunmittelbare, rechtsfähige Kategorie *„Guter Unterhaltungsfilm"* ein neues Kriterium für „Qualitätsfilme", oder für „Kassenschlager" werden? Wir vermissen hier in Oberhausen eine klare Stellungnahme (bes.) des Verbandes Junger Deutscher Spielfilmproduzenten gegen diesen Gesetzentwurf und berufen uns auf die Presseagitation viel zu weniger, hellsichtiger Regisseure und Filmkritiker in Filmjournalen und Tageszeitungen.

JETZT WIRD OFFIZIELL VON BONN JENER KURS VERTRETEN? GEGEN DEN DER JUNGE DEUTSCHE FILM DAS OBERHAUSNER MANIFEST VERFASST HAT! (Ob sie's wissen?) immer ein kruder Kopf — werden alle größeren Von dieser Sippschaftspolitik — dahinter steckt Initiativen einzelner, progressiver Gruppen ferngehalten.

„Die Politik der alten Männer, die das Nazireich überlebt haben" (Eu. Kogon) zwingt uns den filmischen Notstand zu proklamieren. Help!

Wir aber, wir gehen in den Underground! Von einem Qualitätsbegriff geleitet, der sich international orientiert, nicht durch legalisierte Heimatschnulzen verwässern läßt, schießen wir auf dieses flash-back aus Deutschlands düstersten Zeiten!

german underground cinema oberhausen 67

■

Aufstand der Partisanen

Der deutsche Filmnotstand ist bekannt. Um seiner Herr zu werden, ihn zu ordnen und zu planen, macht man ein Gesetz — das Filmförderungsgesetz. Mann kann sich nicht damit begnügen, jede Filmkunst Ware sein zu lassen; sondern nun muß auch hier dirigiert werden, damit es den Lobbyisten harmonisch klingt (im Ohr und in der Tasche). Der filmische Obergrund weiß schon, was zu tun resp. nicht zu tun ist.

Der DISKUS läßt hier Partisanen zu Wort kommen — Stimmen aus dem Untergrund. Ihre unmittelbare Betroffenheit durch die verplante Filmindustrie, von der sie sich nicht integrieren lassen wollen, gibt ihnen die Legitimation zu sprechen. Und sie sprachen auch — in Oberhausen (siehe unten; vgl. dazu FAZ 12. 4. 67). Sie sind nicht Verkünder ästhetischer Theoreme; ihnen ist nicht die Sprache verschlagen und sie ist auch nicht zu verschlagen; denn das hier Ausgesprochene soll nicht in die Filmgeschichte eingehen, sondern es soll heute diskutiert werden. Wo die Oberen schweigen oder doch stiller werden, da reden sie. Sie diskutieren nicht über „Sachfragen", sondern über ihre eigenen Fragen, in eigener Sache und in eigener Schreibe, nicht in der des Feuilletons und nicht in der des Filmförderungsgesetzes, der Wörter wie „wertvoll", „sittlich", religiöses Gefühl" und etwa „guter U-Film" (gibt's das?) fraglos zu eigen sind. dc

Die Folgen der allgemeinen Kopulation

In Oberhausen waren viele Menschen — sie unterhielten sich über den „Guten Unterhaltungsfilm". Teuflisch, man glaubt zu filmen — und wird gefilmt!

Filme machen glücklich! Filme machen macht glücklich! Filme schaffen, schafft uns nicht. In § 7 wird der deutsche Film geschaffen: er muß von deutschen Staatsbürgern, in deutschen Studios mit deutschem Material hergestellt werden, dessen Personal zur Mehrzahl aus Deutschen besteht. Die DDR-Cineasten haben eigens eigene deutsche Studios! — Erst so ist der deutsche Film im Entstehen begriffen, denn er begreift sich von selbst, er begreift sich deutsch. Wir sind nicht vom deutschen Film begeistert, wir sind von uns selbst begeistert. Den Deutschen Film gibt es nicht, trotzdem ist er immer da: davon wollen wir leben und Filme drehen in der Regel nach dieser Regel (es ist die einzige): „Dreht man im Mai — ist der April vorbei, aber legt man sich auf die Wiese im Mai, zieht der deutsche Film vorbei". Jeder kann, wenn er mal muß, GUC-Kino machen. Beim GUC können auch 70-jährige „junge" Filme machen — und umgekehrt. Wir lassen uns nicht von Politikern eine vor die Kamera hauen mit ihrem *„Filmförderungsgesetz"*. Wir wollen kein *„Filmförderungsgesetz"*, wir wollen unterstützt werden, so, also ob wir Talente wären. Wer von uns Genie erwartet, hat selbst keines. Geht uns aus der Linse! Alle: **PAPAS UND BUBIS UND BUBISPAPAS UND PAPASBUBIS UND ANDERE ALTERS UND GESCHLECHTSKRANKHEITEN** (wo bleibt überhaupt MAMAS-Kino?) Der deutsche Film ist biologisch. Gibt es Generationen? Aber es gibt Alt- und Jungfilmer. (Neulich fuhr ich mit einem von ihnen durch Deutschland — im Sportwagen, Coupé —: „Sie sind Jüngstfilmer? — aha"! — er saß an meiner Seite, als wär ich ein Stück von ihm.) Mit der Lobbying-Schnulze kann man doch keinen GUC-Mann hinter der Kamera hervorlocken. (Nb: haben sie „Lockenköpfchen" gesehn? Assoziativ, assoziativ.)

Wir vermuten, daß die Filmindustrie sich selbst eine gute Lobby macht, daß die Filmkritik sich selbst eine gute Lobby macht, daß die Jungfilmer sich selbst eine gute Lobby machen — wir vermuten auch, daß Jungfilmer uns nach Möglichkeit und Sympthien vertreten würden, aber eben nach Maßgabe um Möglichkeiten fordern würden, die sie nicht in ihrer Hand, geschweige denn im Objektiv haben. Wir wollen kein Vertretungsprinzip, wir wollen keine Filmvertreter, wir sind keine parlamentarischen comin voyageure und Türsteher; wir verstehen uns durchaus politisch, aber eben deshalb wollen wir kein Vertretungsprinzip paritätischer Teilnahme für filmische Rentengesetze, eine Art höhere FSK, allgemein und vielseitig, wir wollen Filmrecht auf Besonderes, wir sind einseitig — wir halten ein Repräsentationsprinzip nicht für falsch, aber hier für grundfalsch. Wir bekommen im Filmen erst Grund, wenn wir nach kritischem Prinzip arbeiten, selbst — nicht repräsentiert — und dann erst sehen wir Repräsentationssorgen — und Kritik halten wir auch nicht für das Grundprinzip, wir sind positiv, konstruktiv, wir sind dafür, wir sind für uns, aber wir lieben Kritik. Wir wissen sehr gut, wie mächtig Filmförderung und Filmwirtschaft sind weil *„Guter Unterhaltungsfilm"* und institutionalisiertes Bankrott uns Augen öffneten und Linsen verschlossen. Hiermit proklamieren wir das Publikum zum Mitglied der neuen Filmförderungsanstalt, da kann jeder mit seinem Schaf im Schafspelz den *„deutschen Film"* mitfördern, insbesondere den U-Film. Ein guter U-Film ist kein schlechter U-Film und erst recht kein Underground-Film. Ein guter U-Film ist ein guter U-Film, während ein guter UU-Film immerhin ein guter Underground-Unterhaltungsfimmel ist. **(Wer sagt denn daß „wir eine Gruppe sind — komisch!?)**

Wir, = : kritisch aufgeknackte junge Staatsbürger, lassen uns keinen Sonnenuntergang entgehen, wo wir nicht Herz- und Gedankenströme prüfen (EKG und Enzephalograph mit Kamera und Tonspur) und dann Unmengen Filmideen und Drehbücher produzieren, dergestalt, daß ein Geiselgasteig mit 500 Gastarbeiter für drei Jahre eingespannt wäre, um all diese Filme zu realisieren. Wir machen aus der (determinierten) Unfähigkeit ein ästhetisches Gaudium, daß euch das Lachen auf der Zunge vergeht. Wir sitzen am langen Hegel und haben die Hosen gestrichen voll (Ideen) und kriechen nachts in unsere Löcher und verschmieren das unsterbliche Antlitz des deutschen Heimatfilms, daß es nur so ein Freud ist.

Wie unterscheidet sich der gnädige Heimatfilm (*Sissi*, usw.) vom jungen Heimatfilm (Mädchen, Mädchen-Ecksteinmänner, usw.)? Gar nicht: beide sind es keine Western. Die Münchner Jungfilmer machen Filmmanifeste: ihr Nonkonformismus ist je schon Konformismus.

Weg da, aus der Linse — wir zählen bis drei! Dann zählen wir bis einundzwanzig und sie sind bei uns aufgenommen, tief durchatmen: Freiheit — (bei uns) frei vom ökonomischen-, frei vom biologischen Zwang (siehe oben: Generationsprobleme), tief durchatmen, vielleicht fällt ihnen dabei was ein? Sollten sie einen Dorn in der Linse, haben, wir zeigen ihnen den Balken. Kein *„Förderungsgesetz"* vermag uns daran zu hindern, keine Planwirtschaft vermag uns eine reinzuplanen. Dr. Toussaint, CDU-Wirtschaftler und Beauftragter zur Planung eines neuen *„Filmförderungsgesetzes"*, plant nach dem Gesichtspunkt: auch Filme sind Lebensmittel (was man von der Filmkritik nicht behaupten könnte [Patalas 14, Abs. 5]).

Wir aber wollen kein Lebensmittelfilmgesetz! (Spricht das gegen uns?)

■

Die Verplanten stehen auf

Die neue Film- und Fernsehakademie in Berlin beschäftigt sich nicht gern mit Neuem. Die gut dokumentierten Proteste nahezu sämtlicher Studenten gegen eklatante personelle und sachliche Mängel, autoritäres Verhalten der künstlerischen Leitung, gegen willkürliche Prüfungsmaßnahmen (politische Repressalien) wurden zwar schließlich diskutiert, aber jetzt mit Aussperrungsdrohungen beantwortet.

Elementare Rechte der Studenten, sogar an deutschen Universitäten zum Teil verwirklicht (Berücksichtigung studentischer Selbstverwaltung und Mitbestimmung, Festlegung von Status und Rechten der Studentenschaft), schienen für die Akademie-Leitung noch nicht zu existieren. Dem direktionalen „Argument" des „gestörten Vertrauensverhältnisses" setzen die Studenten mit Recht das der gerechten Interessenvertretung gerade im Sinne einer nicht hierarchischen Struktur und kollegialen Arbeitsweisen der Akademie entgegen.

Die ästhetische Linke des deutschen Films bewährt sich im Schweigen, und die Presse wahrt das Gesicht der deutschen Film- und Politik-Bankerotteure.

Cinemas Washout Closet

Rufe (einstudiert):
Nieder mit GUC
Man verbiete GUC das Reden
Hört GUC an GUC hat das Recht zu sprechen
Raus mit GUC
Lebe GUC
Lebe Toussaint. *Der Weisse Riese*

Bedeutung und Leistung des deutschen Filmschaffens für das Volk in seiner Gesamtheit traten noch nie so klar in Erscheinung, wie in diesem Kriege . . . Der deutsche Film hat unter allen Künsten einen führenden Anteil an der kulturellen Betreuung der Nation; er vermittelt ihr in einem noch nicht gekannten Ausmaß gepflegte Unterhaltung und seelische Erbauung. Das deutsche Filmschaffen liefert damit einen wertvollen Beitrag zur geistigen Stärkung von Front und Heimat. Dr. J. Goebbels

Goldwyn war eine Kombination aus Goldfish und Selwyn. John dos Passos

Heute nenne ich den Film eine Industrie. Und er hätte Kunst sein können. Man hat eine Industrie daraus gemacht. Man hat die Kunst getötet. Aber die Industrie mit. Fritz Lang

Für ihn (den Mittelstand) ist das Kino Erfüllungsort der Sozialromantik, die das Leben nie erfüllt und die Leihbibliotheken nie so täuschend erfüllen, wie es der Film mit seinem Illusionismus tut. Jeder ist der Schmied seines Glückes — das ist sein höchster Glaubenssatz und das Emporkommen der das Grundmotiv der Wunschphantasien, die ihn ins Kino locken. Arnold Hauser

Ein Bildschnitt und eine Einstellung, die den Hauptwunsch haben angenehm zu sein, entsprechen einer Dramaturgie, die denselben Hauptwunsch hat. Brecht

Was der liebe Gott versäumt, holt der Mensch in seiner eigenen Schöpfung nach.
R. Arnheim

Zarah Leander verbreitet seit jeher im deutschen Film ein apartes Aroma . . .
Ev. Filmbeobachter

Das Kino vernichtet das Ästhetisieren.
Majakowski

Ästhetizismus ist das Produkt hoffnungsloser Zeiten, hoffnungstötender Staaten.
Heinrich Mann

. . . der Schein von Unmittelbarkeit ist ihm (dem Film) soweit er realistisch sich verhält, unabdingbar. Dadurch hören Sätze, die in Erzählungen durchs Stilisationsprinzip sich rechtfertigen, von der falschen Alltäglichkeit der Reportage sich abheben, im Film geschwollen und unglaubhaft sich an. Er hätte noch anderen Mitteln der Unmittelbarkeit zu suchen. Unter ihnen mag die Improvisation, die dem Zufall ungesteuerter Empirie planvoll sich überläßt, obenan rangieren. Th. W. Adorno

Wenn das nicht kommt, dann bleiben uns nur die mistigen amerikanischen Importe oder die „tränenumglänzten Augen" der einheimischen Stars. Majakowski

Das Publikum erzwingt sich die Filme, die es haben will. Rudolf Arnheim

Zu sehen ist hier viel, zu erzählen weniger. Sonderbare Fälle sind selten, also kehren sie gern wieder. Nämlich in den Köpfen derer, die unterhalten wollen und nicht das Salz dazu haben. E. Bloch

Man zieht den Vorhang zu
Und sieht gar nicht sehr betroffen
gar keine Frage offen *Guck: Brechmittel!*

Luise Pollinger

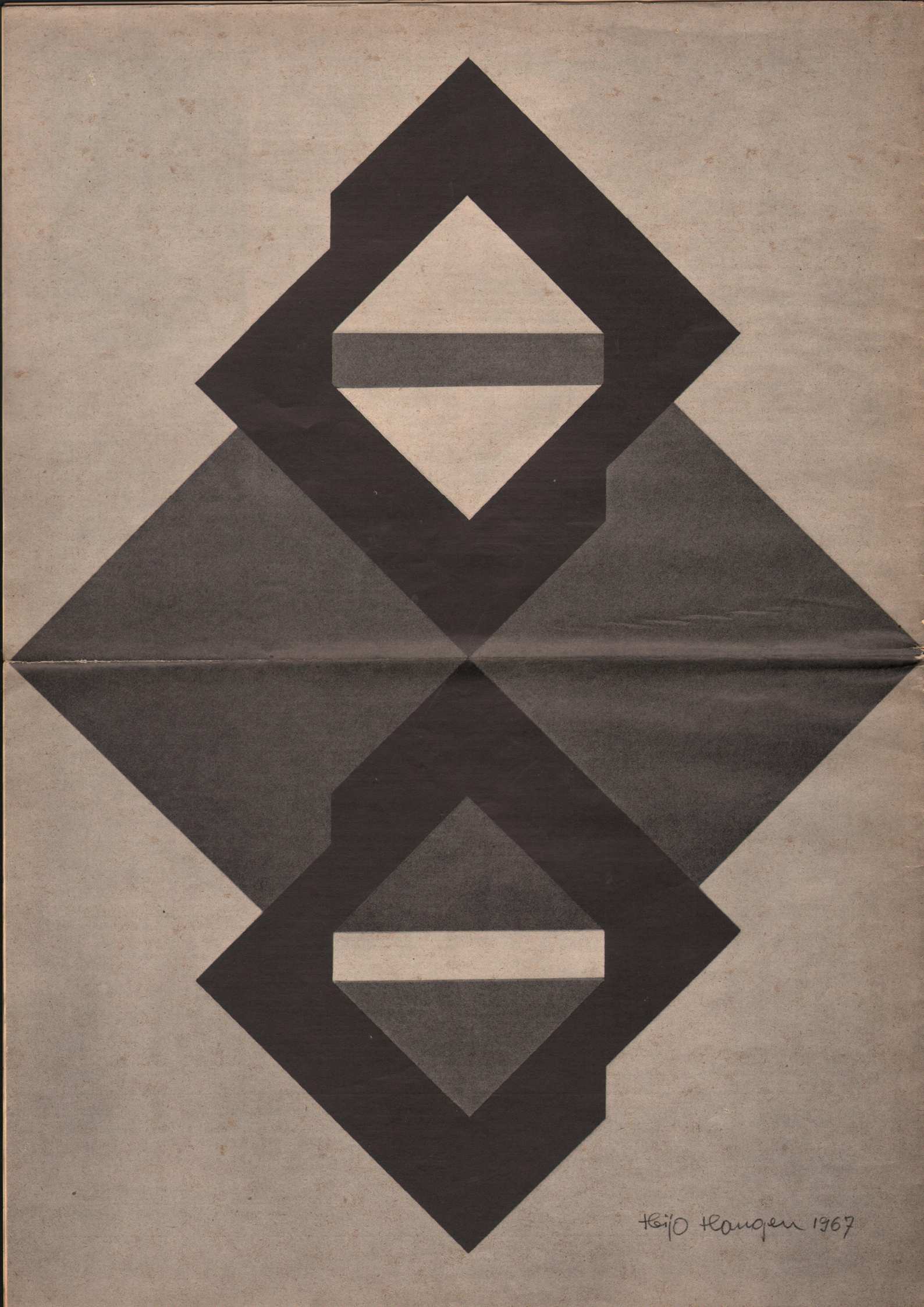
Papier · Bürobedarf · Drucksachen · Schreibmaschinen und Schreibmaschinen-Reparaturen
Füllhalter-Reparaturen innerhalb 24 Stunden in eigener Werkstatt · Selbstbedienung:
Bockenheimer Landstraße 133 · Fernruf 77 63 77

Kollegbedarf
Füllhalter
Feinpapiere
Geschenke
Büro-, Zeichen-, Schulartikel

Frankfurt am Main · Bockenheimer Landstraße 131 · Fernruf 77 55 89

Buchhandlung für Universitätswissenschaften
Peter Naacher
Bockenheimer Landstr. 133
Zentrale: Steinweg 3 · Ruf *28 76 41
Taschenbuchladen: Jügelstraße 1

Bücher für Ihr Studium · Literatur unserer Zeit
Wesentliche Veröffentlichungen des In- und Auslandes


Heilo Hangen 1967